

Kommunismus- was sonst? (Plädoyer für die Neubegründung einer kommunistischen Bewegung.)

I.

In einer Erklärung der KRISIS-Redaktion zur aktuellen Weltwirtschaftskrise („Crashkurs“) heißt es: „Die Krise stellt die Systemfrage. Es kommt drauf an, sie zu beantworten.“

Bezeichnender Weise endet der Artikel so und drückt damit die aktuelle Ohnmacht und Orientierungslosigkeit sich kommunistisch verstehender Tendenzen zum Ausdruck.

Ich will an dieser Stelle beginnen, denn in der Tat stellt der Krisenverlauf schon jetzt die Systemfrage. Das haben offensichtlich auch die bürgerlichen Medien verstanden, in denen immer wieder die Frage gestellt wird, ob Marx nicht doch recht hatte. Neulich gab es sogar eine Talkshow unter dem provozierenden Titel „Marx hatte recht! - Gebt uns unseren Sozialismus wieder!“

Niemand kann den weiteren Verlauf und das Ausmaß des Zusammenbruchs der Kapitalakkumulation voraussagen, aber das angehäuften Krisenpotential ist enorm. Und selbst wenn die jetzige Weltwirtschaftskrise noch einigermaßen glimpflich verlaufen sollte, so steht doch eins fest: mit der kapitalistischen Lösung der jetzigen Krise werden noch größere vorbereitet. Dem Kapital gehen langsam die Mittel aus:

*"Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung der alten Märkte. Wodurch also? **Dadurch, dass sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert.**"*

*"Es tritt hiermit offen hervor, dass die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben...**Sie ist unfähig zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb der Sklaverei zu sichern ...**" usw. (Kommunistisches Manifest)*

Diese Entwicklungsdynamik der Kapitals, – nachgewiesen in den berühmten 3 blauen Bänden mit der Entdeckung des „ökonomischen Bewegungsgesetzes der bürgerlichen Gesellschaft“ - ist unaufhaltsam und kann auf kapitalistischem Wege nur überwunden werden durch eine erneute **Phase der Barbarei**, wie sie der durch die Nazis angezettelte 2. Weltkrieg verkörperte. Darin liegt eine ungeheure Bedrohung! (Dabei soll nicht vergessen werden, dass Barbarei eine ständige Begleiterscheinung kapitalistischer Durchdringung der Welt ist. Wo Menschen auf den Müllhalden von den Abfällen der kapitalistischen Zivilisation leben müssen, wo Bandenkrieg mit Raub, Mord und Vergewaltigung den Alltag prägen, da herrschen Zustände, die man am besten mit dem Wort Barbarei kennzeichnen kann.)

Heute (29.11.2008) las ich in der FR einen Artikel über Japan. Darin heißt es:

„Tokio. "Nein zur Armut!", schallte es aus dem Megafon. "Steht auf und verändert die Gesellschaft!" Mit solchen Forderungen zogen kürzlich Tausende Japaner durch Tokio. Sie waren in diesem Jahr nicht allein: In mehr als 40 Städten gingen Menschen auf die Straße. Ihre Proteste richteten sich gegen die unsicheren Lebensverhältnisse im Land - und signalisierten ein neues Bewusstsein: Die sozialen Verlierer in Japan begehren auf und lassen sich nicht mehr länger als Versager abstempeln. "Ich bekomme kaum Arbeit und finde nur schwer eine Wohnung", beschwerte sich eine junge Frau. "Man sagt mir oft, ich sei dafür selbst verantwortlich. Aber das stimmt einfach nicht."

Hintergrund ist ein massiver Wandel der Arbeitswelt: Mehr als jeder zweite Japaner arbeitet inzwischen befristet, als Leiharbeiter oder in Teilzeit. Zehn Millionen Menschen verdienen weniger als zwei Millionen Yen im Jahr, weniger als 1300 Euro monatlich. "Viele Eltern können ihre Kinder nur versorgen, wenn sie zwei Jobs haben und viele Überstunden machen", klagte eine ältere Demonstrantin. Für viele reicht das Geld nur für zwei Mahlzeiten am Tag, eine Krankenversicherung ist oft unbezahlbar. Tausende Obdachlose übernachteten in den engen Boxen der Internet-Cafés.

„Japan hat nach den USA unter den G7-Ländern die meisten Armen. Die Schere zwischen Unten und Oben hat sich in 20 Jahren um 30 Prozent geöffnet. Einen Wohlfahrtsstaat kennt Japan nicht. Sozialhilfe gibt es nur für Arbeitsunfähige und Senioren ohne Rente. Der Staat tut auch wenig für berufliche Weiterbildung. Von allen Industrieländern investiert Japan am wenigsten in den Arbeitsmarkt. Kritiker sprechen deshalb von einer "Rutsch-Gesellschaft": Wer einmal unten ist, kommt nicht wieder hoch. Eine ganze Generation junger Leute fand in der Rezession der neunziger Jahre keine feste Anstellung und konnte auf dem Arbeitsmarkt bis heute nicht mehr Fuß fassen.

Der 1929 verfasste Proletarier-Roman "Kanikosen" über die Ausbeutung von Arbeitern auf einem Krabbenfänger-Schiff entwickelt sich zu einem Bestseller. Mehr als eine halbe Million Exemplare wurden in diesem Jahr verkauft, weil sich viele Leser nach Ansicht des Verlages in den sklavenartigen Arbeitsbedingungen jener Zeit wiedererkennen. In den Buchläden stapeln sich anti-kapitalistische Werke. Das erfolgreichste Buch des Jahres - "Gieriger Kapitalismus und die Selbstzerstörung der Wall Street" von Hideki Mitani - wirft Japan vor, seine Unternehmenskultur auf dem Altar des angelsächsischen Kapitalismus geopfert zu haben. Im Dezember erscheint "Das Kapital" von Karl Marx erstmals als Manga.“

Das von Marx entdeckte allgemeine Gesetz kapitalistischer Akkumulation produziert immer schärfer und weltweit eine soziale Polarisierung ungeheuren Ausmaßes.

Doch dies soll kein krisentheoretischer Artikel sein. Es gibt eine Zeit, da muss die theoretische Kritik des Kapitals im Vordergrund stehen und es gibt eine Zeit, die verlangt praktisch-programmatische Klärung und die Beantwortung der Systemfrage. Diese Zeit bricht jetzt meiner Meinung nach an! Die Zeit seit den 70iger Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde teils gut, teils schlecht genutzt, um die theoretische Kritik des Kapitals soweit zu entwickeln, dass die Konturen eines Übergangsprogramms deutlich werden. Die Zeit wurde vor allem schlecht genutzt, um die dringende Frage zu klären, an welchen theoretischen und praktischen Traditionen der sozialistischen und kommunistischen Bewegung die heutigen Sozialisten/Kommunisten anknüpfen können und welche sie unbedingt verwerfen müssen, wenn sie erfolgreich eine kommunistische Perspektive eröffnen wollen.

Im Folgenden will ich genau dazu Stellung nehmen und dadurch die Ansätze eines neuen kommunistischen Selbstverständnisses und einer erneuerten Programmatik deutlich machen. Die Spreu muss vom Weizen getrennt werden! Als jemand, der seine Manuskripte nach der Lohnarbeit ausarbeiten muss, habe ich nicht die Zeit, meine Gedanken systematisch auszuarbeiten, also muss ich Euch eine etwas sprunghafte Zusammenstellung von Argumentationen und Texten zumuten und garantiere keine saubere wissenschaftliche Beweisführung mit jeweils exakter Zitatangabe.

II.

Zum Beispiel Todesstrafe (Kommunismus und Humanismus)

Um das ganze Ausmaß des Niedergangs und der **Selbsterstörung** kommunistischer Positionen deutlich zu machen, beginne ich mit einigen Anmerkungen zur Todesstrafe.

Im „Bürgerkrieg in Frankreich“ berichtet Marx:

„Die Kommune ließ sowohl die alte wie die neue Guillotine ... öffentlich verbrennen.“ (Ausgabe des Dietzverlages von 1963, S. 156)

Meines Wissens ist das Erfurter Programm der SPD von 1891(!!!) das einzige in Deutschland verfasste sozialistische Programm, das die Forderung nach Abschaffung der Todesstrafe aufstellte. (Ich werde auf dieses wichtige, Orientierung gebende Programm, das sich in seinem allgemeinen Teil am Marxschen „Kapital“ und nicht an Lenins Imperialismustheorie und in seinem praktischen Teil an den Prinzipien der Pariser Kommune und nicht am „Realsozialismus“ orientierte, noch zurückkommen).

Heute wird die Forderung nach Abschaffung der Todesstrafe weltweit von einigen bürgerlichen Parteien und Regierungen, sowie von Organisationen wie Amnesty International, getragen. Organisationen und Gruppen, die sich als kommunistisch bezeichnen, nehmen nicht Teil am Kampf gegen die Todesstrafe. Die Abschaffung der Todesstrafe scheint nicht mehr Teil einer kommunistischen Programmatik im Kampf um sozialrevolutionäre Demokratie zu sein. Das ist ein kleiner Offenbarungseid!

Soweit es sich dabei um marxistisch-leninistische Organisationen handelt, ist die Streichung der Forderung nach Abschaffung der Todesstrafe leicht nachvollziehbar. Man kann schlecht jenen „Sozialismus“ in Russland oder China verteidigen, der wahre Hinrichtungsorgien (um die Todesstrafe zu kassieren, dazu reichte zu bestimmten Zeiten eine abweichende Meinung!) organisiert hat und gleichzeitig prinzipiell gegen die Todesstrafe sein.

Und so, wie mit der Todesstrafe ist es mit vielen anderen Punkten eines praktischen kommunistischen Programms: die kommunistische Bewegung hat ihre eigenen ursprünglich proklamierten praktischen Ziele, insbesondere jene der sozialrevolutionären Demokratie preisgegeben, teils in ihr Gegenteil verwandelt. Sowas nennt man ein Programm der Selbsterstörung, der eine komplette Desorientierung zurück läßt.

Es handelt sich um die Geschichte der Einführung des Sozialismus in so rückständigen Ländern wie Russland oder China. Unter Positionen, wie sie im Erfurter Programm der SPD oder später in der programmatischen Erklärung der USPD (auch darauf komme ich zurück) formuliert wurden, erstarkte die sozialistische/kommunistische Bewegung, wurde zu einer Massenbewegung. Unter Positionen, wie sie durch den Realsozialismus spätestens seit der Industrialisierungsdebatte und der danach einsetzenden Unterdrückung jedes demokratischen Lebens, in der SU inspiriert waren, wurde eben diese Bewegung zerstört. Die Siege die noch Errungen wurden, verdankten sich militärischer Stärke, nicht der Anziehungskraft kommunistischer Ziele.

III.

Rosa Luxemburg sah es kommen.

In ihrer Stellungnahme zur russischen Revolution schrieb Rosa Luxemburg bereits 1918:

„Die stillschweigende Voraussetzung der Diktatur-Theorie im Lenin-Trozkyschen Sinn ist, daß die sozialistische Umwälzung eine Sache sei, für die ein fertiges Rezept in der Tasche der Revolutionspartei liege, das dann nur mit Energie verwirklicht zu werden brauche. Dem ist leider — oder je nach dem: zum Glück — nicht so. Weit entfernt, eine Summe fertiger Vorschriften zu sein, die man nur anzuwenden hätte, ist die praktische Verwirklichung des Sozialismus als eines wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Systems, eine Sache, die völlig im Nebel der Zukunft liegt. Was wir in unserem Programm besitzen, sind nur wenige große Wegweiser, die die Richtung anzeigen, in der die Maßnahmen gesucht werden müssen, dazu vorwiegend negativen Charakters. [...]

Lenin und Trotzky haben an Stelle der aus allgemeinen Volkswahlen hervorgegangenen Vertretungskörperschaften die Sowjets als die einzige wahre Vertretung der arbeitenden Massen hingestellt. Aber mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muß auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen. Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Preß- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bureaucratie allein das tätige Element bleibt. Diesem Gesetz entzieht sich niemand. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgebeten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft — eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d. h. Diktatur im bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobiner-Herrschaft (das Verschieben der Sowjet-Kongresse von drei Monaten auf sechs Monate!). Ja noch weiter: solche Zustände müssen eine Verwilderung des öffentlichen Lebens zeitigen: Attentate, Geiselschießung usw. [. . .]“

Wer wissen will, warum der sogenannte Realsozialismus gescheitert ist, der findet hier eine der wesentlichen Antworten, die einer Prognose gleichkommt. Denn all das, was Rosa hier schreibt ist erst wirklich war geworden unter der Stalinschen Führung. Die Frage der sozialrevolutionären Demokratie ist eine, vielleicht die entscheidende Frage auch für die Entwicklung von sozialistischer Produktion und Verteilung jenseits des Privateigentums an Produktionsmitteln!

In seinem Buch "Kollaps der Modernisierung" hat R. Kurz eine Position auf den Punkt gebracht, wonach der sogenannte Realsozialismus ein Opfer des angeblich dort wirkenden Wertgesetzes geworden sei. Dass dieser "Realsozialismus" Kapitalismus (bloß verstanden als warenproduzierende System, nicht als System der Produktion und Aneignung von Mehrwert) gewesen sei, wird von vielen behauptet. In meiner Kritik "Im Club der toten Dinge" und an anderen Stellen vertritt ich eine dezidiert andere Position. Soweit der "Realsozialismus" den Markt abgeschafft hat, die freie Konkurrenz selbständiger Unternehmen, soweit hat er die Wirkungsweise des Wertgesetzes unterbunden. Damit hat er auch die Dynamik des Marktes, der Konkurrenz unterbunden, die in einer privatwirtschaftlichen Gesellschaft jedem Einzelkapital das allgemein wirkende Gesetz der Verwertung von Wert aufzwingt (Entwicklung der Produktivkräfte inklusive etc.). Schafft man das Wertgesetz ab, dann muss eine andere Dynamik her, die nur getragen werden kann, von der freiwilligen Initiative und Kreativität der frei assoziierten Menschen. Indem der

"Realsozialismus" durch die Diktatur der Partei diese Initiative und Kreativität unterdrückt hat, hat er letztlich jede gesellschaftliche Dynamik erstickt, wodurch dieses Zerrbild von Kommunismus sich endlich (!) in Luft auflöste.

IV.

Zanon und was da auf uns zukommt

*„Wenn aber die genossenschaftliche Produktion nicht eitel Schein und Schwindel bleiben, wenn sie das kapitalistische System verdrängen, wenn die **Gesamtheit der Genossenschaften die nationale Produktion nach einem gemeinsamen Plan regeln**, sie damit unter ihre eigene Leitung nehmen und der beständigen Anarchie und den periodisch wiederkehrenden Konvulsionen, welche das unvermeidliche Schicksal der kapitalistischen Produktion sind, ein Ende machen soll – was wäre das anders, meine Herren, als der Kommunismus, der 'mögliche Kommunismus'? Die Arbeiterklasse verlangt keine Wunder von der Kommune. ... Sie hat keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoße der zusammenbrechenden Bourgeoisgesellschaft entwickelt haben.“ (Marx, „Bürgerkrieg in Frankreich“, Dietz Verlag Berlin, 1963, S. 77)*

Doch halt, da melden sich die „Sachverständigen“ zu Wort und widersprechen. Zusammenbrechende Bourgeoisgesellschaft? Elmar Altvater belehrt uns:

„Krisen sind ... alles andere als die Vorboten eines Zusammenbruchs. Darauf kann man solange warten, bis dass die Erde auf die Sonne fällt, sagt Rosa Luxemburg.“ („Krisen – das wiederkehrende 'Weltmarktgewitter'“, www.marx21.de, 21. Sept. 2008)

Ja, so Gewitter, die kommen und gehen halt. Von einer Dynamik sich verschärfender Krisen ist da nichts zu sehen, auch nicht davon, dass der Bourgeoisie die Mittel zu ihrer Überwindung verloren gehen. Für Altvater ist das alles so eine Art „Jungbrunnen“ des Kapitals (ebenda). Die Entwicklung seit der Weltwirtschaftskrise 1974/75 straft ihn Lügen und die weitere Entwicklung wird es noch mehr tun!

Dass er sich mit seinen Bewertungen ausgerechnet auf Rosa Luxemburg bezieht, das ist schon einigermaßen frech. Die schrieb nämlich gegen solche „Sachverständigen“ wie Elmar Altvater:

"Nehmen wir (hingegen) mit den 'Sachverständigen' die ökonomische Schrankenlosigkeit der kapitalistischen Akkumulation an, dann schwindet dem Sozialismus der granitene Boden der objektiven historischen Notwendigkeit unter den Füßen. Wir verflüchtigen uns alsdann in die Nebel der vormarx'schen Systeme und Schulen, die den Sozialismus aus bloßer Ungerechtigkeit und Schlechtigkeit der heutigen Welt und aus der bloßen revolutionären Entschlossenheit der arbeitenden Klassen ab leiten wollen." (Rosa Luxemburg in ihrer lehrreichen "Antikritik")

Dies jedoch nur nebenbei.

Marx kennzeichnet hier den Kommunismus als eine „Gesamtheit von Genossenschaften“, die „die Produktion nach einem gemeinsamen Plan“ regeln. Die in der SU unter Stalins Führung installierte Planwirtschaft hatte damit absolut nichts zu tun. Das war eine bürokratisch-diktatorische Karrikatur auf die „Gesamtheit von Genossenschaften“!

In der Oktoberrevolution übergab der bolschewistische Aufstand dem Rätekongress die Macht ... um sie ihm bald danach wieder zu nehmen! Soweit es zu einer Aneignungsbewegung durch die

Belegschaften von Betrieben gekommen war, wurde durch die Entmachtung der Räte diese Aneignung wieder rückgängig gemacht. Von sozialrevolutionärer Demokratie kann in der Phase des **von der Partei eingeführten** „Sozialismus“ durch Planung nicht die Rede sein. Das, was beispielhaft in der programmatischen Erklärung der USPD in Deutschland verlangt wurde, ist nie umgesetzt worden! In dieser Erklärung heißt es u.a.:

*„Im Rätssystem hat sich die proletarische Revolution diese Kampforganisation geschaffen. Sie fasst die Arbeitermassen in den Betrieben zu revolutionärem Handeln zusammen. **Sie schafft dem Proletariat das Recht der Selbstverwaltung in den Betrieben, in den Gemeinden und im Staate. Sie führt die Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in die sozialistische durch.**“ (Programmatische Kundgebung der USPD, März 1919)*

Solche Vorstellungen wurden schon bald in der SU wie in der Kommunistischen Internationale verfolgt und „ausgemerzt“, wie die Forderung nach Abschaffung der Todesstrafe!

Marx hat an anderer Stelle geschrieben:

*“Wir empfehlen den Arbeitern, sich eher mit Produktivgenossenschaften als mit Konsumgenossenschaften zu befassen. Die letzteren berühren nur die Oberfläche des heutigen ökonomischen Systems, **die ersteren greifen es in seinen Grundfesten an.**“ (MEW, Bd. 16, S. 195,196).*

In der Tat greifen Produktivgenossenschaften das System in den Grundfesten an! Das scheinen mittlerweile auch „fundamental wertkritische“ Autoren verstanden zu haben. In der neuesten Ausgabe von „Streifzüge“ heißt es dazu:

„Unbequem wäre es auch, Arbeitskämpfe zu Kämpfen um die gesellschaftliche Kontrolle der Produktion zu radikalieren.“ (Andreas Exner, „Die große Illusion“)

Wie freundlich! Wäre das denn überhaupt möglich, wo die Klassenkämpfe doch angeblich nur systemimmanent sind? Sind die „historischen Idioten des Marxismus“, von denen die „Krisis“ so gerne sprach, nun doch nicht ganz so blöde?

Seit Jahren hält sich die Zanon-Belegschaft wacker! Eine „sozialistische Insel“ in einem Meer des Kapitalismus, ein „kleines gallisches Dorf“. Neulich sah ich Ausschnitte aus dem 2. Film über Zanon und war erneut tief beeindruckt! Eine tolle Sache ... voller Haken und Ösen und wir führten in Anschluss an diesen Film interessante, produktive und weitreichende Diskussionen, die mir nach meinem Referat viele Anregungen gaben! Zanon, das bedeutet Aneignungsbewegung! Zanon zeigt, wie sehr das System in solchen Aneignungsbewegungen in seinen Grundfesten angegriffen wird. Bei Zanon entstehen auch neue Beziehungen zwischen „Produzenten“ und „Konsumenten“ und bei Zanon entsteht eine andere Kultur ... rund um eine selbstverwaltete, demokratische Produktion!

Bei Zanon sind selbstverständlich Kräfte aktiv, die sich als Kommunisten verstehen und Zanon zeigt, welche positive Rolle solche Menschen spielen können, wenn sie nicht diesen absurden Führungsanspruch der Partei vor sich hertragen (oder ihn gar auf administrativem Wege, diktatorisch durchsetzen wollen) und wenn sie begriffen haben, dass die soziale Emanzipation nur das Werk der Klasse selbst sein kann und nicht irgend einer „durchgeknallten“ Partei.. Zanon zeigt wie, ganz en miniature, das Verhältnis zwischen organisierten Kommunisten und der der Klasse der Lohnabhängigen im Sinne des Kommunistischen Manifests zu gestalten ist ... und das hat nichts mit dem Selbstverständnis „bolschewistischer“ Parteien zu tun! Im Manifest stehen Sätze, wie:

*„Die Kommunisten sind keine besondere Partei gegenüber den andern Arbeiterparteien. Sie haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen. Sie stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen. Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien **nur** dadurch, daß sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten.*

***Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.** Der nächste Zweck der Kommunisten ist derselbe wie der aller übrigen proletarischen Parteien: Bildung des Proletariats zur Klasse, Sturz der Bourgeoisieherrschaft, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltverbesserer erfunden oder entdeckt sind.□*
(Marx/Engels, „Kommunistisches Manifest“)

Die bürgerlichen Medien, die unter dem Druck einer bedrohlichen Krise des Kapitals die Systemfrage aufwerfen, sorgen gleichzeitig durch ihr Verschweigen solcher Aneignungsbewegungen wie bei Zanon dafür, dass die Beantwortung der Systemfrage nur zur Bejahung und zur bescheidenen „Einkehr“ führen kann. Beliebt ist allemal die Feststellung, dass der „Realsozialismus“ ja wohl keine Alternative sein könne. Zu Talkshows werden dann schon mal VertreterInnen der „Linken“ eingeladen, sogar Sarah Wagenknecht als „Kommunistin“, die dann brav ihren „Anti-Monopolismus“ herunterbetet. (Doch dazu gleich mehr.)

Hat das Beispiel Zanon eine Perspektive?

Zanon war Produkt einer tiefen ökonomischen Krise Argentiniens, in deren Verlauf es zu einer Aneignungsbewegung in vielen von den Kapitalisten verlassenen Betrieben kam. In Deutschland, wie in anderen kapitalistischen Ländern haben wir es schon seit längerem mit einer überzyklisch ansteigenden Pleitenflut zu tun, die im Gefolge der jetzigen Krise weiter ansteigen wird.

Nach einer Schätzung von Deutschlands führendem Kreditversicherer (Allianz Gruppe) wird der viel gefeierte Rückgang der Pleiten in den letzten zwölf Monaten bereits im neuen Jahr wieder zum Stillstand kommen, die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche sogar ansteigen, und zwar um 3,6 Prozent auf **40.000**. Das wäre ein neuer Negativrekord !

Besorgniserregend ist die steigende Insolvenzquote

Interessanter als absolute sind auch hier relative Insolvenzzahlen. So liegt die „Insolvenzquote“, also das Verhältnis zwischen insolventen Firmen und bestehenden Unternehmen, derzeit bei 1,3 Prozent, bzw. bei 130 Pleiten je 10.000 Unternehmen. Für 2006 rechnet Euler Hermes sogar mit 137, die Quote erreicht dann fast 1,4 Prozent. Anfang der siebziger Jahre betrug sie dagegen nur 0,2 Prozent.

Die Insolvenzquote ist somit in den zurückliegenden Jahrzehnten „schubartig“ gestiegen, und zwar jeweils im Gefolge der drei Rezessionen in den siebziger, achtziger und neunziger Jahren sowie der Wachstumsschwäche seit Beginn dieses Jahrzehnts. Allerdings bildete sich die Quote in den konjunkturell guten Jahren nicht genügend zurück, so dass jeweils die nächste Rezession von einem höheren Sockel aus begann. Eine wirkliche Erholung fand nur während der langjährigen Aufschwungphase in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre statt.

Trauriges Fazit der Kreditversicherer: „Langfristig nimmt die Insolvenzquote zu.“

Und immer mehr gute Firmen gehen pleite

Besorgniserregend ist zudem, dass immer mehr eigentlich gut aufgestellte („markterfahrene“)

Unternehmen vom Pleitestudel erfasst werden. So stieg deren Anteil von 20 Prozent Anfang der neunziger Jahre auf aktuell 30 Prozent, ein deutliches Indiz für die Verfestigung der Insolvenzanfälligkeit innerhalb der letzten zehn Jahren.

Quelle: Das Ende der Pleitewelle ? Insolvenzprognose 2006 für Deutschland und die Industrieländer, Wirtschaft Konkret, Nr. 411, Euler Hermes Kreditversicherung (Allianz Gruppe)

Die krisenhafte Entwicklung der Kapitalverwertung wird die Notwendigkeit und Möglichkeit einer solchen Aneignungsbewegung wie bei Zanon im internationalen Maßstab in allen kapitalistischen Ländern auf die Tagesordnung setzen und zwar als Alternative zum erneuten Absinken in die Barbarei. Sollte es zu einer solchen breiten gesellschaftlichen Aneignungsbewegung kommen, dann wird damit die Voraussetzung für den Übergang zum Kommunismus geschaffen, zu einer **sozialrevolutionär demokratischen Planwirtschaft**. Die Linksreformisten mit ihren keynesianischen Phantasien (etwa die SOST) träumen stattdessen von einer „sozialistischen Marktwirtschaft“. Eine gesellschaftlichen Aneignungsbewegung durch die Klasse der Lohnabhängigen ist darin nicht vorgesehen. Sie können sich keine andere Planwirtschaft als die des Stalinismus vorstellen, erklären damit jede Planwirtschaft für gescheitert und wollen weiterleben mit allgemeiner Warenproduktion. Eine Aneignungsbewegung durch die Klasse der Lohnabhängigen, also der einzelnen Belegschaften in den Unternehmen, wird mit Sicherheit nicht von heute auf morgen Ware und Geld abschaffen können, also so eine Art „sozialistischer Marktwirtschaft“ praktizieren müssen, aber sie wird mit Sicherheit nicht dabei stehen bleiben können, wenn sie die Verwertung von Wert und die daraus resultierenden Krisen überwinden will.

Ohne Übergangsgesellschaft und ein entsprechendes Programm kann die soziale Emanzipation, also der zum Abschluss zu bringende Prozess sozialer Befreiung nicht in Gang gesetzt werden. Die anzustrebenden Maßnahmen mögen Theoretikern etwa der „fundamentalen Wertkritik“- im Sinne des Kommunistischen Manifests - als „ungenügend“ erscheinen, aber ohne sie geht gar nichts. Allein diese Maßnahmen können eine **andere gesellschaftliche Dynamik** einleiten, und damit „über sich selbst hinaustreiben“ (Manifest).

V.

An welche Traditionen also anknüpfen und welche verwerfen?

Neulich empfahl mir ein Genosse die Lektüre eines Artikels im „Roten Morgen“ (Zentralorgan der KPD). Dieser Artikel befasst sich mit der aktuellen Krise des Weltkapitalismus. Und was lese ich da:

„Die Grundlage der Krisen im Kapitalismus ist der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Form der Aneignung der Arbeitserzeugnisse.“

Im Kommunistischen Manifest heißt es dagegen:

*„Der Kommunismus nimmt keinem die Macht, sich gesellschaftliche Produkte anzueignen, er nimmt nur die Macht, **sich durch diese Aneignung fremde Arbeit zu unterjochen.**“ (Manifest der Kommunistischen Partei.)*

Das macht den feinen Unterschied! Doch der Reihe nach.

Was heißt „privatkapitalistische Form der Aneignung der Arbeitserzeugnisse“? Das heißt nichts anderes als Kauf von Waren, denn das, was die Lohnabhängigen während ihrer Arbeit produzieren gehört den Kapitalisten sowieso. Sie brauchen es sich nicht mehr aneignen. Angeeignet haben sie sich die Produktionsmittel schon vor langer Zeit und damit gehört alles ihnen, was Lohnabhängige mit diesen Produktionsmitteln erzeugen. Aneignen, nämlich kaufen – solange sie nicht Krieg führen und rauben-, müssen sich die Kapitalisten alle weiteren Arbeitserzeugnisse, die sie für die Mehrwertproduktion brauchen. Aber auch die Lohnabhängigen unterliegen der „privatkapitalistischen Form der Aneignung von Arbeitserzeugnissen“, denn alle „Arbeitserzeugnisse“ werden als Waren für den Markt produziert. Also verlangt die Aneignung von Arbeitserzeugnissen, nämlich Lebensmitteln, durch die Lohnabhängigen den Kauf von Waren. Sie selbst sind also Teil der „privatkapitalistischen Aneignung der Arbeitserzeugnisse“.

Doch weiter.

Menschen sind soziale Wesen und folglich ist alle menschliche Produktion gesellschaftlich. Was den gesellschaftlichen Charakter der Produktion in verschiedenen Epochen unterscheidet ist Intensität, Ausmaß, Stufenleiter der Vergesellschaftung der Arbeit. **Der gesellschaftliche Charakter der Produktion ist nichts spezifisch kapitalistisches!**

Private Aneignung (ich sprech mal lieber nicht von Produkten sondern von Mehrprodukt, um die Verwirrung nicht komplett zu machen) hat es in allen Klassengesellschaften gegeben.

Also kann man in Anlehnung an diesen vermeintlichen Grundwiderspruch sagen, dass alle bisherigen Klassengesellschaften kapitalistisch waren, weil sie auf dem Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung von Arbeitserzeugnissen beruhten. Man kann dann eben auch sagen, dass ein Produktionsverhältnis mit Sklavenarbeit kapitalistisch ist.

Mit der Konstruktion dieses Grundwiderspruchs ist das historisch-spezifische der kapitalistischen Produktionsverhältnisse ausgelöscht: die gesellschaftliche Form der voneinander unabhängigen Privatarbeit, die die Arbeitsprodukte zu Waren macht, und die besondere Form der Ausbeutung in Gestalt der doppelt freien Lohnarbeit. Das daraus entspringende „ökonomische Bewegungsgesetz der bürgerlichen Gesellschaft“ löst sich so in Wohlgefallen auf, wenigstens theoretisch.

Der Frage nachzugehen, wie das Wertgesetz sich durchsetzt (Marx), davon findet man bei den Theoretikern des Grundwiderspruchs nichts. Sie hat allenfalls noch interessiert, wie intensiv ausgebeutet und angeeignet wird und wie ausufernd sich Herrschaft entwickelte. Im Rahmen der Monopoltheorie kommt man dabei ganz gut ohne Wertgesetz aus und braucht sich speziell um die widersprüchliche Entfaltung des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate nicht zu kümmern. In allen Fragen, die mit der Einschätzung der Entwicklungsdynamik des Kapitals und der bürgerlichen Gesellschaft zusammen hängen, lagen die Marxisten-Leninisten fast immer vollständig daneben, was diese selbsternannten weisen Führer der Arbeiterklasse aber niemals störte. Glaubensgemeinschaften brauchen eben keine Bestätigung ihrer Glaubenssätze in und durch die gesellschaftliche Praxis. Es sind dann halt immer böse Kräfte am Werk (zu Zeiten der Kominform und der Polemik über die Generallinie wurden diese bösen Kräfte regelrecht als kriminell dargestellt – nachzulesen etwa bei Kuczynski oder in der Polemik der chinesischen KP,etc.), die die Massen davon abhalten ihren „weisen Führern“ zu folgen.

In „schöpferischer“ Weiterentwicklung haben die Marxisten-Leninisten verschiedener Generationen den

armen Engels missbraucht. Der schrieb im „Anti-Dühring“:

„Der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung tritt an den Tag als Gegensatz von Proletariat und Bourgeoisie.“ (Anti-Dühring, S. 253)

Man mag über diesen Kernsatz der Popularisierung der Marxschen Kapitalkritik immerhin streiten, aber er besagt etwas ganz anderes, als das, was im oben angeführten Zitat aus dem „Roten Morgen“ zum Ausdruck gebracht wird. Die „kapitalistische Aneignung“ mit „privatkapitalistischer Aneignung von Arbeitserzeugnissen“ zu übersetzen, dass kommt „wertfundamentalen Kritikern“ gerade Recht! Der Grundwiderspruch des Kapitals wird so nämlich tatsächlich zu einem der Verteilung! Die Engelssche Formulierung „kapitalistische Aneignung“ impliziert aber etwas anderes oder viel mehr, nämlich die Aneignung fremder Arbeit, lebendiger Arbeit und nicht bloß deren Erzeugnisse! (Die lebendige Arbeit ist **der** Gebrauchswert, den das Kapital sich aneignen muss.)

Dieser hier besprochene angebliche Grundwiderspruch des Kapitalismus geistert durch den Marxismus-Leninismus seit er in Kominterzeiten erdacht wurde. Er konstituiert zugleich einen Grundwiderspruch zwischen Marxismus und Leninismus, den die Marxisten-Leninisten nur nicht bemerken, weil ihnen das Marxsche Kapital letztlich ein Buch mit 7 Siegeln geblieben ist.

Seit Lenins politischer Streitschrift gegen den Imperialismus ist den sich Marxisten-Leninisten nennenden Leuten die Marxsche Kapitalkritik abhanden gekommen. (Sie war nicht Fortsetzung der Kritik der Politischen Ökonomie, markiert vielmehr in wesentlichen Aspekten einen Bruch damit.) Soweit in den 70iger und 80iger Jahren des letzten Jahrhunderts eine Rekonstruktion der Kritik der Politischen Ökonomie gelang, basiert sie wesentlich auf einer Rückbesinnung auf das „Kapital“ und einer Kritik aller Theorien über monopolistischen oder staatsmonopolistischen Kapitalismus.) Die Marxisten-Leninisten meinten, der „Konkurrenzkapitalismus“ sei durch den „Monopolkapitalismus“ ersetzt worden und interpretierten das Marxsche Kapital sozusagen als Zustandsbeschreibung des „Konkurrenzkapitalismus“, dass nun ergänzt werden müsse durch eine Zustandsbeschreibung des „Monopolkapitalismus“. An die Stelle des Wertgesetzes und seiner Durchsetzung trat die Herrschaft durch die Monopole und die „Tributzahlung“ an die Monopole.. Mit diesen „Tributzahlungen“ an die Monopole verschwand die spezifische Form der kapitalistischen Ausbeutung aus dem Blickfeld usw. Das Monopol ist eine Tendenz der auf dem Wert beruhenden Produktionsweise. Es erwächst aus der Konkurrenz. Aber überall da, wo das Monopol sich durchsetzt, hört die Wirkung des Wertgesetzes auf. Würde das Monopol vorherrschend, hörte die spezifisch kapitalistische Produktionsweise auf.

Das marxsche Kapital hat aber nichts mit einer Zustandsbeschreibung irgendeines Kapitalismus in irgendeinem Stadium zu tun, es enthüllt vielmehr das „ökonomische Bewegungsgesetz der bürgerlichen Gesellschaft“, egal, in welchem Zustand sich diese Gesellschaft befindet. (Sollte jemand etwa meinen, mit Neoliberalismus und Privatisierung sei ein alter „Konkurrenzkapitalismus“ wieder zu Ehren gekommen, so wird er durch die aktuellen Entwicklung, den zunehmenden Staatsinterventionismus, widerlegt werden. Was bleibt, ist das „prozessierende Verhältnis“, sein „ökonomisches Bewegungsgesetz“. Allein seine Erkenntnis gibt den radikalen Kritikern des Kapitals in ihrem Streben nach Vollendung der sozialer Emanzipation Orientierung.)

Selbstverständlich konnte Marx in seine Untersuchungen, wie das Wertgesetz sich durchsetzt, sich nur an das empirische Material halten, das seine Zeit lieferte. Er konnte nicht ahnen, dass einmal Leute kommen, die meinen seine Entdeckung dieses Gesetzes sei eben nur eine kritische Beschreibung der konkreten Umstände der Kapitalreproduktion seiner Zeit. Hatte er doch seine Absicht in einem Vorwort zum „Kapital“ so deutlich zum Ausdruck gebracht.

Ein Verständnis des „Kapital“, wie ich es hier skizziert habe, macht zum einen deutlich den Anspruch auf Allgemeingültigkeit für alle Stadien kapitalistischer Vergesellschaftung. Es macht aber auch die Grenzen der Kritik der Politischen Ökonomie deutlich: „das ökonomische Bewegungsgesetz der bürgerlichen Gesellschaft“ gilt eben nur auf der Basis des von Marx gekennzeichneten Produktionsverhältnisses. Hört das System der doppelt freien Lohnarbeit auf, sei es durch Verstaatlichung wie im „Realsozialismus“, sei es durch Zwangs- bzw. Sklavenarbeit in der Nazi-Kriegswirtschaft, dann wirkt auch dieses Gesetz nicht mehr und wird untauglich zum Verständnis der anderen gesellschaftlichen Dynamik.

Alle Theorien von Monopolkapitalismus und Staatmonopolistischem Kapitalismus sind durch die Entwicklung der letzten Jahrzehnte (nicht nur wegen der Privatisierung.) ziemlich bloßgestellt. So etwas wie eine „fundamentale Wertkritik“, eine Rückbesinnung auf die Kritik des Wertverhältnisses, war also fällig, was den bescheidenen Erfolg von „Krisis“ etc. erklärt. Die Theorien von Monopolkapitalismus und Staatmonopolistischem Kapitalismus erklärten schließlich alles aus „Herrschaft“ bis hin zum boshafte Wirken „rechtsozialdemokratischer Kräfte“, inkl. krimineller Machenschaften, die das „revolutionäre Proletariat“ darin hinderten, das zu tun, was es eigentlich kraft seiner „historischen Mission“ immer tun wollte und will. (Es gibt da eindruckliche Belege aus der „Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“, oder aus Werken des „Klassenanalytikers“ Kuzcinski.)

Marx bemerkt:

„Es ist ...natürlich, dass die wirklichen Produktionsagenten in diesen entfremdeten und irrationalen Formen von Kapital – Zins, Boden – Rente, Arbeit – Arbeitslohn sich völlig zu Hause fühlen, denn sie sind eben die Gestaltungen des Scheins, in welchem sie sich bewegen und womit sie ständig zu tun haben.“ (Kapital Bd. 3, S.838)

Eine solche auf den Mystifikationen von Ware, Geld und Kapital beruhende Erklärung des Denkens und der Verhaltensweisen von Lohnabhängigen liegt vollständig außerhalb des theoretischen Horizontes bolschewistischer Theorien über das Monopolkapital.

Zurück zur kommunistischen Programmatik, zu unseren Zielen sozialer Emanzipation, zur Systemfrage und ihrer Beantwortung.

Zwischen der theoretischen Kapitalkritik und der Programmatik gibt es einen grundlegenden Zusammenhang. Soweit ich das überblicken kann, war das Erfurter Programm der SPD in Deutschland das erste und letzte „große“ Programm mit einem allgemeinen Teil, der in Anlehnung an das marxsche Kapital dieses „ökonomische Bewegungsgesetz der bürgerlichen Gesellschaft“ zu umreißen versuchte.

Nach dem Erfurter Programm und nach der programmatischen Erklärung der USPD, die sich auf den allgemeinen Teil des Erfurter Programms bezogen, ging es nur noch abwärts. Vor mir liegen eine Reihe programmatischer Erklärungen der KPD, bei denen mir nur noch das Gruseln kommt. (Ich gehe darauf nicht weiter ein.) Orientierungspunkte sind jeweils die Theorien des Monopolkapitalismus und der „Realsozialismus“. Damit ging die radikale Kapitalkritik verloren und mit ihr die Ziele revolutionärer Demokratie und sozialer Emanzipation.

VI. Schlussbemerkungen

In den letzten Jahren habe ich immer wieder Diskussionen mit GenossInnen geführt, die betonten, dass alles unklar sei, deshalb lieber von „antikapitalistischen“ oder „postkapitalistischen“ Perspektiven Zuflucht nahmen und das Wort „Kommunismus“ nicht mehr in den Mund nahmen. Mein Eindruck war immer wieder, dass man Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und die Zuspitzung auf die Fragen: woran anknüpfen? was verwerfen? scheute.

Entweder „wir“, d.h. all diejenigen, die das Kapitalverhältnis im Interesse sozialer Emanzipation überwinden wollen, werden diese Scheu überwinden, oder wir werden der sich anbahnenden und teils schon realisierten sozialen Katastrophe ohnmächtig gegenüberstehen.

Wie ich versucht habe, in Kürze, hastig und konzentriert herunterschreiben, gibt es Traditionen der kommunistischen Bewegung, an denen man anknüpfen kann, die nicht durch Praxis blamiert sind und die uns helfen werden, eine neue kommunistische Bewegung zu begründen. Wenn wir uns organisationsübergreifend konstruktiv über diese in den Traditionen schlummernden Ansätze verständigen, sie kritisch weiterentwickeln, dann können wir die von der „Krisis“-Redaktion gestellte Forderung nach Beantwortung der Systemfrage beantworten

Im Anhang findet ihr einige der angesprochenen programmatischen Texte (Hervorhebungen von mir) sowie einiger meiner bereits veröffentlichten Manuskripte.

Robert Schlosser
November 2008

Das Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Erfurt 1891

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeuges zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist. Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktionskräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehemals das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkte zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die

Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportionalwahlsystem, und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittels des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. **Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben.** Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wahrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. **Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.**
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. **Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.**
7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. **Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistands. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe.**
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. **Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.**
10. **Stufenweise steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des**

Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
 - a) **Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstages;**
 - b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren;
 - c) **Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen;**
 - d) eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter;
 - e) Verbot des Trucksystems.
2. Überwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichsarbeitsamt, Bezirksarbeitsämter und Arbeitskammer. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. **Übernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.**

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Erfurt vom 14. bis 20. Oktober 1891, Berlin 1891, S. 3 ff.

Programmatische Kundgebung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, März 1919

Unter Aufrechterhaltung der leitenden Gedanken des grundsätzlichen Teils des Erfurter Programms erklärt der Parteitag:

Im November 1918 haben die revolutionären Arbeiter und Soldaten Deutschlands die Staatsgewalt erobert. Sie haben aber ihre Macht nicht befestigt und die kapitalistische Klassenherrschaft nicht überwunden. Die Führer der Rechtssozialisten haben den Pakt mit den bürgerlichen Klassen erneuert und die Interessen des Proletariats preisgegeben. Sie treiben eine Verwirrungspolitik mit den Worten „Demokratie“ und „Sozialismus“. In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind demokratische Rechtsformen Truggebilde. Solange der politischen Befreiung nicht auch die wirtschaftliche Befreiung und Unabhängigkeit gefolgt ist, besteht keine wahre Demokratie. Die Sozialisierung, wie die Rechtssozialisten sie betreiben, ist ein Gaukelspiel. Sie begnügen sich, unter Schonung der kapitalistischen Interessen, mit einer „gemischt-wirtschaftlichen“ Bewirtschaftung und sogar nur mit der „öffentlichen Kontrolle“ der nach ihrem eigenen Urteil für die sofortige Vergesellschaftung reifen Betriebe.

Das klassenbewußte Proletariat hat erkannt, daß sein Befreiungskampf nur von ihm allein und nicht nur mit den bisherigen Organisationen durchgeführt werden kann, sondern daß dazu auch eine neue proletarische Kampforganisation erforderlich ist.

Im **Rätesystem** hat sich die proletarische Revolution diese Kampforganisation geschaffen. Sie faßt die Arbeitermassen in den Betrieben zu revolutionärem Handeln zusammen. **Sie schafft dem Proletariat das Recht der Selbstverwaltung in den Betrieben, in den Gemeinden und im Staate. Sie führt die Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in die sozialistische durch.**

In allen kapitalistischen Ländern entwickelt sich das Rätesystem aus den gleichen wirtschaftlichen Bedingungen und wird zum Träger der proletarischen Weltrevolution.

Die geschichtliche Aufgabe der USP ist es, die Bannerträgerin des klassenbewußten Proletariats in seinem revolutionären Befreiungskampf zu sein. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei stellt sich auf den Boden des Rätesystems. Sie unterstützt die Räte in ihrem Ringen um die wirtschaftliche und politische Macht. Sie erstrebt die Diktatur des Proletariats, des Vertreters der großen Volksmehrheit, als notwendige Vorbedingung für die Verwirklichung des Sozialismus. Erst der Sozialismus bringt die Beseitigung jeder Klassenherrschaft, die Beseitigung jeder Diktatur, die wahre Demokratie. Um dieses Ziel zu erreichen, bedient sich die USP aller politischen und wirtschaftlichen Kampfmittel einschließlich der Parlamente. Sie verwirft planlose Gewalttätigkeiten. Ihr Ziel ist nicht die Vernichtung von Personen, sondern die Beseitigung des kapitalistischen Systems.

Die nächsten Forderungen der USPD sind:

1. **Einordnung des Rätesystems in die Verfassung. Entscheidende Mitwirkung der Räte bei der Gesetzgebung, Staats- und Gemeindeverwaltung und in den Betrieben.**
2. **Völlige Auflösung des alten Heeres.** Sofortige Auflösung des durch Freiwilligenkorps gebildeten Söldnerheeres. Entwaffnung des Bürgertums. Errichtung einer Volkswehr aus den Reihen der klassenbewußten Arbeiterschaft. **Selbstverwaltung der Volkswehr und Wahl der Führer durch die Mannschaft. Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.**
3. Die Vergesellschaftung der kapitalistischen Unternehmungen ist sofort zu beginnen. Sie ist unverzüglich durchzuführen auf den Gebieten des Bergbaues und der Energieerzeugung (Kohle, Wasser, Kraft, Elektrizität), der konzentrierten Eisen- und Stahlproduktion sowie anderer hochentwickelter Industrien und des Bank- und Versicherungswesens.

- Großgrundbesitz und große Forste sind sofort in gesellschaftliches Eigentum zu überführen. Die Gesellschaft hat die Aufgabe, die gesamten wirtschaftlichen Betriebe durch Bereitstellung aller technischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel sowie **Förderung der Genossenschaft** zur höchsten Leistungsfähigkeit zu bringen. **In den Städten ist das private Eigentum an Grund und Boden in Gemeindegut zu überführen, und ausreichende Wohnungen sind von der Gemeinde auf eigene Rechnung herzustellen.**
4. **Wahl der Behörden und der Richter durch das Volk.** Sofortige Einsetzung eines Staatsgerichtshofes, der die Schuldigen am Weltkriege und an der Verhinderung eines zeitigeren Friedens zur Verantwortung zu ziehen hat.
 5. Der während des Krieges geschaffene Vermögenszuwachs ist voll wegzusteuern. Von allen größeren Vermögen ist ein Teil an den Staat abzuführen. Im übrigen sind die öffentlichen Ausgaben durch stufenweis steigende Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern zu decken. Die Kriegsanleihen sind zu annullieren unter Entschädigung der Bedürftigen, der gemeinnützigen Vereine, Anstalten und der Gemeinden.
 6. Ausbau der sozialen Gesetzgebung. Schutz und Fürsorge für Mutter und Kind. Den Kriegerwitwen und -waisen und den Verletzten ist eine sorgenfreie Existenz sicherzustellen. Den Wohnungsbedürftigen sind überflüssige Räume der Besitzenden zur Benutzung zu übergeben. Grundlegende Neuordnung des öffentlichen Gesundheitswesens.
 7. Trennung von Staat und Kirche und Trennung von Kirche und Schule, öffentliche **Einheitsschule mit weltlichem Charakter, die nach sozialistisch-pädagogischen Grundsätzen auszugestalten ist. Anspruch jedes Kindes auf die seinen Fähigkeiten entsprechende Ausbildung und die Bereitstellung der hierfür erforderlichen Mittel.**
 8. Einführung eines öffentlich-rechtlichen Monopols für Insekte und Übertragung an die Kommunalverbände.
 9. Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Nationen. Sofortige Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur russischen Räterepublik und zu Polen. Wiederherstellung der Arbeiter-Internationale auf dem Boden der revolutionären sozialistischen Politik im Geiste der internationalen Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal.

Die USPD ist der Überzeugung, daß durch die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte, die sie erstrebt, der vollständige und dauernde Sieg des Proletariats beschleunigt und gesichert wird. Das Bekenntnis in Wort und Tat zu den Grundsätzen und Forderungen dieser Kundgebung ist aber die notwendige Voraussetzung der Einigung der Arbeiterklasse.

Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitag [der USPD] vom 2. bis 6. März 1919, Berlin 1919, S. 31.

Rosa Luxemburg:

„Die russische Revolution“, Eine kritische Würdigung, Herbst 1918

[. . .] Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für die Mitglieder einer Partei — mögen sie noch so zahlreich sein — ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit des anders Denkenden. Nicht wegen des Fanatismus der „Gerechtigkeit“, sondern weil all das Belehrende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die „Freiheit“ zum Privilegium wird.

Die stillschweigende Voraussetzung der Diktatur-Theorie im Lenin-Trotsky-schen Sinn ist, daß die sozialistische Umwälzung eine Sache sei, für die ein fertiges Rezept in der Tasche der Revolutionspartei liege, das dann nur mit Energie verwirklicht zu werden brauche. Dem ist leider — oder je nach dem: zum Glück — nicht so. Weit entfernt, eine Summe fertiger Vorschriften zu sein, die man nur anzuwenden hätte, ist die praktische Verwirklichung des Sozialismus als eines wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Systems, eine Sache, die völlig im Nebel der Zukunft liegt. Was wir in unserem Programm besitzen, sind nur wenige große Wegweiser, die die Richtung anzeigen, in der die Maßnahmen gesucht werden müssen, dazu vorwiegend negativen Charakters. [...]

Die Praxis des Sozialismus erfordert eine ganze geistige Umwälzung in den durch Jahrhunderte der bürgerlichen Klassenherrschaft degradierten Massen. Soziale Instinkte an Stelle egoistischer, Masseninitiative an Stelle der Trägheit, Idealismus, der über Leiden hinweg trägt usw. usw. Niemand weiß das besser, schildert das eindringlicher, wiederholt das hartnäckiger, als Lenin. Nur vergreift er sich völlig im Mittel: Dekret, diktatorische Gewalt der Fabrikaufseher, drakonische Strafen, Schreckensherrschaft, das sind alles Mittel, die diese Wiedergeburt verhindern. Der einzige Weg zu dieser Wiedergeburt ist die Schule des öffentlichen Lebens selbst, uneingeschränkte breiteste Demokratie, öffentliche Meinung. Gerade die Schreckensherrschaft demoralisiert.

Fällt das alles weg, was bleibt in Wirklichkeit? **Lenin und Trotzky haben an Stelle der aus allgemeinen Volkswahlen hervorgegangenen Vertretungskörperschaften die Sowjets als die einzige wahre Vertretung der arbeitenden Massen hingestellt. Aber mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muß auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen. Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Preß- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bureaukratie allein das tätige Element bleibt. Diesem Gesetz entzieht sich niemand. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzu-stimmen, im Grunde also eine Cliqueswirtschaft — eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d. h. Diktatur im bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobiner-Herrschaft (das Verschieben der Sowjet-Kongresse von drei Monaten auf sechs Monate!). Ja noch weiter: solche Zustände müssen eine Verwilderung des öffentlichen Lebens zeitigen: Attentate, Geiselschießung usw. [. . .]** Der Grundfehler der Lenin-Trozkyschen Theorie ist eben der, daß sie die Diktatur, genau wie Kautsky, der Demokratie entgegenstellen. „Diktatur oder Demokratie“ heißt die Fragestellung sowohl bei den Bolschewik!, wie bei Kautsky. Dieser entscheidet sich natürlich für die Demokratie und zwar für die *bürgerliche* Demokratie, da er sie eben als die Alternative der sozialistischen Umwälzung hinstellt. Lenin-Trotsky entscheiden sich umgekehrt für die Diktatur im Gegensatz zur Demokratie und damit für die Diktatur einer Handvoll Personen, d. h. für die Diktatur nach bürgerlichem Muster. Es sind zwei Gegenpole,

beide gleich weit entfernt von der wirklichen sozialistischen Politik. Das Proletariat kann, wenn es die Macht ergreift, nimmermehr nach dem guten Rat Kautskys unter dem Vorwand der „Unreife des Landes“ auf die sozialistische Umwälzung verzichten, und sich nur der Demokratie widmen, ohne an sich selbst, an der Internationale, an der Revolution Verrat zu üben. Es soll und muß eben sofort sozialistische Maßnahmen in energischster, unnachgiebigster, rücksichtslosester Weise in Angriff nehmen, also Diktatur ausüben, aber Diktatur der *Klasse*, nicht einer Partei oder einer Clique, Diktatur der Klasse, d. h. in breitester Öffentlichkeit, unter tätiger ungehemmter Teilnahme der Volksmassen, in unbeschränkter Demokratie. „Als Marxisten sind wir nie Götzendiener der formalen Demokratie gewesen“, schreibt Trotzky. Gewiß, wir sind nie Götzendiener der formalen Demokratie gewesen. Wir sind auch nie Götzendiener des Sozialismus oder des Marxismus gewesen. Folgt etwa daraus, daß wir auch den Sozialismus, den Marxismus, wenn er uns unbequem wird, à la Cunow-Lensch-Par-vus, in die Rumpelkammer werfen dürfen? Trotzky und Lenin sind die lebendige Verneinung dieser Frage.

Wir sind nie Götzendiener der formalen Demokratie gewesen, das heißt nur: Wir unterscheiden stets den sozialen Kern von der politischen Form der *bürgerlichen* Demokratie, wir enthüllen stets den herben Kern der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit unter der süßen Schale der formalen Gleichheit und Freiheit — nicht um diese zu verwerfen, sondern um die Arbeiterklasse dazu anzustacheln, sich nicht mit der Schale zu begnügen, vielmehr die politische Macht zu erobern, um sie mit neuem sozialen Inhalt zu füllen. Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, anstelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen. Sozialistische Demokratie beginnt aber nicht erst im gelobten Lande, wenn der Unterbau der sozialistischen Wirtschaft geschaffen ist, als fertiges Weihnachtsgeschenk für das brave Volk, das inzwischen treu die Handvoll sozialistischer Diktatoren unterstützt hat. Sozialistische Demokratie beginnt zugleich mit dem Abbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus. Sie beginnt mit dem Moment der Machteroberung durch die sozialistische Partei. Sie ist nichts anderes als Diktatur des Proletariats. **Jawohl: Diktatur! Aber diese Diktatur besteht in der Art der Verwendung der Demokratie, nicht in ihrer Abschaffung, in energischen, entschlossenen Eingriffen in die wohl erworbenen Rechte und wirtschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft, ohne welche sich die sozialistische Umwälzung nicht verwirklichen läßt. Aber diese Diktatur muß das Werk der Klasse und nicht einer kleinen, führenden Minderheit im Namen der Klasse sein, d. h., sie muß Schritt und Tritt aus der aktiven Teilnahme der Massen hervorgehen, unter ihrer unmittelbaren Beeinflussung stehen, der Kontrolle der gesamten Öffentlichkeit unterstehen, aus der wachsenden politischen Schulung der Volksmassen hervorgehen.**

Rosa Luxemburg, Die russische Revolution, Aus dem Nachlaß herausgegeben und eingeleitet von Paul Lern, Berlin 1922, S. 101 ff. und 107 ff. Weitere Ausgabe: Frankfurt a. M., eingeleitet und herausgegeben von Ossip K. Flechtheim.

Das Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Erfurt 1891

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeuges zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist. Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktionskräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehemals das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkte zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die

Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportionalwahlsystem, und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittels des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. **Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben.** Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wahrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. **Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.**
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. **Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.**
7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. **Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistands. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe.**
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. **Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.**
10. **Stufenweise steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des**

Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
 - a) **Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstages;**
 - b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren;
 - c) **Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen;**
 - d) eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter;
 - e) Verbot des Trucksystems.
2. Überwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichsarbeitsamt, Bezirksarbeitsämter und Arbeitskammer. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. **Übernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.**

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Erfurt vom 14. bis 20. Oktober 1891, Berlin 1891, S. 3 ff.

Programmatische Kundgebung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, März 1919

Unter Aufrechterhaltung der leitenden Gedanken des grundsätzlichen Teils des Erfurter Programms erklärt der Parteitag:

Im November 1918 haben die revolutionären Arbeiter und Soldaten Deutschlands die Staatsgewalt erobert. Sie haben aber ihre Macht nicht befestigt und die kapitalistische Klassenherrschaft nicht überwunden. Die Führer der Rechtssozialisten haben den Pakt mit den bürgerlichen Klassen erneuert und die Interessen des Proletariats preisgegeben. Sie treiben eine Verwirrungspolitik mit den Worten „Demokratie“ und „Sozialismus“. In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind demokratische Rechtsformen Truggebilde. Solange der politischen Befreiung nicht auch die wirtschaftliche Befreiung und Unabhängigkeit gefolgt ist, besteht keine wahre Demokratie. Die Sozialisierung, wie die Rechtssozialisten sie betreiben, ist ein Gaukelspiel. Sie begnügen sich, unter Schonung der kapitalistischen Interessen, mit einer „gemischt-wirtschaftlichen“ Bewirtschaftung und sogar nur mit der „öffentlichen Kontrolle“ der nach ihrem eigenen Urteil für die sofortige Vergesellschaftung reifen Betriebe.

Das klassenbewußte Proletariat hat erkannt, daß sein Befreiungskampf nur von ihm allein und nicht nur mit den bisherigen Organisationen durchgeführt werden kann, sondern daß dazu auch eine neue proletarische Kampforganisation erforderlich ist.

Im **Rätesystem** hat sich die proletarische Revolution diese Kampforganisation geschaffen. Sie faßt die Arbeitermassen in den Betrieben zu revolutionärem Handeln zusammen. **Sie schafft dem Proletariat das Recht der Selbstverwaltung in den Betrieben, in den Gemeinden und im Staate. Sie führt die Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in die sozialistische durch.**

In allen kapitalistischen Ländern entwickelt sich das Rätesystem aus den gleichen wirtschaftlichen Bedingungen und wird zum Träger der proletarischen Weltrevolution.

Die geschichtliche Aufgabe der USP ist es, die Bannerträgerin des klassenbewußten Proletariats in seinem revolutionären Befreiungskampf zu sein. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei stellt sich auf den Boden des Rätesystems. Sie unterstützt die Räte in ihrem Ringen um die wirtschaftliche und politische Macht. Sie erstrebt die Diktatur des Proletariats, des Vertreters der großen Volksmehrheit, als notwendige Vorbedingung für die Verwirklichung des Sozialismus. Erst der Sozialismus bringt die Beseitigung jeder Klassenherrschaft, die Beseitigung jeder Diktatur, die wahre Demokratie. Um dieses Ziel zu erreichen, bedient sich die USP aller politischen und wirtschaftlichen Kampfmittel einschließlich der Parlamente. Sie verwirft planlose Gewalttätigkeiten. Ihr Ziel ist nicht die Vernichtung von Personen, sondern die Beseitigung des kapitalistischen Systems.

Die nächsten Forderungen der USPD sind:

1. **Einordnung des Rätesystems in die Verfassung. Entscheidende Mitwirkung der Räte bei der Gesetzgebung, Staats- und Gemeindeverwaltung und in den Betrieben.**
2. **Völlige Auflösung des alten Heeres.** Sofortige Auflösung des durch Freiwilligenkorps gebildeten Söldnerheeres. Entwaffnung des Bürgertums. Errichtung einer Volkswehr aus den Reihen der klassenbewußten Arbeiterschaft. **Selbstverwaltung der Volkswehr und Wahl der Führer durch die Mannschaft. Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.**
3. Die Vergesellschaftung der kapitalistischen Unternehmungen ist sofort zu beginnen. Sie ist unverzüglich durchzuführen auf den Gebieten des Bergbaues und der Energieerzeugung (Kohle, Wasser, Kraft, Elektrizität), der konzentrierten Eisen- und Stahlproduktion sowie anderer hochentwickelter Industrien und des Bank- und Versicherungswesens.

- Großgrundbesitz und große Forste sind sofort in gesellschaftliches Eigentum zu überführen. Die Gesellschaft hat die Aufgabe, die gesamten wirtschaftlichen Betriebe durch Bereitstellung aller technischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel sowie **Förderung der Genossenschaft** zur höchsten Leistungsfähigkeit zu bringen. **In den Städten ist das private Eigentum an Grund und Boden in Gemeindegut zu überführen, und ausreichende Wohnungen sind von der Gemeinde auf eigene Rechnung herzustellen.**
4. **Wahl der Behörden und der Richter durch das Volk.** Sofortige Einsetzung eines Staatsgerichtshofes, der die Schuldigen am Weltkriege und an der Verhinderung eines zeitigeren Friedens zur Verantwortung zu ziehen hat.
 5. Der während des Krieges geschaffene Vermögenszuwachs ist voll wegzusteuern. Von allen größeren Vermögen ist ein Teil an den Staat abzuführen. Im übrigen sind die öffentlichen Ausgaben durch stufenweis steigende Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern zu decken. Die Kriegsanleihen sind zu annullieren unter Entschädigung der Bedürftigen, der gemeinnützigen Vereine, Anstalten und der Gemeinden.
 6. Ausbau der sozialen Gesetzgebung. Schutz und Fürsorge für Mutter und Kind. Den Kriegerwitwen und -waisen und den Verletzten ist eine sorgenfreie Existenz sicherzustellen. Den Wohnungsbedürftigen sind überflüssige Räume der Besitzenden zur Benutzung zu übergeben. Grundlegende Neuordnung des öffentlichen Gesundheitswesens.
 7. Trennung von Staat und Kirche und Trennung von Kirche und Schule, öffentliche **Einheitsschule mit weltlichem Charakter, die nach sozialistisch-pädagogischen Grundsätzen auszugestalten ist. Anspruch jedes Kindes auf die seinen Fähigkeiten entsprechende Ausbildung und die Bereitstellung der hierfür erforderlichen Mittel.**
 8. Einführung eines öffentlich-rechtlichen Monopols für Inserate und Übertragung an die Kommunalverbände.
 9. Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Nationen. Sofortige Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur russischen Räterepublik und zu Polen. Wiederherstellung der Arbeiter-Internationale auf dem Boden der revolutionären sozialistischen Politik im Geiste der internationalen Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal.

Die USPD ist der Überzeugung, daß durch die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte, die sie erstrebt, der vollständige und dauernde Sieg des Proletariats beschleunigt und gesichert wird. Das Bekenntnis in Wort und Tat zu den Grundsätzen und Forderungen dieser Kundgebung ist aber die notwendige Voraussetzung der Einigung der Arbeiterklasse.

Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitag [der USPD] vom 2. bis 6. März 1919, Berlin 1919, S. 31.

Rosa Luxemburg:

„Die russische Revolution“, Eine kritische Würdigung, Herbst 1918

[. . .] Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für die Mitglieder einer Partei — mögen sie noch so zahlreich sein — ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit des anders Denkenden. Nicht wegen des Fanatismus der „Gerechtigkeit“, sondern weil all das Belehrende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die „Freiheit“ zum Privilegium wird.

Die stillschweigende Voraussetzung der Diktatur-Theorie im Lenin-Trotsky-schen Sinn ist, daß die sozialistische Umwälzung eine Sache sei, für die ein fertiges Rezept in der Tasche der Revolutionspartei liege, das dann nur mit Energie verwirklicht zu werden brauche. Dem ist leider — oder je nach dem: zum Glück — nicht so. Weit entfernt, eine Summe fertiger Vorschriften zu sein, die man nur anzuwenden hätte, ist die praktische Verwirklichung des Sozialismus als eines wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Systems, eine Sache, die völlig im Nebel der Zukunft liegt. Was wir in unserem Programm besitzen, sind nur wenige große Wegweiser, die die Richtung anzeigen, in der die Maßnahmen gesucht werden müssen, dazu vorwiegend negativen Charakters. [...]

Die Praxis des Sozialismus erfordert eine ganze geistige Umwälzung in den durch Jahrhunderte der bürgerlichen Klassenherrschaft degradierten Massen. Soziale Instinkte an Stelle egoistischer, Masseninitiative an Stelle der Trägheit, Idealismus, der über Leiden hinweg trägt usw. usw. Niemand weiß das besser, schildert das eindringlicher, wiederholt das hartnäckiger, als Lenin. Nur vergreift er sich völlig im Mittel: Dekret, diktatorische Gewalt der Fabrikaufseher, drakonische Strafen, Schreckensherrschaft, das sind alles Mittel, die diese Wiedergeburt verhindern. Der einzige Weg zu dieser Wiedergeburt ist die Schule des öffentlichen Lebens selbst, uneingeschränkte breiteste Demokratie, öffentliche Meinung. Gerade die Schreckensherrschaft demoralisiert.

Fällt das alles weg, was bleibt in Wirklichkeit? **Lenin und Trotzky haben an Stelle der aus allgemeinen Volkswahlen hervorgegangenen Vertretungskörperschaften die Sowjets als die einzige wahre Vertretung der arbeitenden Massen hingestellt. Aber mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muß auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen. Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Preß- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bureaukratie allein das tätige Element bleibt. Diesem Gesetz entzieht sich niemand. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzu-stimmen, im Grunde also eine Cliqueswirtschaft — eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d. h. Diktatur im bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobiner-Herrschaft (das Verschieben der Sowjet-Kongresse von drei Monaten auf sechs Monate!). Ja noch weiter: solche Zustände müssen eine Verwilderung des öffentlichen Lebens zeitigen: Attentate, Geiselschießung usw. [. . .]** Der Grundfehler der Lenin-Trozkyschen Theorie ist eben der, daß sie die Diktatur, genau wie Kautsky, der Demokratie entgegenstellen. „Diktatur oder Demokratie“ heißt die Fragestellung sowohl bei den Bolschewik!, wie bei Kautsky. Dieser entscheidet sich natürlich für die Demokratie und zwar für die *bürgerliche* Demokratie, da er sie eben als die Alternative der sozialistischen Umwälzung hinstellt. Lenin-Trotsky entscheiden sich umgekehrt für die Diktatur im Gegensatz zur Demokratie und damit für die Diktatur einer Handvoll Personen, d. h. für die Diktatur nach bürgerlichem Muster. Es sind zwei Gegenpole,

beide gleich weit entfernt von der wirklichen sozialistischen Politik. Das Proletariat kann, wenn es die Macht ergreift, nimmermehr nach dem guten Rat Kautskys unter dem Vorwand der „Unreife des Landes“ auf die sozialistische Umwälzung verzichten, und sich nur der Demokratie widmen, ohne an sich selbst, an der Internationale, an der Revolution Verrat zu üben. Es soll und muß eben sofort sozialistische Maßnahmen in energischster, unnachgiebigster, rücksichtslosester Weise in Angriff nehmen, also Diktatur ausüben, aber Diktatur der *Klasse*, nicht einer Partei oder einer Clique, Diktatur der Klasse, d. h. in breitester Öffentlichkeit, unter tätigster ungehemmter Teilnahme der Volksmassen, in unbeschränkter Demokratie. „Als Marxisten sind wir nie Götzendiener der formalen Demokratie gewesen“, schreibt Trotzky. Gewiß, wir sind nie Götzendiener der formalen Demokratie gewesen. Wir sind auch nie Götzendiener des Sozialismus oder des Marxismus gewesen. Folgt etwa daraus, daß wir auch den Sozialismus, den Marxismus, wenn er uns unbequem wird, à la Cunow-Lensch-Par-vus, in die Rumpelkammer werfen dürfen? Trotzky und Lenin sind die lebendige Verneinung dieser Frage.

Wir sind nie Götzendiener der formalen Demokratie gewesen, das heißt nur: Wir unterscheiden stets den sozialen Kern von der politischen Form der *bürgerlichen* Demokratie, wir enthüllen stets den herben Kern der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit unter der süßen Schale der formalen Gleichheit und Freiheit — nicht um diese zu verwerfen, sondern um die Arbeiterklasse dazu anzustacheln, sich nicht mit der Schale zu begnügen, vielmehr die politische Macht zu erobern, um sie mit neuem sozialen Inhalt zu füllen. Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, anstelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen. Sozialistische Demokratie beginnt aber nicht erst im gelobten Lande, wenn der Unterbau der sozialistischen Wirtschaft geschaffen ist, als fertiges Weihnachtsgeschenk für das brave Volk, das inzwischen treu die Handvoll sozialistischer Diktatoren unterstützt hat. Sozialistische Demokratie beginnt zugleich mit dem Abbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus. Sie beginnt mit dem Moment der Machteroberung durch die sozialistische Partei. Sie ist nichts anderes als Diktatur des Proletariats. **Jawohl: Diktatur! Aber diese Diktatur besteht in der Art der Verwendung der Demokratie, nicht in ihrer Abschaffung, in energischen, entschlossenen Eingriffen in die wohl erworbenen Rechte und wirtschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft, ohne welche sich die sozialistische Umwälzung nicht verwirklichen läßt. Aber diese Diktatur muß das Werk der Klasse und nicht einer kleinen, führenden Minderheit im Namen der Klasse sein, d. h., sie muß Schritt und Tritt aus der aktiven Teilnahme der Massen hervorgehen, unter ihrer unmittelbaren Beeinflussung stehen, der Kontrolle der gesamten Öffentlichkeit unterstehen, aus der wachsenden politischen Schulung der Volksmassen hervorgehen.**

Rosa Luxemburg, Die russische Revolution, Aus dem Nachlaß herausgegeben und eingeleitet von Paul Lern, Berlin 1922, S. 101 ff. und 107 ff. Weitere Ausgabe: Frankfurt a. M., eingeleitet und herausgegeben von Ossip K. Flechtheim.

Der „Kommunismus“ in Russland und China (8 Thesen)

1. Beide „Leuchtfeuer des Kommunismus“ sind in der kapitalistischen Weltmarktökonomie angekommen.
2. Betrachtet man die gesellschaftliche Entwicklung beider Länder von ihren Resultaten her, dann waren die „Kommunistischen Parteien“ nichts weiter als der radikale Flügel der bürgerlichen Umwälzung, vergleichbar den Jakobinern in der großen französischen Revolution 1789. Die Ära der bürgerlichen Umwälzungen ist noch immer nicht zu Ende.
3. Was die „Kommunisten“ wollten, was sie taten und was dabei herauskam, das ist voneinander zu unterscheiden. Im Verlauf ihrer gesellschaftsverändernden Praxis wurde auch das, was sie ursprünglich wollten verändert und der Kommunismus bis zur Unkenntlichkeit entstellt.
4. Der „Kommunismus“ in Russland und China vollbrachte in Jahrzehnten eine Entwicklung, die in Europa Jahrhunderte dauerte. Der Terror wurde von Jakobinern wie von „Kommunisten“ angewendet zur Verhinderung von Restaurationsversuchen und/oder zur Beschleunigung radikaler Umwälzungen.
5. Jakobiner und „Kommunisten“ wollten weit mehr, als eine bürgerliche Gesellschaft in den uns bekannten Formen, die sich schließlich herausbildeten. Beide waren Verfechter eines radikalen Gleichheitsgedankens. Was die „Levellers“ (England), die Anhänger von Thomas Münzer u.a. (Beuernkrieg Deutschland) in der frühbürgerlichen Revolution, das waren die Jakobiner, Babeuf etc. in der Hochzeit der bürgerlichen Revolution und die „Kommunisten“ in der Zeit der „nachholenden“ bürgerlichen Revolution.
6. Man wird Jakobinern, den „Kommunisten“ in Russland und China etc. allerdings nicht gerecht, wenn man sie nur unter dem Gesichtspunkt der Resultate ihres Wirkens bewertet. Sie alle repräsentierten auch Bestrebungen innerhalb der bürgerlichen Revolution, die über die Grenzen einer solchen Revolution hinausgingen, ein plebejisches, proletarisches Element sozialer Gleichheit. (Das ist jedoch längst Geschichte.) Die Versuche, diesen utopischen Überhang in gesellschaftliche Wirklichkeit umzusetzen, brachte vor allem Jakobiner und „Kommunisten“ nach den jeweiligen der Phase des revolutionären Enthusiasmus in schroffen Gegensatz zur Mehrheit der Menschen, die die revolutionäre Bewegung trugen. So musste die Revolution ihre Kinder fressen und zugleich den Rückzug antreten.
7. In Russland hat das durch den radikalen Flügel geprägte Regime abgedankt und in China wird es ebenso von der Bildfläche verschwinden.
8. Der durch die „Modernisierungsdiktaturen“ für den Kommunismus in Theorie und Praxis entstandene Schaden ist jedoch verheerend und wird Generationen nachwirken. Allein das Vergessen, der nagende Zahn der Zeit, wird diesen Schaden nicht beheben können. Eine kommunistische Bewegung muss neu begründet werden in radikaler Kapitalkritik und in ebenso schroffer Abgrenzung zu allen bisherigen Versuchen, die soziale Emanzipation ins Werk zu setzen. Den Rest muss das Kapital selbst besorgen!

Wertkritik, Kapitalkritik und soziale Emanzipation

Monsieur Postone hätte kein noch dickeres Buch schreiben müssen, um die realen Zusammenhänge von Wert und Wertform, Arbeit und Austausch herauszuarbeiten und darzulegen.

Während bei Heinrich – wir erinnern uns dunkel – die Arbeit als Werts substanz ganz verschwindet und Austausch und Wertform den einzig gültigen Zusammenhang des Wertverhältnisses bilden, ist es bei Postone eher umgekehrt. Der Austausch verschwindet und alle gesellschaftliche Vermittlung kann im Kapitalismus die Arbeit, manchmal sogar die unmittelbare Arbeit selbst bewirken.

In beiden Fällen handelt es sich, wie so oft in dem Bemühen um Rekonstruktion der Kritik der Politischen Ökonomie, um einseitige Überspitzungen, die vor allem dadurch ihre ungünstige Wirkung zeigen, dass die Perspektiven der sozialen Emanzipation nicht erfasst werden können, bzw. verdunkelt werden. (Ich komme im Zusammenhang mit kapitalistischem Privateigentum – nicht einfach Privateigentum – und kapitalistischem Markt – nicht einfach Markt – darauf zurück.

Ich gebe zu, dass die Marxsche Darstellung in seinen 3 Bänden solchen Vereinseitungen reichlich Vorschub leistet und bin mittlerweile auch nicht mehr sicher, ob das wirklich ein so günstiger Einfall war, in dieser Art die Physiognomie der bürgerlichen Gesellschaft zu deduzieren.

Ich fange mal ganz banal an. Die kapitalistische Wirtschaft stellt sich dar als eine Ansammlung selbständiger Unternehmen, die Waren produzieren (materielle Güter, wie Dienstleistungen). Wir haben es hier zu tun mit einer spontan, nicht gesteuerten gesellschaftlichen Arbeitsteilung, in der sich die benötigten Proportionen für eine erfolgreiche gesellschaftliche Reproduktion (wie viele Konsumgüter, wie viele Produktionsmittel etc) als zufälliges Resultat von Angebot und Nachfrage ergeben. Jedes Unternehmen produziert für den Markt und hofft dort, seine Waren verticken und dabei Profit realisieren zu können.

Alles, was diese Unternehmen für ihre Warenproduktion brauchen, müssen sie ebenfalls auf dem Markt vorfinden und kaufen. Das einzelne Unternehmen ist ohne den ihn umgebenden Markt nichts, er ist äußere Bedingung seiner Existenz, der erfolgreichen Verwertung des Einzelkapitals. Der Markt vermittelt den gesellschaftlichen Zusammenhang der „unabhängig von einander verausgabten Privatarbeiten“.

Weil die einzelnen Unternehmen, wie auch die Individuen einer gegebenen kapitalistischen Gesellschaft sich nur reproduzieren können, wenn die gesellschaftliche Gesamtarbeit alle benötigten Konsumtions- und Produktionsmittel liefert, ist auch klar, dass die verschiedenen „Privatarbeiten“ sich als Bruchstücke dieser Gesamtarbeit bewähren müssen (sie müssen also das liefern, was wirklich für erfolgreiche Reproduktion gebraucht wird, es können nicht alle Stahl produzieren und sei es auch mit den modernsten Technologien. Der Begriff der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit, wie er im 1. Band des Kapital entwickelt ist, ist unvollständig. Marx ergänzt ihn durch seine Ausführungen am Ende des 2. Bandes und im 3. Band., dito die Wertbestimmung). Auch wenn diese Gesamtarbeit niemand plant und sie als solche keine unmittelbare Existenz hat, ist sie eine sehr reale Größe.

Ebenso wenig wie die sehr reale Gesamtarbeit eine unmittelbare Existenz hat, sondern sich nur herstellt als Resultat der vielen „Privatarbeiten“, ebenso wenig hat das Gesamtkapital eine unmittelbare Existenz. Diese Abstraktion ist aber genau so real, wie die der Gesamtarbeit, was besonders anschaulich bei der Ausgleicheung der verschiedenen Profitraten zu einer gesellschaftlich durchschnittlichen Profitrate hervortritt. Das will ich aber hier nicht weiter diskutieren.

Hier geht zunächst nur darum, dass der Austausch den gesellschaftlichen Zusammenhang in einer verallgemeinerten Warenproduktion vermittelt und dass der Ort dieser Vermittlung der Markt ist.

Die Form der Arbeit im Kapitalismus erzwingt eine bestimmte Form der gesellschaftlichen Vermittlung, nämlich den Austausch, aber sie vermittelt den gesellschaftlichen Zusammenhang nicht selbst.

Die warenproduzierenden Unternehmen beziehen ihre verschiedenen Arbeiten auf einander als Teile der gesellschaftlichen Gesamtarbeit, aber sie tun das nicht direkt und bewusst sondern sie tun es in dem sie kaufen und verkaufen. Arbeit ist die Substanz des Wertes, aber dieser Inhalt nimmt notwendig eine besondere Form an, den Tauschwert, das Geld. Die konkrete kapitalistische Vergesellschaftung nur mit Hilfe des Arbeitsbegriffs diskutieren zu wollen, das ist ein schlechter Witz.

Ohne sich eine Vorstellung von diesen Zusammenhängen zu machen kann auch keine Vorstellung von sozialer Emanzipation entstehen. Die erste Voraussetzung sozialer Emanzipation bestehen darin, die Gesamtarbeit bzw. ihre proportionale Verteilung dem Willen und Bewusstsein der menschlichen Gemeinschaft zu unterwerfen. D. h. die Selbständigkeit der Unternehmen und damit das Privateigentum nach dieser Seite hin aufzuheben. Die Kritik der Verdinglichungen gesellschaftlicher Verhältnisse im Kapitalismus, die Beherrschung der Menschen durch die Macht dieser Abstraktionen ist wichtig, um das ganze Desaster dieser Form der Vergesellschaftung erfassen zu können, bis hinein in der sozial bedingten Verhaltensweisen der Individuen. Dabei darf jedoch nie vergessen werden, dass die Verdinglichungen nicht primär Ursache sondern immer schon Wirkung sind. Nicht die Ware ist das primäre Problem, sondern die Verhältnisse die die Produkte zu Waren machen. Im Grunde sind diese Verhältnisse (unabhängig von einander betriebene Privatarbeiten) sehr einfach. Kompliziert erscheinen sie erst in den verrückten Formen der Verdinglichung in ihrer gesellschaftlichen Bewegung und Rückwirkung.

Was wirklich schwer ist, das sind Vorstellung und Realisierung der Alternative, was nämlich an die Stelle der gesellschaftlichen Vermittlung durch den Austausch privater Produkte (Waren) treten soll.

Daran ist auch letztlich der „reale Sozialismus“ gescheitert. Seine Alternative war keine und weit davon entfernt, die freie Assoziation zu sein, von der Marx sprach. Dafür fehlten diesen Gesellschaften auch alle materiellen und geistigen Voraussetzungen. Das, was heute in der Gestalt des Weltmarktes, der Globalisierung als scheinbar objektive Naturgewalt die Menschen beherrscht, muss durch den Willen frei assoziierter Menschen ersetzt werden. Darin besteht die eigentliche gigantische Aufgabe. Wer aber nicht mal die Ursachen des Elends in seinen Grundzügen richtig benennen kann, der kann auch keine halbwegs klare Vorstellung von den Aufgaben der sozialen Emanzipation entwickeln.

Die bis hier angesprochenen Momente der kapitalistischen Vergesellschaftung, wie auch der Perspektiven sozialer Emanzipation sind aber nur die Hälfte der Miete oder nicht einmal das. Wir haben bisher nur den Wert als gesellschaftliches Verhältnis dargestellt, ohne zu berücksichtigen, dass der Wert nur dort zur Totalität werden kann, wo für den Mehrwert produziert wird. Voraussetzung für die Verallgemeinerung der Warenproduktion, ist der Trennung der unmittelbaren Produzenten von den gegenständlichen Bedingungen ihrer Reproduktion. Dies ist die besondere Form des kapitalistischen Privateigentums im Gegensatz zu Privateigentum überhaupt. (Die Arbeitskraft muss zur Ware geworden sein). Wer diese spezifische Differenz zwischen Privateigentum überhaupt und kapitalistischem Privateigentum nicht anspricht, sollte eher vorsichtig sein mit seinen Versuchen eines neuen Zugangs zur Kritik der politischen Ökonomie.

Im Kapitalismus wird nur produziert um Profit zu erzielen. Der Mehrwert ist treibendes Motiv der Operation. Kennzeichnend ist die Bewegung des rastlosen Gewinnens, die den

Kreislauf G-W-G' stets von neuem, auf erweiterter Stufenleiter beginnen muss. Die Vermehrung des vorgeschossenen Geldes ist die Bedingung der Existenz des Kapitals. Ohne eine entsprechende Herausarbeitung der alles beherrschenden Kategorie des Mehrwerts bleiben die wesentlichen Momente der gesellschaftlichen Bewegung und Vermittlung dunkel.

In seinem Heißhunger nach Profit strebt das Kapital nach Ausdehnung der unbezahlten Mehrarbeit und stößt dabei an die natürlichen Grenzen der absoluten Mehrwertproduktion (Länge des Tages, etc.). Diese Grenze wird überschritten durch den Fortschritt in der Produktivkraft der Arbeit. Wesentliches Resultat dieses Produktivitätsfortschritts im Kapitalismus ist jedoch nicht wachsender Reichtum überhaupt, sondern Wachstum des Reichtums in seiner kapitalistischen Form. Dazu ist es erforderlich, dass die Verkürzung der gesellschaftlichen notwendigen Arbeit zur Herstellung der einzelnen Waren nicht resultiert in einer Vermehrung der von notwendiger Arbeit freier Zeit auf Seiten der Individuen, sondern in einer Ausdehnung der unbezahlten Mehrarbeit, sprich in einer Vergrößerung des Mehrwerts.

Steht die gesellschaftliche Teilung der Arbeit nicht unter bewusster Kontrolle irgendeiner Gruppe von Menschen, so gilt für die Arbeitsteilung in der Fabrik das Gegenteil. Sie steht unter Kontrolle der Kapitalisten respektive des Managements. Wird der gesamtgesellschaftliche Zusammenhang durch das blinde, unkontrollierte Wirken von Angebot und Nachfrage geregelt, so herrscht im einzelnen Unternehmen die strengste Planungsaufsicht durch eine genau definierte formelle Organisation und Hierarchie von Entscheidungsträgern. Dies ist die andere Seite der Herrschaft im Kapitalismus. Es handelt sich dabei sicher nicht um gottgegebene „persönliche Herrschaftsverhältnisse“, wie im Feudalismus etwa, sondern um ökonomisch-sachlich begründete Funktionszuschreibungen. So kann die fortschreitende Auspressung unbezahlter Mehrarbeit funktionieren.

Diese besonders unerfreuliche Seite des Kapitalismus umreißt aber zugleich die historisch fortschrittliche Seite des Kapitalismus. Damit entsteht nämlich überhaupt erst die **inhaltliche** Option auf soziale Emanzipation. Soziale Emanzipation bedeutet zum einen Überwindung des Wertverhältnisses, also die bewusste und planmäßige Gestaltung des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses durch die menschliche Gemeinschaft (das ist aber sozusagen erst die **formale, strukturelle Voraussetzung** für Emanzipation, nicht deren Inhalt selbst. Ihrem Inhalt nach ist soziale Emanzipation allseitige Entwicklung der menschlichen Individualität in der Vielfalt von Bedürfnisse und Fähigkeiten. Eine solche Perspektive tut sich erst dort auf, wo die notwendige Arbeit speziell für die Erzeugung des materiellen Reichtums an Gebrauchsgegenständen auf ein Mindestmaß reduziert ist. Sie setzt voraus, dass die Lohnabhängigen sich ihre überschüssige Arbeitszeit, die im Kapitalismus Quelle des Mehrwerts ist, als disponible, frei verfügbare Zeit aneignen. Dazu müssen sie die Herrschaft des Kapitals über sich brechen, sprich das kapitalistische Privateigentum abschaffen und mit ihm die Arbeit in der Form der Lohnarbeit. Sie müssen sich also nicht nur die gesamtgesellschaftliche Reproduktion unterwerfen, sondern selbstverständlich auch die Arbeit in jedem einzelnen Betrieb etc. in gemeinschaftliche Regie übernehmen.

Der Kampf entbrennt also auf jeden Fall um den Mehrwert, dieser entscheidenden Barriere für soziale Emanzipation. Wie soll der Produktivitätsfortschritt genutzt werden? Zur Setzung neuer unbezahlter Mehrarbeit oder zur Schaffung von disponibler Zeit auf Seiten der Individuen?

Kritik und Überwindung der Ausbeutung sind und bleiben die Quintessenz des Kommunismus! ... trotz allen fundamental wertkritischen Gefasels a la Krisis. Wert- und Kapitalkritik haben einen logischen, inneren Zusammenhang, den auseinander zu reißen oder weg zu fabulieren, für das Projekt der sozialen Emanzipation nur verheerend wirken kann!

Wer heute neue, weiterbringende Interpretationen der Kritik der Politischen Ökonomie verkündet und dann auf den ersten 200 Seiten nicht einmal diese elementaren Zusammenhänge halbwegs klar benennt, der wird die Geschichte später, auf noch einmal so vielen Seiten mit wahrhaft philosophischen Blüten über das Allgemeine und Besondere, das Konkrete und Abstrakte, was typisch sei für den Kapitalismus kaum noch retten. Das Zurückverdolmetschen der Kritik der Politischen Ökonomie in Philosophie, wird es meiner Meinung nach überhaupt nicht bringen.

Daher: Trau keinem unter 130 Jahren!!

Aus Anlass der grassierenden Zerstörung „öffentlicher Daseinsvorsorge“ durch das Kapital

(Die Verteilungsfrage gegen den Reformismus gewendet)

1. Je höher die Produktivkraft der Arbeit in einer menschlichen Gesellschaft, desto größer das erzeugte und verfügbare Mehrprodukt, dass über das Lebensnotwendige hinaus geht.
2. Mit der Zunahme der Arbeitsproduktivität wird der Umkreis der zum Leben notwendigen Mittel vergrößert und es entsteht jener Überschuss, der die Entwicklungsmöglichkeiten der Gesellschaft erweitert und – in Gestalt des Mehrwertes - die Entwicklung selbst beschleunigt.
3. Je höher die Arbeitsproduktivität desto weniger menschliche Arbeitskraft wird für die unmittelbare Erzeugung des materiellen Reichtums benötigt. Die Zahl derjenigen, die nicht mit der Erzeugung dieses Reichtums beschäftigt sind, nimmt zu.
4. Die Erzeugung eines großen Mehrprodukts erlaubt es, dass Kinder in den Genuss einer langen Ausbildung kommen, dass Kranke versorgt werden, dass Menschen im Alter versorgt bleiben, etc..
5. Die Erzeugung eines großen Mehrprodukts ermöglicht gesellschaftliche „Daseinsvorsorge“, die weit über das Lebensnotwendige hinausgeht, bzw. selbst zu einer solchen Lebensnotwendigkeit wird.
6. Weil im Kapitalismus das Mehrprodukt die Form des Mehrwertes annimmt, ist eine gesellschaftliche Verfügung über das Mehrprodukt grundsätzlich ausgeschlossen. Der Mehrwert unterstellt kapitalistische Privatproduktion und seine progressive Produktion ist Selbstzweck. Geld muss angelegt werden, um mehr Geld abzuwerfen. Privateigentum muss erhalten und vergrößert werden.
7. Aus diesem ökonomischen Sachzwang entspringt die Tendenz, einen immer größeren Teil des Mehrprodukts für die Akkumulation zu nutzen und die Konsumtion (der Masse der Menschen) relativ zu begrenzen, mag sie sich auch absolut in Zeiten des Wachstums ausdehnen.
8. Die Beschränkung der Konsumtion macht sich heute in vielen entwickelten kapitalistischen Ländern besonders gravierend bemerkbar auf dem Gebiet der gesellschaftlichen „Daseinsvorsorge“. Die Tendenz des Kapitals geht dahin, jeden Zugriff auf das gesellschaftliche Mehrprodukt (in seiner kapitalistischen Form des Mehrwertes) zum Zweck gesellschaftlicher „Daseinsvorsorge“ zu verhindern. Im Interesse der Akkumulation verlangen die Sachwalter des Kapitals uneingeschränkten privaten Zugriff auf das gesellschaftliche Mehrprodukt.
9. Dabei werden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Die Lohnabhängigen sollen die Aufwendungen für Ausbildung der Kinder, Behandlung und Pflege von Kranken und materielle Versorgung bei Arbeitslosigkeit und im Alter, usw. aus ihrem Lohn bezahlen, d.h. durch Verzicht während ihrer Zeit lohnabhängiger Arbeit. Das Kapital soll befreit werden von jedem Zuschuss zu gesellschaftlichen Einrichtungen der „Daseinsvorsorge“, aller Mehrwert reserviert sein für den Konsum der Kapitalisten und vor allem für die Akkumulation. Indem die gesellschaftlichen Einrichtungen zur „Daseinsvorsorge“ zerstört werden, eröffnen sich zugleich Anlage- und Verwertungsmöglichkeiten für neues Dienstleistungskapital etwa in Gestalt aller möglichen privaten Versicherungen, die es auf den Lohn der Lohnabhängigen abgesehen haben. (Überakkumuliertes Geldkapital findet neue Anlagemöglichkeiten.)
10. Die Argumente der Sachwalter des Kapitals, von Arbeitgeberverbänden bis hin zum DGB, sind nichts weiter als ideologische Reflexe des akzeptierten und hartnäckig verteidigten ökonomischen Sachzwangs der Verwertung. Alle Forderungen nach Begrenzung der gesellschaftlichen „Daseinsvorsorge“, nach ihrer Privatisierung und Auslieferung an die kapitalistische Konkurrenz, werden begründet mit den notwendigen Bedingungen ökonomischen Wachstums, die es zu erhalten bzw. zu schaffen gelte. Die entscheidende Bedingung dieses Wachstums ist der privatkapitalistische Profit, der jeweils groß genug sein muss, um erneut ökonomisches Wachstum anzustoßen. Sinkt die Profitrate des Kapitals, dann verschärft sich der Druck zu einer nur noch vom Luxus der Reichen begrenzten Verwendung

der Profitmasse für die Akkumulation. Die soziale Polarisierung zwischen arm und reich nimmt immer weiter zu.

11. Aus dieser irrwitzigen Spirale zunehmender sozialer Polarisierung unter den Bedingungen enorm hoher Arbeitsproduktivität und eines riesigen Mehrprodukts führt kein Weg der Reformen heraus. Die Gesetze der Verwertung von Wert drücken die Lohnabhängigen immer weiter mit dem Rücken zur Wand. Einen dauerhaften Ausweg mit Bestand bietet nur eine Vergesellschaftungsperspektive, also eine Überwindung des Kapitalverhältnisses im Interesse einer uneingeschränkten gesellschaftlichen Verfügung über das Mehrprodukt.
12. Der Kampf um diese Perspektive kann sich heute aber nur entwickeln im konkreten Widerstand gegen die Privatisierungswut des Kapitals. Nur in diesen Auseinandersetzungen kann das Ziel einer uneingeschränkten gesellschaftlichen Verfügung über das Mehrprodukt im Interesse einer umfassenden gesellschaftlichen „Daseinsvorsorge“ konkret herausgearbeitet werden. Nur in diesen Auseinandersetzungen kann klar werden, was erforderlich ist, um die gesellschaftliche Kontrolle über die Verwendung des Mehrprodukts zu erlangen.
13. Mehrprodukt darf nicht mehr in der Form des Mehrwertes produziert werden, also muss das Privateigentum an Produktionsmitteln fallen. Der Anspruch auf Vergesellschaftung der Produktionsmittel kann sich nur in dem Maße entfalten, wie der Anspruch auf die gesellschaftliche Verfügung über das Mehrprodukt bereits entwickelt ist. Das allgemein zu proklamierende Ziel der Aneignung der gegenständlichen Bedingungen zur Reproduktion durch die Masse der Lohnabhängigen (Vergesellschaftung der Produktionsmittel) kann nur dann Wirkung entfalten, wenn es sich in den konkreten Auseinandersetzung vermitteln läßt, nicht im Sinne einer bloß theoretischen, sondern auch im Sinne einer praktischen Perspektive. Das bedeutet konkret, dass in allen Auseinandersetzungen um die Privatisierung und ihre Folgen, in schroffem Gegensatz zur den Predigern des „mehr Wettbewerb“, die Abschaffung von Markt und Konkurrenz zunächst in allen Bereichen der gesellschaftlichen „Daseinsvorsorge“ (Erziehung, Ausbildung, Gesundheit, Versorgung im Alter, Verkehr, Wasserversorgung, Energieversorgung) verlangt wird. (Vergleiche die reformistische Kampagne von Attac.) Das kann hier bedeuten die Verteidigung etwa der Wasserversorgung in kommunaler Hand, die Verhinderung von Privatschulen etc., das kann dort heißen, die Abschaffung von privaten Versicherungen, etwa der privaten Krankenversicherung, oder die Rückführung der Energieversorgung in staatliches Eigentum. Der Anspruch auf gesellschaftliche Verfügung über das Mehrprodukt zum Zweck des Ausbaus der gesellschaftlichen „Daseinsvorsorge“ kann sich in diesen konkreten Auseinandersetzungen nur Geltung verschaffen durch die Forderung einer starken Besteuerung des Profits. Alle konkreten Forderungen sind abzuleiten und zu begründen aus einer grundsätzlichen Kapitalkritik. Sie dürfen nicht begründet werden mit „ökonomischer Vernunft“, dem Anspruch auf eine bessere (krisenfreie) politische Steuerung des Kapitalismus und sie dürfen nicht im Widerspruch stehen zur Perspektive einer kommunistischen Gesellschaft, sondern müssen dieser grundsätzlichen Richtung konkreten (notwendiger Weise begrenzten) Ausdruck verleihen. Die begrenzten Forderungen sind also vorbehaltlos zu formulieren, ohne Rücksicht auf die „Erfordernisse ökonomischen Wachstums“. Diese „Erfordernisse des ökonomischen Wachstums“ sind der ideologische Bezugspunkt alle Varianten bürgerlichen Denkens zur Gestaltung des Kapitalismus. Mit ihnen lassen sich sowohl wohlmeinende sozial-reformistische Reparaturversuche wie auch die reaktionärsten asozialen Auswüchse bürgerlicher Gesellschaftsgestaltung rechtfertigen. Ohne erfolgreiche Kritik des ökonomischen Wachstumsbegriffs, der die Hirne klassenübergreifend vernebelt, kann sich keine kommunistische Bewegung erfolgreich entwickeln. In der Anbetung des „ökonomischen Wachstums“ findet die Ware, Geld und Kapital anhaftende Mystifikation ihren mächtigsten, allumfassenden Ausdruck!
14. Dieser Staat, diese Kommunen etc. sind weit entfernt davon, Einrichtungen wirklicher gesellschaftlicher Kontrolle zu sein oder in der bestehenden Form auch nur werden zu können. Aber innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, in der konkreten Auseinandersetzung mit der Privatisierung, sprich der Totalisierung von Privateigentum und Markt und damit des Wertes lässt sich eine konkrete Kampfperspektive zur Überwindung des Kapitals nur entwickeln, wenn an bestehenden gesellschaftlichen Einrichtungen angeknüpft wird. Gesellschaftliches

Eigentum muss vorstellbar und praktikabel sein und ist es heute nur in den Formen bestehender gesellschaftlicher Einrichtungen! Es muss sich in seiner Versorgungsleistung ferner als effektiver und besser erweisen, was es schon getan hat (Beispiel Wasserversorgung, öffentlicher Nahverkehr)

Damit die Perspektive der sozialen Emanzipation in den Kämpfen nicht (erneut) verloren geht, muss der Kampf gegen die Privatisierung verbunden werden mit einem „revolutionären Demokratismus“, sprich konkreten Formen der Selbstverwaltung, für die es Forderungen zu entwickeln gilt. Nur in praktischen Auseinandersetzungen darum kann sich zeigen, was an bestehenden „öffentlichen Einrichtungen“ umgewandelt werden kann und was durch neue ersetzt werden muss.

15. Außerhalb der von mir skizzierten, durch das Kapital selbst provozierten Auseinandersetzungen wird jede kommunistische Perspektive eine esoterische Spielerei von Sektierern bleiben. Wird kein konkretes Programm entwickelt, in dem die weitreichende Perspektive der Vergesellschaftung sich mit konkretem Widerstand gegen die Tendenzen des Kapitals vermitteln lässt, in dem also Forderungen erhoben werden, in denen sich diese weitreichenden Ziele ausdrücken und die zugleich Tagesforderung werden können, unter denen sich ein stets wachsender Teil der Lohnabhängigen sammeln kann, dann gibt es keine Hoffnung auf soziale Emanzipation.
16. Und wohl gemerkt: Es geht bei all dem nicht um „eine gerechte Verteilung des Mehrwerts“, sondern um den Prozess der gesellschaftlichen Aneignung des Mehrprodukts. Solange das aber noch in der ökonomischen Hülle des Mehrwerts steckt, kann der Kampf um diese Aneignung des Mehrprodukts nicht anders begonnen werden, als durch Streit um die Nutzung des Mehrwertes. Nur wer den Kampf um die Aneignung des Mehrprodukts als irreführendes Beiwerk aus seiner Agenda sozialer Befreiung gestrichen hat, kann jeden Kampf um die Nutzung des Mehrwertes als bloß reformistisches Projekt denunzieren. Gesellschaftliche Aneignung des Mehrprodukts aber ist zentrale Voraussetzung sozialer Befreiung. Ohne gesellschaftliche Verfügung darüber bleibt soziale Befreiung eine leere Phrase, ohne konkrete Vorstellung davon, was es für die Menschheit heißt, aus dem Reich bloßer Naturnotwendigkeit herauszutreten zu können.
17. Die außerordentliche hohe Arbeitsproduktivität und das daraus resultierende riesige Mehrprodukt sind Schlüsselbegriffe für die Möglichkeit einer kommunistischen Gesellschaft. Wer sie nicht benutzen will, kann die Möglichkeit des Kommunismus nicht theoretisch begründen. Wer sie nicht ins Zentrum kommunistischer Praxis stellt, wird nichts bewegen können. Diese Praxis kann nur darauf ausgerichtet sein, die Arbeitsproduktivität in effektiv weniger notwendige Arbeit umzusetzen und das Mehrprodukt in den Dienst umfassender gesellschaftlicher Daseinsvorsorge zu stellen, den Akkumulationszwang aus der Welt zu schaffen. Das sind die Eckpfeiler sozialer Befreiung, aus denen sich fast alles andere als Möglichkeit ergibt (traditionelle Arbeitsteilungen überwinden, etc.). Um mit diesen Schlüsselbegriffen argumentieren zu können, reicht es nicht, die abstrakte Logik zu bemühen. Das konkrete empirische Material liegt vor und wartet darauf, verarbeitet zu werden, damit deutlich wird, dass die wahrhaftigen „Ideologiefinde“ selber die größten Ideologen sind.

Juli 2006

Robert Schlosser

Kommunismus - was sonst?

Im Spannungsfeld zwischen sozialer Reform und sozialer Emanzipation

(Gedankensprünge)

"Der Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben wird. Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, die den jetzigen Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung." (Marx/Engels, "Deutsche Ideologie")

Vorbemerkung

Das vorliegende Manuskript dient der Vorbereitung meiner Diskussionsveranstaltung auf dem "Trend"-Kongress "Kommunismus - was sonst!"

Die Vorabveröffentlichung erfolgt aus zwei Gründen:

1. Möchte ich keinen langen Vortrag halten, sondern als Einstieg in die Diskussion nur ein paar kurz zusammengefasste Thesen in den Raum stellen.
2. Soll dieses Positionspapier auch ein Vorschlag für eine Art Arbeitsprogramm einer fortlaufenden Diskussion sein, die eventuell im "Trend", möglicherweise auch als Forum, fortgeführt werden könnte. (Daher auch hin und wieder die kurzen Verweise auf theoretische Arbeiten, an denen mensch sich abarbeiten könnte/sollte.)

Inhaltlich handelt es bei diesem Manuskript um grundlegende Gedanken zu einer möglichen sozialrevolutionären Perspektive, Interpretationen, die in dieser Kombination auch für mich selbst relativ neu sind, und die ich hier erstmals versuche einigermaßen zusammenhängend darzustellen. Es bleiben jedoch Gedankensprünge, die an wesentlichen Punkten der theoretischen Unterfütterung bedürfen und manche offenen Fragen hinterlassen.

Die Anlässe zu diesen neuen Gedanken und Interpretationen kommen aus meiner Verfolgung der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen (Stichworte: Neoliberalismus, Privatisierung) und aus der kritischen Beschäftigung mit bestimmten Theorien (etwa Postones Theorien über Arbeit und Wert etc.)

Wer auch unabhängig von der Diskussion auf dem "Trend"-Kongress Interesse an einer weiterführenden Auseinandersetzung hat, der kann mir an folgende E-Mail-Adresse schreiben: robertschlosser@rs002.de

Keine Chance für soziale Emanzipation?

Es gibt heute kein hochentwickeltes kapitalistisches Land, in dem irgend eine sich als sozialrevolutionär verstehende Richtung größere Bedeutung oder gar nennenswerten Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung hätte. Das gilt unabhängig von Inhalt und Form der jeweiligen theoretischen und/oder politischen Inhalte, also von "richtig" oder "falsch". Dass diese Zustandsbeschreibung auf alle diese Länder und Richtungen gleichermaßen zutrifft, obwohl die sozialen Widersprüche sich rapide entwickeln, die Polarisierung zunimmt, ist eigentlich Anlass genug, einige Selbstverständlichkeiten zu überdenken, auf denen die politische Arbeit der aktiven Sozialrevolutionäre beruht.

Jede dieser Richtungen - wie unterschiedlich auch ihre theoretischen Positionen und Bezugspunkte auch sein mögen - schöpft ihr Selbstbewusstsein aus der Überzeugung, dass die eigene richtige Theorie und/oder Politik sich auf lange Sicht, durch geduldige Aufklärungs- und Organisationsarbeit schon durchsetzen werde und es letztlich gelingen werde, die Menschen mehrheitlich für die soziale Revolution zu gewinnen. Manchmal wird - auch ohne größere

Anstrengung theoretischer Legitimation - nur noch nach dem richtigen Dreh in der Agitation gesucht, von dem mensch sich den Durchbruch erwartet. Aus meiner Sicht sind solche Erwartungen auf Sand gebaut. Der entwickelte Kapitalismus beweist uns seit Jahrzehnten stets auf neue, dass das Verlangen der großen Mehrheit nach kommunistischen Zuständen nicht durch Aufklärungsarbeit/Agitation hervorgerufen werden kann, trotz rapide zunehmender sozialer Widersprüche und unabhängig von den Variationen sozialrevolutionärer oder konsequent reformistischer Positionen. Offenbar hat das mit dem Kapitalverhältnis selbst zu tun, und zwar je folgerichtiger und reiner es sich entwickelt. **Je mehr die gesellschaftlichen Verhältnisse durch die ökonomische Versachlichung beherrscht werden, desto schwieriger wird es offenbar, die Ursachen sozialen Elends ohne wissenschaftliche Kritik zu durchschauen und überhaupt für veränderbar zu halten. Je mehr noch die gesellschaftlichen Verhältnisse durch persönliche Macht und Willkür gekennzeichnet waren, je größer noch die Erfahrungsbereiche des erlebten Alltags außerhalb der Zirkulation des Kapitals, desto leichter konnte und kann sich Alltagsbewusstsein im Kontext sozialer Widersprüche antikapitalistisch radikalieren, unter Bezugnahme und Besinnung auf diese noch nicht vollständig in die Kapitalverwertung eingebundenen Lebensbereiche.**

Je weiter die Totalisierung des Werts voranschreitet, also je vollständiger die Reproduktion (auch individuell) durch kaufen und verkaufen bestimmt ist, desto vollständiger bestimmen ökonomische Kategorien wie Lohn, Preis, Profit das gesellschaftliche Denken der Menschen, und zwar auf beiden Seiten der Barrikade, bei LohnarbeiterInnen und denen, die über die Produktionsmittel verfügen. Auch die Lohnabhängigen beschäftigen sich ständig damit, möglichst teuer zu verkaufen und möglichst billig einzukaufen und müssen es tun, um in dieser Gesellschaft leben zu können. Die totalitäre Tendenz des Wertverhältnisses findet ihren Ausdruck in der nicht enden wollenden Ausdehnung der kapitalistischen Produktion von Waren, die das gesamte gesellschaftliche Leben dem Diktat des Kaufens und Verkaufens unterwirft. Egal, was Mensch tun will, am Anfang steht fast immer der Kauf und Verkauf. Die Menschen werden bombardiert mit Angeboten und Schnäppchen und als "bewusste Konsumenten" hofiert, die sich selbstverständlich "kostenbewusst" verhalten. Dieses "kostenbewusste" Handeln wird immer stärker in den Betrieben abverlangt und es setzt sich fort nach Feierabend. "Geiz ist geil!" ist die Message, die den Leuten täglich eingehämmert wird; dass es doch ein "Genuss" sei, täglich Sonderangebote zu vergleichen, unterschiedliche Tarife zu berechnen, den Stromanbieter zu wechseln, den Internetprovider zu wechseln, den Anbieter für den Telefonanschluss zu wechseln etc. Wahre Freiheit, Ware Freiheit! Man kann sich den ganzen Feierabend damit beschäftigen, ... was gewünscht ist. Überall können wir sparen, wir kaufen überhaupt nur um zu sparen, oder einfach um ein Schnäppchen zu machen und sei es um den "Preis", dass mensch eine Sache doppelt hat.

In dieses Räderwerk kapitalistischer Zirkulation sind die meisten Lohnabhängigen in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern eingebunden. In meinem engeren Bekannkreis kenne ich aktive, antikapitalistische Leute, die wie selbstverständlich an der lächerlichen Aktienmanie teilgenommen haben, in der Hoffnung, eine schnelle Mark zu machen, was sich als Illusion herausstellte. Also laufen auch sie/wir mit Illusionen im Kopf herum und hoffen auf individuelle Lösungen der großen gesellschaftlichen Probleme. Millionen tragen die Hoffnung mit sich herum, beim Lotto den 6er zu machen. Niemand sieht das als Utopie an, sondern als möglichen Weg ins Paradies. Wenn die Firma Opel ein Abfindungsangebot macht, mit einer schicken, viel Geld versprechenden Formel, fängt wie auf Kommando jeder der Streikenden an zu rechnen (was ich niemandem zum Vorwurf mache. Ich würde es genauso tun. Aber was passiert in einem Streik, indem öffentlich über gemeinsame Interessen, Ziele, die Formen des Kampfes diskutiert wird und zu Hause über der individuelle Ausweg berechnet wird?) Das nenne ich Verinnerlichung des ökonomischen Sachzwangs, der für jedes gesellschaftliche Problem auf eine individuelle,

"kostenbrwusste" Lösung verweist (eben Privatisierung des Sozialen). Die Sozialrevolutionäre betrügen sich selbst, wenn sie diese Umstände bei all ihrer Hoffnung auf soziale Emanzipation durch das "Erwachen der Massen" nicht gebührend berücksichtigen. Es gilt zu begreifen, dass sich diese Umstände durch aufklärerische Agitation nicht ändern lassen, sondern nur in und durch die sozialen Bewegung, durch deren praktische Aktion.

Lohn, Preis, Profit etc. sind allgegenwärtig, verdinglichte Ausdrücke sozialer Reproduktionsbeziehungen zwischen Menschen und zugleich objektive Gedankenformen. **Wir denken in diesen Kategorien, weil wir die darin zum Ausdruck kommenden sozialen Beziehung jeden Tag leben und auch gar nicht anders können.**

Das Kapital ist ein gesellschaftliches Verhältnis, in dessen Verdinglichungen sich beide Seiten zu Hause fühlen (Marx in Kapital Bd. 3, S. 838), ... solange es im Großen und Ganzen funktioniert. Die Beherrschung des Denkens aller Warenbesitzer, die vom Verkauf ihrer Waren leben (einschließlich der Besitzer von Ware Arbeitskraft) durch die ökonomische Vernunft, die das Leben in dieser Gesellschaft jedem abverlangt, ist Teil der Objektivität der Verhältnisse, der sich niemand entziehen kann. Alle Spekulationen über subjektive Befindlichkeiten von Lohnabhängigen führen nicht weiter, so sie denn nicht diese objektiven Tatbestände zum Ausgangspunkt nehmen.

Unter normalen Bedingungen des entwickelten Kapitalismus (inkl. zyklischer Entwicklung der Kapitalakkumulation) kann das Verlangen nach einer kommunistischen Produktionsweise jenseits des kapitalistischen Privateigentums nur erwachsen aus der systematischen Kritik der ökonomischen Kategorien. Teilnahme an dieser wissenschaftlichen Kritik ist aber kein notwendiges sondern eher zufälliges Verhalten von VerkäuferInnen der Ware Arbeitskraft. Es sind immer nur einzelne Individuen oder Minderheiten, die auf Grund besonderer Erfahrungen und im Kontext über sich selbst hinaustreibender sozialer Bewegungen, die wissenschaftliche Kritik vorantreiben oder sich ihre Ergebnisse zu eigen machen.

In den hochentwickelten kapitalistischen Ländern ist der Kommunismus heute daher nichts weiter als eine verblässende theoretische Richtung des Denkens, die sich auf mehr oder weniger wissenschaftliche Kritik am Kapitalverhältnis stützt. (Der "reale Sozialismus" ist sang und klanglos verschwunden, allerdings nicht ohne seinen großen Schatten der Zerstörung jeder sozialemanzipatorischen Vorstellung von Kommunismus zurück zu lassen.)

Solange der gesellschaftliche Reproduktionsprozess in den Grenzen und Formen der Kapitalverwertung im Großen und Ganzen funktioniert, das heißt die Mehrheit der Menschen sich in diesen Formen reproduzieren kann, gibt es keine Hoffnung auf ein mehrheitliches Verlangen nach einer kommunistischen Produktionsweise, gegründet auf eine "Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist." (Kommunistisches Manifest)

Wer wen heute angeblich vom Kampf abhält (theoretische/politische Richtungen) und gegen wen daher vor allem der "ideologische Kampf" zu richten ist, ist so gesehen, eine belanglose Frage. Es kommt nicht darauf an irgendwelche Ab- oder auch Zuhälter zu kritisieren, sondern des Kapitalverhältnis selbst! **Das Kapitalverhältnis selbst ist die größte Schranke für das subjektive Verlangen nach Kommunismus.**

Warum auch sollte sich die Mehrheit der Lohnabhängigen auf ein gigantisches gesellschaftliches Experiment einlassen, von dem niemand zu sagen weiß, wie es ausgehen wird, dessen erster Versuch obendrein gründlich daneben ging? Zwischen Kapitalismus und Kommunismus kann mensch nicht wählen, wie beispielsweise zwischen dem Angebot eines VW- und eines Peugeothändlers. Die Wahl zwischen Kapitalismus und Kommunismus liegt jenseits der (Entscheidungs-) "Freiheit" von Warenbesitzern und jenseits der darauf aufbauenden politischen (Wahl-)Freiheit. Die Entscheidung zwischen Kapitalismus und Kommunismus ist eine Frage der

gesellschaftlichen Not-Wendigkeit und ihrer objektiven Voraussetzungen.

(Diese Überlegungen knüpfen an: An Günther Jacobs "Kapitalismus und Lebenswelt", an Stefan Breuers "Gesellschaft des Verschwindens" und an Horkheimer / Adornos "Dialektik der Aufklärung, speziell die Kritik der "Kulturindustrie" und natürlich an das Marxsche "Kapital".)

Zusammenbruchstendenz der Kapitalakkumulation und die Chancen sozialer Revolution und Emanzipation

Mit diesen Eingangsbemerkungen will ich weder auf die Unmöglichkeit sozialer Revolution hinaus noch, einer simplen Verelendungstheorie das Wort reden, vielmehr überleiten zu einigen kurzen Anmerkungen zur Zusammenbruchstendenz der Kapitalakkumulation.

In den hochentwickelten kapitalistischen Ländern, in denen die Lebenschancen jedes Einzelnen von der erfolgreichen, sich ständig erweiternden Reproduktion von Kapital abhängen, kann mehrheitliches Verlangen nach sozialer Revolution nur aus einer Situation erwachsen, in der diese erweiterte Reproduktion zum Stillstand kommt und damit die Überlebenschancen in den Grenzen der Lohnarbeit zu einer durch Erfahrung durchschaubaren Illusion werden. (Das kann auch in Mitten des größten Reichtums passieren!) Nicht die allmähliche Verelendung großer Teile der Lohnabhängigen wird zur Ursache des Verlangens nach sozialer Revolution, sondern der plötzliche Stillstand der Kapitalreproduktion, das massenhafte Brachliegen produktiver Ressourcen, die faktische Unmöglichkeit großer Teile der Bevölkerung, sich in den Grenzen der Kapitalverwertung zu reproduzieren.

Dass es so etwas wie eine "Zusammenbruchsgesetz der Kapitalakkumulation" gibt, ist theoretisch umstritten, manche meinen auch das sei widerlegt. (Meine Überlegungen knüpfen im Grundsätzlichen an den Arbeiten von Grossmann und Mattik an, natürlich am Marxschen "Kapital" sowie den "Grundrissen" und, soweit es sich um aktuellere Bearbeitungen des empirischen Materials handelt, an Rainer Roths "Das Kartenhaus". Rosa Luxemburgs Ansatz halte ich ebenso für verfehlt, wie die Herleitungen der "fundamentalen Wertkritik". Eine produktive Kontroverse provoziert in diesem Zusammenhang die "monetäre Werttheorie" von Michael Heinrich. In der Auseinandersetzung mit ihr ginge es vor allem um die Frage der Werts substanz, des Verhältnisses zwischen Produktion und Realisation des Mehrwerts und - darauf aufbauend - um das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate.)

An dieser Stelle kann und will ich nicht in theoretische Rechtfertigungsversuche eintreten. Meine Argumentation bemüht sich hier lediglich um empirische Plausibilität und die Möglichkeit des Zusammenbruchs von Kapitalakkumulation.

- Niemand wird bestreiten, dass jedes Einzelkapital mit der Möglichkeit der Pleite schwanger geht und das ein Teil des gesellschaftlichen Gesamtkapitals regelmäßig die Segel streicht. Zumindest gibt es also offenbar eine partielle Zusammenbruchstendenz der Kapitalakkumulation, die sich in Zeiten der strukturellen Überakkumulation (SOST) in einer regelrechten Pleitenflut ausdrückt.
- Die regelmäßige Zyklen kapitalistischer Ökonomien sind Ausdruck einer mehr oder weniger starken Unterbrechung der Akkumulationsdynamik. Auch diese Regelmäßigkeit des Zusammenbruchs der Akkumulationsdynamik deutet auf eine Gesetzmäßigkeit hin. Aus der Geschichte kennen wir zumindest einen Fall den man bereits als einen Zusammenbruch der Kapitalakkumulation bezeichnen kann: die große Weltwirtschaftskrise von 1929 mit der sich anschließenden Depression, die erst mit dem 2. imperialistischen Weltkrieg bzw. seinem Ende überwunden wurde.
- Und last but not least gibt es so etwas wie den Zusammenbruch einzelner Nationalökonomien. Jüngstes Beispiel dafür war Argentinien mit der Flucht von Kapitalisten, Schließung von Banken etc.

Dies alles hat nichts zu tun mit einer finalen, ausweglosen Krise, auch wenn die sich mit mehr oder weniger guten Argumenten annehmen lässt. Es geht um die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit solcher Zusammenbrüche der Kapitalakkumulation und ihrer Bedeutung für sozialrevolutionäre Prozesse.

Anfangen möchte ich mit meinen persönlichen Erfahrungen. Jetzt arbeite ich in der 5. Firma, die wohl kurz vor dem Aus steht. Dass überhaupt einzelne Leute, die keine Kommunisten sind, spontan die Gedanken aussprechen: "Man müsste den Laden übernehmen! Warum übernehmen wir den Betrieb nicht einfach?" habe ich nur in 3 dieser Unternehmen, die vor der Pleite standen erlebt. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass nur unter solchen Bedingungen gute Diskussionen über die Möglichkeit einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel zu führen waren.

Weiter: In Argentinien provozierte der reale Zusammenbruch der Nationalökonomie eine Welle von Betriebsbesetzungen und Versuchen, die Produktion fortzuführen. Es war weit mehr das Produkt von praktischer Notwendigkeit, als von gezielter Agitation und Aufklärung.

Fast überall da auf der Welt, wo Menschen in nennenswerter Zahl aus dem kapitalistischen Reproduktionszusammenhang herausfallen, sie keinerlei "soziale Stütze" erhalten, sei es weil das Kapital ihre vorkapitalistische Produktionsweise zerstörte ohne diese Menschen als Lohnarbeitskräfte integrieren zu können, sei es dass sie durch Krise der Kapitalakkumulation "freigesetzt" wurden, gibt es Versuche gemeinschaftlicher Produktion.

Und nicht zuletzt ist die Stärke der das kapitalistische Privateigentum in Frage stellenden Bewegung in den 20iger Jahren, speziell in Deutschland, nicht zu erklären, ohne den faktischen Zusammenbruch nach dem 1. Weltkrieg und die große Weltwirtschaftskrise. Es geht hier nicht um die inhaltliche Bewertung dieser Bewegung, wie weit sie tatsächliche kommunistisch war, sondern darum, dass ihr proklamiertes Ziel darin bestand, das kapitalistische Privateigentum abzuschaffen, um den Weg einer kommunistischen Umwälzung einzuleiten. Dafür fand diese Bewegung massenhafte Unterstützung.

Alle ernstzunehmenden Versuche, die mehr oder weniger bewusst auf grundlegende Veränderung der sozialen Verhältnisse abzielen, finden und fanden statt vor dem Hintergrund gravierender "Funktionsstörungen" des ökonomischen Mechanismus der Kapitalverwertung, die das Versprechen erfolgreicher gesellschaftlicher Reproduktion und allgemeiner Wohlfahrt in den Formen der Verwertung von Wert Lügen strafte.

Im Kommunistischen Manifest heißt es:

"Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren ... Es kann dies natürlich zunächst nur geschehen vermittelt **despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßnahmen also, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Lauf der Bewegung über sich selbst hinaustreiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind.**"

So wie die kapitalistische Produktionsweise sich auf bestimmte Produktionsverhältnisse und Eigentumsformen gründet, die nicht identisch sind mit der Produktionsweise, so gründet sich auch eine kommunistische Produktionsweise auf bestimmte Produktionsverhältnisse und Eigentumsformen, mit denen sie nicht identisch ist. Kommunismus setzt zwingend das Gemeineigentum an Produktionsmitteln voraus, aber ist weit mehr als eine Revolution der Produktionsverhältnisse. Gemeineigentum ermöglicht einen mit Willen und Bewusstsein gelenkten gesellschaftlichen Reproduktionsprozess, ohne die Unkontrollierbarkeit der Verwertung von Wert. Es ermöglicht eine Produktionsweise, in der ausschließlich die Erwägung der Nützlichkeit des Produkts durch die unmittelbaren Produzenten selbst die Produktion beherrscht, also keine Produktion um der Verwertung willen stattfindet, mit anderen Worten: das ständig

neue Setzen von "Arbeit überhaupt", "abstrakter Arbeit" ist nicht mehr abhängig machende Existenzbedingung der vereinzelt Einzelnen.

Die Verwertung von Wert verlangt das Produzieren um der Produktion willen. Wenn hier Arbeit verschwindet, dann nur um die unbezahlte Mehrarbeit auszudehnen oder weil einzelne Kapitale aufhören zu existieren. In beiden Fällen bedeutet das existenzielle Bedrohung für die Lohnabhängigen. Die Fortexistenz des Kapitals, seine erweiterte Reproduktion verlangt die Existenzunsicherheit und produziert zugleich das soziale Elend. Gesellschaftliche Reproduktion der Menschen in den Grenzen der Verwertung von Wert schließt die beständige, partielle Bedrohung dieser Reproduktion ein und schließt sie dort aus, wo die Kapitalreproduktion selbst zum Stillstand kommt.

Durch die grundsätzliche Möglichkeit der Unterwerfung der menschlichen Reproduktion unter den Willen frei assoziierter Individuen können alle jene sozialen Barrieren für die Entwicklung der Individuen eingerissen werden, die sich auf die überkommenen Formen der Arbeitsteilung stützen (geschlechtliche Arbeitsteilung, Arbeitsteilung zwischen Kopf und Handarbeit, Stadt und Land.) Ein praktisches Bedürfnis nach einer solchen Produktionsweise kann sich aber nur entfalten und Geltung verschaffen unter der Voraussetzung des Gemeineigentums in freier Assoziation.

Unter den Bedingungen des Systems der Lohnarbeit bleibt es eine theoretische Überlegung.

Die heute zur Mode gewordene grundsätzliche Kritik an Forderungen nach Verstaatlichung mit dem Verweis darauf, dass das ja noch nichts mit Kommunismus zu tun habe, ist nur zu einem Teil berechtigt. In dieser Kritik wird vergessen, dass solche Formen der Vergesellschaftung notwendiges Mittel sind, um den Übergang zu einer kommunistischen Produktionsweise einzuleiten, mögen diese Mittel auch als "unzureichend und unhaltbar" erscheinen. **Nur die Beseitigung des kapitalistischen Privateigentums, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, eröffnet die Möglichkeit von Maßnahmen, die "über sich selbst hinaustreiben"!** (Im Sinne eines "Back to the roots" werde ich an anderer Stelle, wenn es um Bausteine einer sozialrevolutionären Programmatik geht, auf das Kommunistische Manifest zurück kommen.)

Spontanes, massenhaftes Verlangen nach sozialer Umwälzung, dass sich zunächst nur ausdrücken kann in der Forderung nach Beseitigung des kapitalistischen Privateigentums, nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel, kann sich nur dort entfalten, wo die Kapitalakkumulation an ihre Grenzen stößt und damit die gesamte gesellschaftliche Reproduktion ins Stocken gerät.

Irgendeine Gewähr für den Erfolg kommunistischer Bewegung bietet auch eine solche Situation nicht. Die Formen einsetzender Barbarei bei versagender oder stark begrenzter Kapitalakkumulation sind vielfältig. Wenn die einzige "soziale" Variante, die dem Kapitalverhältnis selbst entspringt, die Schöpfung neuer menschlicher Arbeitsprozesse (Arbeit überhaupt, abstrakte Arbeit), daher die Schaffung neuer Lohnarbeitsplätze ("Sozial ist, was Arbeit schafft"), versagt, tritt der wirkliche Zwillingbruder der bürgerlichen Freiheit des Privateigentums auf den Plan. Dieser Zwillingbruder ist nicht etwa die "soziale Wohlfahrt", der Sozialstaat, sondern der Sicherheitsstaat. Die Kehrseite des kapitalistischen Privateigentums ist die soziale Unsicherheit und die beschwört entweder massenhaft und organisiert auftretende Kriminalität herauf oder sozialrevolutionäre Bewegung. Das eine ist die Bedrohung des Privateigentums in den Grenzen des Privateigentums, das andere bedroht das Privateigentum grundsätzlich. Beides muss mit dem Ausbau des staatlichen Gewaltapparates zum Schutz des Privateigentums beantwortet werden und führt zu unterschiedlichen Formen mörderischer Auseinandersetzungen. Ein unbefangener Blick in die Geschichte und das aktuelle Weltgeschehen (besonders Länder der Peripherie der Kapitalakkumulation) verdeutlicht, was ich meine. Die Formen der Barbarei reichen von Bandenkriegen der organisierten Kriminalität (Rauschgift, Menschenhandel, etc.) über das Abschlachten ethnischer, religiöser Minderheiten etc. bis hin zum Völkermord in Gestalt eines "national-sozialistischen" Vernichtungskrieges. All diese Formen der

Barbarei sind Ausdruck des verzweifelten und rücksichtslosen Kampfes um Teilhabe an den "Segnungen" des Kapitals, der Forderung nach Teilhabe am Privateigentum unter den Bedingungen eines "nicht sich selbst tragenden Aufschwungs" (in den Worten der Ökonomen). Sozusagen soziale Umverteilung in den Grenzen des Privateigentums unter den Bedingungen ungenügender Vermehrung des Privateigentums.

Kapitalverhältnis und Sozialstaat - zur Neubewertung des "Sozialreformismus"

Aus diesen Überlegungen und Einschätzungen zu den Möglichkeiten sozialer Revolution resultiert für mich keineswegs eine resignierende Einstellung. Der Neoliberalismus mit all seinen Glaubenssätzen und praktischen Maßnahmen (Privatisierung "öffentlicher Güter", Senkung der direkten Steuern, Erhöhung der indirekten Steuern, Beseitigung institutionalisierter Sozialreformen, Schleifen des Sozialstaates) bedeutet sowohl eine große Bedrohung für die Menschen in den Zentren der Kapitalakkumulation als auch für die Menschen in der Peripherie. Er bietet den Sozialrevolutionären auch eine große Chance, eine Chance zu neuer Begründung und Verständigung kommunistischer Bewegung und zwar international. Indem der Neoliberalismus jeden sozial motivierten staatlichen Eingriff in das Marktgeschehen als unerhörten sozialistischen Eingriff in die Freiheit des Privateigentums zurückweist, erweist er sich als eine Strömung des Denkens und eine politische Kraft, in der die spontanen Tendenzen des Kapitalverhältnisses nach einem Jahrhundert der Klassenkämpfe und Klassenkompromisse erneut einen sozusagen unverfälschten, reinen Ausdruck erhalten. Damit bietet er uns in jeder einzelnen sozialen Frage beständig die Systemfrage an. Kompromislos verlangt er das Recht auf uneingeschränkte, freie Konkurrenz für das kapitalistische Privateigentum und damit die uneingeschränkte Wirkung des Wertgesetzes.

Das Wertgesetz kann nur dort und in soweit die gesamte gesellschaftliche Reproduktion beherrschen, wo die kapitalistische Warenproduktion sich verallgemeinert hat und die Konkurrenz der Privatproduzenten die dominante Form der Bewegung des Privateigentums ist.

Je unverfälschter von Eingriffen die Konkurrenz sich entwickelt, desto reiner kann sich das Wertgesetz entfalten, mit all seinen sozialen Konsequenzen. (Eine nicht sozial modifizierte Wirkung des Wertgesetzes führt unmittelbar zur gesellschaftlichen Deformation, wie sie Marx im allgemeinen Gesetz der Kapitalakkumulation im 1. Band beschrieben hat. Der Streit um die Tendenz zur absoluten Verelendung der Arbeiterklasse, und der Frage ob sich daraus nicht die Notwendigkeit sozialer Revolution ergäbe, fand statt vor dem Hintergrund einer kämpferischen Arbeiterinnenbewegung und der durch sie erzwungenen Ausgestaltung des Sozialstaates, ohne diesen Umstand entsprechend zu berücksichtigen. Die Behauptung, die traditionelle Arbeiterbewegung mit samt ihrem Reformismus sei ein notwendiger Bestandteil des entwickelten Kapitalverhältnisses, die die Wirkung des Wertgesetzes nicht einschränkt, sondern für seine Wirksamkeit geradezu notwendig sei, halte ich für eine der fundamentalen Fehlleistungen aller Varianten der "fundamentalen Wertkritik", beruhend auf dem Unverständnis des Kapitals als Kernstruktur der bürgerlichen Gesellschaft.)

In seiner allgemeinen Kapitaltheorie (besonders den Bänden 1 und 2 des Kapitals) abstrahiert Marx von der Konkurrenz, um das "ökonomische Bewegungsgesetz der bürgerlichen Gesellschaft", des "Kapitalismus", möglichst unverfälscht herausarbeiten zu können. Diese Abstraktion ist ein Mittel der Darstellung, die aber voraussetzt, dass die praktische Konkurrenz als Bewegung der Ausgleichung ihr Werk praktisch verrichtet hat. **Wie überhaupt die Möglichkeit der Erkenntnis des Wertgesetzes darauf beruht, dass die Konkurrenz zu bestimmten Resultaten geführt hat, die sich dann nur noch mit Hilfe der Werttheorie erklären lassen.** Die Bestimmung des Preises durch den Wert, setzt die Ausgleichsbewegung zur Reduzierung der unterschiedlichen Arbeitsmengen in den einzelnen Waren auf gesellschaftliche Durchschnittsarbeit voraus. Diese Ausgleichsbewegung kann nur auf dem Markt, vermittelt durch den Tausch in der Konkurrenz

stattfinden. Je unverfälschter durch "fremde" Eingriffe die Konkurrenz, desto unverfälschter das Gesetz wonach die Preise der Waren von ihrem Wert bestimmt werden.

Mit gewissen Einschränkungen und Besonderheiten (die durchaus theoretisch umstritten sind und hier nicht näher beleuchtet werden sollen) gilt dies auch für den Preis der Ware Arbeitskraft.

Wenn die Neoliberalen den "natürlichen Preis der Arbeit" einfordern und unter dieser Prämisse den "Arbeitsmarkt" umgestalten wollen, dann verlangen sie nicht mehr und nicht weniger, als die uneingeschränkte Wirkung des Wertgesetzes auch in Bezug auf den Preis für die Ware Arbeitskraft. Sie verlangen auch die freie Konkurrenz unter den Anbietern und VerkäuferInnen von Ware Arbeitskraft. Sie wollen die partielle Aufhebung der Konkurrenz unter den VerkäuferInnen von Ware Arbeitskraft in Gestalt der Gewerkschaften beseitigen. (Vergl. Westerwelles Vorwurf, die Gewerkschaften seien der größte "Arbeitsplatzvernichter" oder die Drohung der Arbeitgeberverbände, sich aufzulösen. Letzteres wäre das unvermeidliche Ende der Gewerkschaften in ihrer jetzigen Form als Bestandteil des "Kapitalismus", der bürgerlichen Gesellschaft.) Sie verlangen diese freie Konkurrenz unter den Lohnabhängigen aber nicht im Namen des Wertgesetzes allgemein, sondern im Interesse des kapitalistischen Privateigentums, sprich der Verwertung von Wert. Die Höhe der Löhne und der Umfang staatlicher Sozialtransfers gehören zu den Schranken für die maximale Verwertung des Werts. Beides beschneidet den Profit. Maximaler Mehrwert und Profit sind nur möglich bei vollständiger Konkurrenz unter den VerkäuferInnen von Ware Arbeitskraft und Verzicht auf irgendwelche sozialen Transferleistungen über den Staat.

Auch wenn Kämpfe zur Anhebung des Lohnes, für die Beibehaltung oder Ausdehnung bestimmter staatlicher Sozialtransfers nichts an und für sich "systemsprengendes" beinhalten, weil sie nicht darauf abzielen, die Verwertung von Wert aus der Welt zu schaffen, so sind sie doch in soweit "antikapitalistisch", als sie die uneingeschränkte Wirkung des Wertgesetzes verhindern, somit also quer stehen zur optimalen Verwertung von Wert, und daher unter bestimmten Bedingungen von Überakkumulation (Fall der Durchschnittsprofitrate des gesellschaftlichen Gesamtkapitals) den Fortbestand des Systems in Frage stellen würden. So erfordert heute die Durchsetzung jeder einigermaßen weitreichenden Reformforderung gerade soviel Organisation und Kampfschlossenheit wie ein Kampf für die Überwindung des Kapitalismus.

Um zu verstehen, was der Sozialstaat, die Gewerkschaften, der ganze historische Sozialreformismus seinem Wesen nach ist oder - vielleicht bald - war, muss mensch die Erkenntnisse der Kritik der Politischen Ökonomie bemühen. Ohne eine systematische Unterscheidung zwischen den Begriffen "Kapital" und "Kapitalismus" geht das nicht. Die Marxsche Kapitalkritik darf nicht als erschöpfende "Kapitalismuskritik" missverstanden werden. Sie ist Kritik der grundlegenden Produktionsverhältnisse und des daraus resultierenden allgemeinen ökonomischen Bewegungsgesetzes der bürgerlichen Gesellschaft, eben Ökonomiekritik. Sie trifft insofern also auf alle historisch gewordenen Formen des Kapitalismus, also auf Gesellschaften, deren Kern das Kapitalverhältnis ist, zu, ohne sie erschöpfend zu beschreiben.

Wie groß der zu realisierende Mehrwert des Kapitals sein muss und kann, um die erweiterte Reproduktion fortzusetzen, steht nicht von vorn herein fest. Darüber entscheiden sowohl die allgemeinen Bedingungen der Konkurrenz, ihre konkreten Formen, (gesetzliche fixierte Rahmenbedingungen/national wie international etc.) wie auch die Klassenkämpfe.

Sowenig Sozialstaat, sozialer Reformismus an und für sich etwas systemsprengendes haben, sowenig sind sie absolut kompatibel mit dem Kapitalverhältnis. So wie die heutige bürgerliche Gesellschaft selbst aus sehr viel radikaleren Bestrebungen hervorgegangen ist, was die Bürgerlichen selbst gern schon mal beiseite lassen (Stichwort: Französische Revolution), so

entspringt auch der heutige Sozialstaat sehr viel radikaleren Bestrebungen. Dass die heutige Sozialdemokratie mit der Sozialdemokratie, die die Stütze der 2. Internationale war, nur noch den Namen gemein hat, muss wohl nicht länger ausgeführt werden. Die Sozialdemokratie der Bismarckzeit, der Zeit des ausgehenden 19. Jahrhunderts, stellte das kapitalistische Privateigentum in Frage, wollte es überwinden, was immer man unter Kommunismus/Sozialismus (vergl. Bebel "Die Frau und der Sozialismus" oder Kautskys Erläuterungen zum Erfurter Programm) verstanden haben mag. Also fühlten sich die Kapitaleigner in ihrer Existenz bedroht und reagierten entsprechend auf eine soziale Bewegung, die immer stärker wurde. Sie reagierten mit Peitsche (Sozialistengesetze) und Zuckerbrot (Einführung der Sozialversicherungen). Doch hören wir den angeblichen "Vater" des Sozialstaates selbst, Bismarck in seiner Rede vor dem Reichstag vom 26. 11. 1884 als Kronzeugen:

"Wenn es keine Sozialdemokratie gäbe und wenn nicht eine Menge Leute sich vor ihr fürchteten, würden die mäßigen Fortschritte, die wir überhaupt in der Sozialreform bisher gemacht haben, auch noch nicht existieren." (Heinrich Potthoff, "Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945", Verlag Neue Gesellschaft, S. 41)

Hier soll gar nicht bestritten werden, dass es bürgerlichen Philantropen gab und gibt, die "soziale Gerechtigkeit" in den Grenzen der Kapitalverwertung wollen und wünschen. Sie hätten nie irgend etwas nennenswertes sozial gestalten können, wenn das Privateigentum sich in seiner Existenz nicht bedroht gefühlt hätte durch starke soziale Bewegungen. Ganz unabhängig von der Bewertung des "Realsozialismus" nach den Kriterien von sozialer Emanzipation, hätte es ohne die "Kommunistische Internationale" und ohne die viel zitierte "Systemkonfrontation" weder einen mörderischen "nationalen Sozialismus" mit Urlaub und Kindergeld für "Arier" noch die konkrete Ausgestaltung des kapitalistischen Sozialstaates nach dem 2. imperialistischen Weltgemetzel gegeben! Alle sozialen Zugeständnisse des Privateigentums beruhen letztlich auf seiner Angst vor sozialer Revolution. Ihr Ursprung sind immer starke soziale Bewegungen, die entweder das Privateigentum generell in Frage stellen, und in sofern vermittelt wirken, oder aber mit großer Kraft für ein konkretes Ziel kämpfen (letztes großes Beispiel in Deutschland ist die Durchsetzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall Ende der 50iger Jahre).

Im Kapitalverhältnis selbst, also dem zugrunde liegenden Produktionsverhältnis und dem daraus entspringenden ökonomischen Bewegungsgesetz, gibt es nichts, was Einrichtungen wie den Sozialstaat hervorbringen könnte, außer den Klassenkampf!

Nur so ist es zu verstehen, dass es in vielen Ländern nie Sozialstaat gegeben hat und das er hier und heute mit atemberaubender Geschwindigkeit demontiert werden kann.

Die historisch berechtigte und notwendige Spaltung zwischen Sozialreformismus und sozialer Revolution (sie machte sich nicht von ungefähr an der Frage der Stellung zum 1. imperialistischen Weltgemetzel fest) ist überwunden! Die frohe Nachricht sieht weniger gut aus, wenn mensch sich diese Überwindung näher ansieht. Sie wurde dadurch überwunden, dass die Kontrahenten (Sozialdemokratie, "Kommunistische" Parteien) sich bis zur Unkenntlichkeit entstellten (Sozialdemokratie in neoliberalen Gewand, "soziale Emanzipation" als Zwangskollektivismus, Unterdrückung und Terror), und einer der beiden Kontrahenten faktisch nicht nur den Geist sondern auch den Körper aufgab.

Durch den Untergang des "Realsozialismus" und den Übergang der Sozialdemokratie auf neoliberale Positionen ist ein riesiges gesellschaftspolitisches Vakuum entstanden, das sowohl der Neoliberalismus als auch neue sozialreformistische Ansätze, die auf das Privateigentum absolut nicht verzichten wollen, füllen wollen. Dass dem Neoliberalismus das nicht ohne weiteres gelingt und es sehr wohl ein Potential an Menschen gibt, die der Freiheit des Privateigentums Grenzen ziehen möchten (Kritik an "ungerechter Verteilung", etc.), beweist beispielsweise der überraschende Erfolg der neuen linken Partei bei den Bundestagswahlen in Deutschland. Eine

sozialrevolutionäre Kraft, die nur durch die Überwindung des linken Allerleis gebildet werden könnte und zur Intervention fähig wäre, ist weit und breit nicht in Sicht.

Das Ausfüllen des Vakuums setzte eine Vermittlung von sozialer Reform und sozialer Emanzipation durch kommunistische Positionen voraus, möglich geworden durch den Bankrott der Sozialdemokratie. Gelingen könnte das nur im Kontext einer Besinnung auf die Kritik der Politischen Ökonomie, einer Konzentration auf die **zentralen Fragen** der Kapitalkritik und der sozialen Emanzipation, sowie die entsprechenden Ansätze einer kommunistischen Programmatik.

Kommunistisches - Produktionsverhältnisse und Produktionsweise

Der Kommunismus, wie er von Marx und Engels als Notwendigkeit und Möglichkeit der gesellschaftlicher Entwicklung gefordert wurde, ist weit davon entfernt uns von allen Übeln dieser Welt zu befreien. Er gründet sich letztlich auf eine bestimmte wissenschaftliche Kritik des Kapitalverhältnisses, die die Ursachen sozialen Leids der bürgerlichen oder kapitalistischen Gesellschaft benennt und zugleich die vom Kapital selbst hervorgebrachten Möglichkeit aufscheinen lässt, diese elenden Zustände aus der Welt zu schaffen.

Die Formen des sozialen Elends reichen von vergleichsweise "komfortablen" psychischen Problemen der vereinzelt Einzelnen in den hochentwickelten Kapitalisten Ländern bis hin zum Hungertod in vielen Ländern der Peripherie. Die vom Kapital selbst erzeugten Mittel zur Überwindung dieses sozialen Elends bestehen vor allem in der enormen Entwicklung der Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit. Um diese Mittel für die soziale Emanzipation nutzen zu können, müssen die kapitalistischen Produktionsverhältnisse überwunden werden.

Das Kapital ist, mit einem Wort ausgedrückt, sich selbst verwertender Wert. Eine Gesellschaftsformation deren Reproduktionsprozess eingebunden ist in die Verwertung von Wert, gründet sich auf ein Produktionsverhältnis, das durch zweierlei gekennzeichnet ist:

- Unabhängig voneinander verausgabte Privatarbeit
- Trennung der Masse der ProduzentInnen von gegenständlichen Bedingungen ihrer Reproduktion

Dieses Produktionsverhältnis, das die grundlegenden sozialen Beziehung kennzeichnet, die die Menschen bei der Reproduktion ihres Lebens eingehen, und die Produktionsweise bestimmt, findet seinen Niederschlag im kapitalistischen Privateigentum an Produktionsmitteln und der darin enthaltenen Möglichkeit des Kommandos über fremde Arbeitskraft. Aus diesem Verhältnis resultiert die Verallgemeinerung der Warenproduktion, die Verselbständigung des Tauschwertes im Geld, also der tauschvermittelte Gesamtproduktionszusammenhang, somit die ökonomische Versachlichung der sozialen Beziehungen, die letztlich nichts anderes darstellen als die "Privatisierung der sozialen Beziehungen".

Die Allgemeinheit des Tausches, des Kaufens und Verkaufens auf der Basis kapitalistischer Produktionsverhältnisse, bedeutet die Dominanz des Wertes, genauer der Verwertung von Wert. Im Äquivalententausch erzeugt die menschliche Gesellschaft ein den Individuen gegenüber äußeres Zwangsgesetz (Wertgesetz), dem alle gleichermaßen unterworfen sind, weshalb ihre eigene Gesellschaftlichkeit ihnen als fremde, feindliche Macht gegenübertritt. In seiner Sachlichkeit erscheint das Wertgesetz darüber hinaus als unabänderliches Naturgesetz.

Man mag nun über jeden einzelnen dieser Sätze einen berechtigten theoretischen Streit führen, was nicht in Frage zu stellen ist, das ist der Ableitungszusammenhang, die innere Kausalität. Wenn das geschieht, wie etwa in allen Formen sogenannter "fundamentaler Wertkritik", dann mag das mehr oder weniger theoretisch plausibel sein, aber mit verheerenden praktischen Folgen für die Kommunisten. **Das kapitalistische Privateigentum ist der Knackpunkt jeder sozialrevolutionären Perspektive. Ist dieser Knackpunkt einmal preisgegeben, dann erscheint**

alles möglich, selbst die Aufhebung des Zwangs zur Lohnarbeit im Rahmen des Systems der Lohnarbeit, etwa durch "bedingungsloses Grundeinkommen" oder andere hauptsächlich "neue", originelle Verfahren "alternativer Projekte" im hier und jetzt.

Allein die Kritik am kapitalistischen Privateigentum, die Konzentration darauf, kann den Kommunisten, wie den sozialen Bewegung Orientierung geben. Man kann Ware, Wert und Geld nicht aus der Welt schaffen, ohne das Privateigentum an Produktionsmitteln durch gesellschaftliches Eigentum, genauer wirkliches Gemeineigentum zu ersetzen, so "unzureichend" diese Maßnahme zunächst auch erscheinen vermag. Dies ist und bleibt der Dreh- und Angelpunkt sozialer Emanzipation!

Nebenbei bemerkt: Wirkliches Gemeineigentum setzt die freie, d.h. freiwillige Assoziation der ProduzentInnen voraus, wovon im "Realsozialismus" nicht der Rede sein konnte. Der Zwangskollektivismus des "Realsozialismus" setzt vielmehr einen besonderen, über der Gesellschaft stehenden Gewaltapparat voraus, der das Kollektiv zu einer fremd bestimmten Zwangseinrichtung machen kann. Vom "Absterben des Staates", von der Rücknahme aller öffentlichen Aufgaben in die Gemeinschaft der frei assoziierten ProduzentInnen war daher schon lange keine Rede mehr. Der "Realsozialismus" hat das Privateigentum durch Staatseigentum ersetzt, weiter ist er nicht gekommen und konnte er auf Grund seiner Entstehungsgeschichte und der objektiven gesellschaftlichen Bedingungen (Kapitalverhältnis in den "Kinderschuhen", Notwendigkeit der Industrialisierung in einer überwiegend bäuerlichen Gesellschaft, Revolution einer Minorität, etc.) nicht kommen. Die für den Emanzipationsprozess erforderliche Spontaneität der sozialen Bewegung, (Dynamik von Aktivitäten, die über sich selbst hinauswachsen) musste schon sehr früh unterdrückt werden. An ihre Stelle trat eine allmächtige Bürokratie der Überwachung, Gängelung und Unterdrückung, die das Werk der Industrialisierung organisierte. Weil dieser "sozialistische Staat" nicht, wie mal beabsichtigt (Lenin in "Staat und Revolution") revolutionär demokratisiert worden ist, hatte dieses Staatseigentum nichts mit wirklichem Gemeineigentum zu tun und konnte somit auch keine Voraussetzung für soziale Emanzipation im Sinne einer mit Willen und Bewusstsein gelenkten gesellschaftlichen Reproduktion werden.

Eine kommunistische Produktionsweise setzt Produktionsverhältnisse voraus, in denen die frei assoziierten Individuen über die gegenständlichen Bedingungen ihre Reproduktion verfügen. Nur unter diesen Voraussetzungen können die Bedürfnisse der Menschen die Produktion bestimmen und nicht eine durch Verwertung beherrschte Produktion die Bedürfnisse.

"Die freie Entwicklung der Individualitäten, und daher nicht das Reduzieren der notwendigen Arbeitszeit, um Surplusarbeit zu setzen, sondern überhaupt die Reduktion der notwendigen Arbeit der Gesellschaft zu einem Minimum, der dann die künstlerische, wissenschaftliche etc. Ausbildung der Individuen durch die für sie alle freigewordne Zeit und geschaffenen Mittel entspricht." (Grundrisse, S. 593)

Wir leben heute in einer Situation, in der die Reproduktion der Masse der Menschen davon abhängt, dass es gelingt immer neue Arbeitsprozesse zu kreieren, damit neue Mehrarbeit gesetzt werden, sprich Kapital sich verwerten kann. Viele der so entstehenden neuen Produktionsprozesse und der durch sie erzeugten Gebrauchsgegenstände und Dienstleistungen sind mehr als fragwürdig. Das Kapital fragt aber nicht nach Nützlichkeit, sondern verlangt Verwertung. Es geht ihm nicht um konkret-nützliche Arbeit, sondern um "menschliche Arbeit überhaupt", "abstrakt menschliche Arbeit", die beständig ausgeweitet werden muss, gleichgültig, um was für Arbeiten es sich handelt und welche Produkte damit erzeugt werden, damit Wert sich verwerten kann, damit aus Geld mehr Geld werden kann. (Die angeblich nicht existierende Werts substanz in Gestalt "menschlicher Arbeit überhaupt", "abstrakter Arbeit" ist sehr konkret, wofür die spontane Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung ein Beweis ist. Kapital kann sich verwerten, wenn es irgendeinen Produktionsprozess in Form der Privatarbeit anstößt, dessen Produkte sich

verkaufen lassen, gleichgültig, um welche Arbeit und welches Produkt es sich dabei handelt!) Die Abhängigkeit der Existenz der Lohnabhängigen von der Verwertung von Wert zwingt auch sie Gleichgültigkeit gegenüber den Gebrauchswerten zu entwickeln, die sie produzieren. Zu glauben, im Rahmen des Lohnsystems könnten die Lohnabhängigen eines Atomkraftwerks, eines Automobilwerkes, eines Werkes der Chemischen Industrie aus Nützlichkeitsabwägung die Stilllegung dieser Produktion verlangen oder auch nur aus vernünftigen Überlegungen begeistert zustimmen, wenn die Kapitalisten es aus Rentabilitätsgründen stilllegen, wäre aus meiner Sicht naiv. Sie können diesbezüglich nicht kommunistisch denken, solange sie selbst vom Verkauf ihre Arbeitskraft leben!

Eine kommunistische Produktionsweise beginnt dort, wo es überhaupt um die "Reduktion der notwendigen Arbeit der Gesellschaft zu einem Minimum" geht, wo also nur in soweit produziert wird, als das Produkt als notwendig und nützlich angesehen wird. Die Lohnabhängigkeit verbietet ein solche Denken geradezu.

Eine Aufzählung von unnützen Arbeitsprozessen, die mensch am besten sofort einstellt, fiele nicht schwer (die Produktion von Minen, Rüstungsprodukten überhaupt, eine Vielzahl von chemischen Produktionen, Produktionen der Verpackungsindustrie, etc.). Das alles kann aber nicht ernsthaft in Erwägung gezogen werden, solange die Existenz der Mehrheit der Menschen von der Verwertung von Kapital abhängt. Insofern ist der reaktionäre Spruch "Sozial ist, was Arbeit schafft!" mehr als Ideologie. Er drückt einen realen gesellschaftlichen Zusammenhang im Kapitalismus aus. An diesen Zusammenhängen bricht sich auch immer wieder der Kampf um allgemeine Arbeitszeitverkürzung, die sich geradeso rational herleiten lässt, wie das Einstellen ganzer Produktionen.

Dazu wieder eine persönliche Erfahrung:

1983, zur Hochzeit des Kampfes um die 35-Stundenwoche, arbeitete ich als Schlosser in einem Bochumer Industriebetrieb, der gerade abgewickelt wurde, weil der Konzern, zu dem er gehörte, Pleite war. Über allgemeine Arbeitszeitverkürzung konnte mensch dort nicht diskutieren, wohl aber über andere Eigentumsformen, die eine Fortsetzung der Produktion und damit der Existenz der betroffenen Menschen ermöglichen sollte. Die tollen Konzepte der Sozialdemokratie und die Banken beendeten die Flausen, die die Leute im Kopf hatten. Es stand nicht zur Debatte, was und wie es produziert wurde, schließlich hatten alle davon gelebt. Weil aber diese bescheidene Existenz in Frage gestellt war, gab es Bereitschaft, über andere Eigentumsformen nachzudenken und das kapitalistische Privateigentum in Frage zu stellen.

Die lohnabhängigen Menschen in ihrer überwältigen Mehrheit können keine Kommunisten sein, so lange sie lohnabhängig sind. Sie sind aber fähig zu moralischer Kritik "ungerechter Verteilung" und zur Empörung über den Verlust ihres Lohnarbeitsplatzes und damit ansprechbar für die Voraussetzungen des Kommunismus, die Abschaffung des kapitalistischen Privateigentums, wenn dieses Privateigentum ihre lohnabhängige Existenz in Frage stellt.

Stichworte der Vermittlung von sozialer Reform und sozialer Emanzipation, sowie möglicher Antizipation

Was bleibt also? Wie kann der Kommunismus soziale Reform und soziale Emanzipation miteinander vermitteln, den unsäglichen Gegensatz überwinden? Wie kann dies, ihrem Inhalt gemäß auch in internationaler Form geschehen?

Der heutige Kapitalismus wie die vom Neoliberalismus verlangten "Reformen" bieten reichlich Ansatzpunkte, um die kapitalistische "Alltagsreligion" in Frage zu stellen und Forderungen und Lösungen zu entwickeln in denen der sozialrevolutionäre, kommunistische Standpunkt nicht nur konkret und nachvollziehbar wird, sondern sich auch bewähren kann. Die zu formulierenden Forderungen müssen dabei immer die Tendenz aufweisen, die Freiheit des Privateigentums

einzuschränken, **im ersten Schritt** "die als gesellschaftlich gesetzten Bedürfnisse der Individuen" (Marx) auch unmittelbar gesellschaftlich zu produzieren und zu konsumieren und so dem Anspruch auf gesellschaftliche Kontrolle des Reproduktionsprozesses Geltung zu verschaffen. Nur so kann ein Kommunismus als Bewegung entstehen, die den jetzigen Zustand aufhebt.

1. Eine der heute selbstverständlichen und unhinterfragten Weisheiten der "Alltagsreligion" besteht darin, dass gesellschaftliches Eigentum und eine am Bedürfnis orientierte Produktion "Unfreiheit" bedeutet und zu nichts als Mangel und schlechter Qualität führt. Bestätigung findet dieser Glaubenssatz immer wieder durch Verweis auf den "Realsozialismus". Blenden wir den mal aus und schauen uns verbliebene Reste der "öffentlichen Daseinsvorsorge" im Kapitalismus an, solange noch welche existieren. Der Neoliberalismus wird nicht mehr lange etwas davon übrig lassen, denn als bewusster Ausdruck der unbewussten Tendenz des Kapitals strebt er die "höchste Entwicklung des Kapitals" an, in der "auch die als gesellschaftlich gesetzten Bedürfnisse des Individuums, deren Weise der Konsumtion der Natur der Sache nach eine gesellschaftliche ist, auch dies durch den Austausch, den individuellen Austausch nicht nur konsumiert, sondern auch produziert." (Grundrisse, S. 431)

Also lautete und lautet sein Credo Privatisierung der Telekommunikation, Privatisierung der Energieversorgung, Privatisierung des öffentlichen Verkehrs, Privatisierung von Gesundheitswesen und schulischer Ausbildung, ja selbst Privatisierung von Gefängnissen und Krieg (USA als Schrittmacher). Motor dieser Entwicklung ist die strukturelle Überakkumulation, die Umwandlung respektive Verdoppelung von immer mehr Kapital in produktives Kapital und Aktienkapital, die damit einhergehende Dominanz des Finanzkapitals in Gestalt von Shareholder-Value. Die ungeheure Anhäufung von Anlage suchendem Geld in Privathand, von nach Verzinsung gierenden Eigentumstiteln, brandet an gegen die letzten Reste der "öffentlichen Daseinsvorsorge". Zu niedrige Renditen in den bestehenden Industrien verlangen nach neuen Anlagemöglichkeiten. Also blinken die Dollarzeichen in den Augen, wenn Hand an die Privatisierung der "öffentlichen Daseinsvorsorge" gelegt wird.

Nehmen wir als Beispiel die Wasserwirtschaft in Deutschland, die ein grundlegendes materielles Bedürfnis der Menschen sehr effektiv und obendrein vergleichsweise ökologisch nachhaltig ohne Privateigentum, Markt und Konkurrenz befriedigt hat. Die Wasserversorgung liegt noch immer in den Händen der Kommunen, ist monopolisiert, sozusagen eine Stück "Planwirtschaft", vom Schutz der Wassereinzugsgebiete, der Rückgewinnung, bis zur unmittelbaren Versorgung der "Verbraucher". Kein "Verbraucher" käme auf den Gedanken, die Wasserwirtschaft privatisieren zu wollen, etwa, weil es Mangel an Wasser gäbe, schlechte Qualität oder gar, weil er sich in seiner Freiheit eingeschränkt fühlte, zwischen verschiedenen Sorten Wasser wählen zu können. Aber genau dahin soll der Zug Rollen, wie bei der Energieversorgung, dem öffentlichen Verkehr etc. Am Schluss stehen dann vermutlich tatsächlich 10 verschiedene Wassersorten, mit 20 verschiedenen Tarifen - gestaffelt nach der Tageszeit der Entnahme - und obendrauf eine Flatrate, die uns in etwa den heutigen Zustand verspricht, aber doppelt so teuer ist. Endlich könnte der "kostenbewusste Verbraucher" sich auch hier austoben und hätte ein Stück bürgerlicher Freiheit gewonnen. Entscheidend aber wäre der Freiheitsgewinn der Geldanleger, sie hätten nicht nur Freiheit gewonnen, sondern ebenfalls eine "Spielwiese" für Kostenreduzierung. Aus anderen Ländern mit fortgeschrittenerer Privatisierung ist bekannt, dass die Privaten gern an der teuren Pflege des Netzes sparen, was zu Leckagen, großen Verlusten kostbaren Trinkwassers und Verunreinigungen führt, die dann durch verstärkten Zusatz von Chemikalien wieder neutralisiert werden müssen. Im **März 2004** weist das Umweltbundesamt auf folgende Risiken hin: "Eine mögliche Einsparstelle mit hygienischen Auswirkungen wäre die Rohrnetzpflege. So war in der Folge der Liberalisierung des Strommarktes zu beobachten, dass Instandhaltungsinvestitionen teilweise drastisch zurück gefahren wurden." (zitiert nach der Veröffentlichung im Internet)

Aber was macht es schon, wenn im Münsterland die Strommasten umknicken (**November 2005**, also fast mit Ansage), wenn man dafür auch "yellow" strom haben kann. Wenn mensch schon sonst nicht zwischen Strom und Strom unterscheiden kann, kann können die Profitgeier dem Strom doch wenigstens eine Farbe andichten, damit der "Freiheitsgedanke" und der "kostenbewusste Verbraucher" in den Genuss dieser "Freiheit" kommt.

Die antikommunistischen Freiheitsapostel tun sich schwer mit ihrem "Pragmatismusanspruch" und "Ideologievorwurf", wenn es um die Privatisierung "öffentlicher Güter" geht. Der Ideologievorwurf fällt wie ein schwerer Stein auf ihre eigenen Füße! So meine Erfahrung in vielen Gesprächen, mit einigen "netten" Kollegen.

Die Forderung müsste lauten: Verhinderung jeder weiteren Privatisierung, Ausbau der "öffentlichen Daseinsvorsorge".

Stärkung und Ausbau des gesellschaftlichen Eigentums, Stärkung/Entwicklung von Organen der Selbstverwaltung. Eine erste jener Forderungen, in denen Schulterchluss mit den Kämpfen in vielen Ländern der Peripherie hergestellt werden könnte. (Von Bolivien über Venezuale bis nach Russland)

2. Eine andere der unhinterfragten Weisheiten der "Alltagsreligion" behauptet, dass es nur da Innovation und Fortschritt gibt, wo sich das private Unternehmertum frei entfalten kann. Jede Form der Produktionsgemeinschaft, die nicht vom Privatinteresse nach Bereicherung bestimmt ist, sei ein Feind von Erfindergeist. Ein Beispiel gegen diesen bürgerlichen Aberglauben ist die Linux-OpenSource-Community, auch wenn mit zunehmendem Erfolg der Kommerz immer stärker Einzug hält. Die Bedeutung der OpenSource-Community für den Nachweis, dass Erfindergeist und Innovation im Rahmen der Reproduktion von Gemeineigentum erblühen können, ist trotzdem nicht zu unterschätzen. Mensch darf nur nicht den Fehler vorschneller Verallgemeinerung oder Verklärung begehen und muss die Besonderheiten berücksichtigen, durch die OpenSource überhaupt möglich wurde.

Wesentlich ist zunächst, dass die erforderlichen Produktionsmittel für die Erzeugung von Software, die nicht Privateigentum ist, für viel Menschen verfügbar sind. Diese Produktionsmittel (Rechner und Software) sind zwar selbst nicht gesellschaftliches Eigentum, sondern in der Regel selbst Produkt von Privatproduktion, sie können aber von vielen Lohnabhängigen erworben werden. (Für große Maschinen gilt das nicht, wie für die meisten Produktionsmittel der Industrie, die für einzelne unerschwinglich und nicht anwendbar sind, weshalb OpenSource auch nicht einfach als Modell zu übertragen ist.)

OpenSource zeichnet sich durch eine grundlegend andere, gesellschaftliche - und zwar weltumspannd gesellschaftliche - Produktentwicklung aus, an der "Konsumenten" (Anwender) und "Produzenten" (Programmierer) beteiligt sind. In zahllosen Foren des Internets spiegelt sich die für diese Art der Produktentwicklung typische Kommunikation wieder. Was dabei herauskommt, kann sich sehen lassen und braucht den Vergleich mit den Ergebnissen der reinen Profitproduktion nicht zu scheuen.

Zweck der Produktenwicklung ist hier gerade nicht die Produktion und Reproduktion von Privateigentum, sondern von gesellschaftlichem Eigentum (Programme, die sich alle Besitzer eines Rechners und eines Internetzugangs kostenlos herunterladen und nutzen können). Entscheidend ist nicht der Profit sondern der Nutzen des Produkts. Kosten, Preise und Profit spielen nur bei den großen Distributionen die entscheidende Rolle. Das Geschäft dieser Distributionen ist jedoch nicht identisch mit der Produktentwicklung.

OpenSource zeigt beispielhaft, dass dynamische Innovation und Produktentwicklung nicht etwas sind, was nur im Rahmen von Privatproduktion funktioniert (der berühmte Erfindergeist, die Tugenden des sogenannten "Freien Unternehmertums"). Die Community zeigt ansatzweise die große Überlegenheit von unmittelbar gesellschaftlicher Produktion und beweist, dass die

Beschränkung von Privateigentum, Privatinteresse und des Strebens nach Bereicherung, keineswegs Stillstand bedeuten, weil angeblich kein Motiv für die Produktentwicklung mehr vorhanden sei. Die Produktentwicklung in diesem Bereich ist mindestens so dynamisch und erfolgreich wie die im rein privatwirtschaftlichen Sektor (Microsoft und Company) und teilweise sind die Produkte der Community schon heute denen des rein privatwirtschaftlichen Bereichs überlegen.

Nein, Linux ist mit Sicherheit (leider) nicht kommunistisch und nicht einmal ein kommunistisches Projekt, aber es provoziert die Auseinandersetzung über Kommunismus (siehe Microsofts Polemik), weil im Rahmen der OpenSource-Community kommunistische Momente wirksam sind, die quer stehen zur Logik der Kapitalverwertung und den Interessen von Monopolisten wie Microsoft. Eine kommunistische Bewegung kann sich positiv auf diese Momente einer gesellschaftlichen Entwicklung von Gemeineigentum beziehen und sollte sie gegen Versuche zunehmender Beeinflussung und Vereinnahmung durch Privatinteresse verteidigen.

3. In Russland kämpfen Menschen um die Beibehaltung kostenloser Bereitstellung einer bestimmten Grundversorgung und wehren sich gegen die Monetarisierung. Im Kontext dieser Kämpfe kommt es sogar zu einer Wiederbelebung des Rätegedankens. Eine solche Bewegung ist sicher nur zu verstehen aus der besonderen Geschichte Russlands und der positiven Erfahrung mit bestimmten Einrichtungen des "Realsozialismus". Trotzdem ist sie von internationaler Bedeutung und gleichzeitig ein Affront gegen die bürgerliche Variante von Sozialreformismus, weil sie auf die Freiheit, die das Geld verspricht, pfeift. Solange der Kapitalismus existiert, können die Lohnabhängigen auf die Freiheit, die das Geld verspricht, nicht grundsätzlich verzichten und müssen sie wahrnehmen. Aber es gibt Bereiche, in denen diese Freiheit des Geldes, sich zu kaufen, was mensch will, schon im Kapitalismus von der Allgemeinheit als völlig unsinnig erfahren werden kann.

Nehmen wir als Beispiel zunächst die grundlegenden Versorgung von Kindern. Die verheerende Verquickung von Familienideologie und Anbetung des Geldfetischs verhindern beispielsweise in Deutschland eine grundlegende Existenzsicherung von Kindern, jenseits der privaten Versorgung. Wenn der bürgerliche Staat hier etwas tun will, dann geht es meist um Geldleistungen an die Familie, Kindergeld, Erziehungsgeld etc. nicht um gesellschaftliche Einrichtungen, die den Kindern unmittelbar, nicht über den Umweg der Geldleistung an die Eltern, zu Gute kommen. Bürgerliche Grundrechte auf ein menschenwürdiges Leben sind somit nur vermittelt über die Einkünfte der Eltern. Fallen die Eltern ins Nichts, dann mit ihnen die Kinder. Was nützt es, einer Familie Kinder- oder Erziehungsgeld zu geben, wenn diese die Freiheit haben das Geld zu versaufen oder es für Ernährung und Bekleidung der Kinder auszugeben. (Nicht selten wird das Geld bedürftiger Kinder durch Eltern im Kapitalismus "versoffen".) Der Kommunismus beruht auf Freiheit in sozialer Verantwortung, nicht auf der bürgerlichen Freiheit, mit seinem Geld machen zu können, was mensch will. Ein kommunistischer Standpunkt in der gesellschaftlichen Verantwortung gegenüber den Kindern käme also darin zum Ausdruck, dass nicht die Eltern Kindergeld erhalten, sondern unmittelbar gesellschaftliche Einrichtungen erzwungen werden, die den Kindern eine soziale Grundversorgung sichern.

Daher in diesem Punkt Stärkung und Schaffung gesellschaftlicher Einrichtungen für die grundlegende Versorgung und Erziehung von Kindern, kostenlose Krippen, Kindergärten und kostenlose schulische Ausbildung.

Wenn es insgesamt um die sozialen Sicherungssysteme geht, dann muss ein auf kommunistischen Grundpositionen beruhender Sozialreformismus immer diese Richtung verfolgen. Unendgeldliche Bereitstellung einer gewissen Grundversorgung durch Schaffung entsprechender gesellschaftlicher Einrichtungen, Stärkung und Entwicklung von Organen der Selbstverwaltung.

z. B. kostenlose Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel durch ALGII-Empfänger, kostenlose Bereitstellung von Wohnraum, Energie und Wasser.

Hier wird nicht der generellen Ersetzung von Geldleistungen durch "Naturalleistungen" im Rahmen eines bürgerlichen Sozialstaates das Wort geredet, denn das würde eine unzulässige Beschneidung der eh begrenzten Freiheiten der Lohnabhängigen entsprechen. Wie es aber darum geht die Spielräume des Privateigentums einzuschränken und sozialen Ansprüchen Geltung zu verschaffen, so geht es auch darum dem Geld als Spender einer willkürlichen, sozial rücksichtslosen Freiheit die Flügel zu beschneiden. Hier und jetzt! Daher kostenlose soziale Grundsicherung! Wo immer es im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft Sinn macht.

3. Das alles geht natürlich nur, wenn der Staat über die entsprechenden Mittel verfügt, sowohl Produktionsmittel als auch Geld. Entlang der Kapitallogik weist der Neoliberalismus einen eindeutigen Weg: weg mit den progressiv steigenden direkten Steuern, alles abdecken durch indirekte Steuern. Womit klar ist, dass das Privateigentum entlastet werden soll und die Masse der Lohnabhängigen diese Kosten für ein arg beschränktes Budget tragen sollen.

Exkurs zum "Bedingungslosen Grundeinkommen":

Auch der Boss der DM-Märkte hat sich einen Namen gemacht mit dem "Bedingungslosen Grundeinkommen". Finanziert werden soll diese famose Utopie durch Abschaffung der direkten Steuern und drastische Anhebung der Verbrauchersteuern. Allmählich versteht sich. Da so manche "radikale Linke" von der Aufhebung des Zwangs zur Lohnarbeit in den Grenzen des Lohnsystems träumen, wurde auch das in den Kanon der Verfechter der Abkoppelung von Arbeit und Einkommen mit aufgenommen. Ein auf kommunistischen Positionen gegründeter sozialer Reformismus, der danach trachtet, gesellschaftliche Einrichtungen zu stärken und zu schaffen und die auf bloßen Geldbesitz gegründete Freiheit einzuschränken, kann sich damit nicht anfreunden. Für Kommunisten geht es um soziale Grundsicherung und nicht um "Grundeinkommen". Daher müssen sie für die gebundene Stärkung der Staatseinkommen eintreten. Das Motto muss umgekehrt lauten: Rauf mit den direkten Steuern, stark progressive Besteuerung für die Besitzenden und weg mit den Verbrauchsteuern! (Dies übrigens schon Forderung der Kommunisten in Deutschland 1848, wie manch anderes, an dem mensch sich orientieren könnte auch!)

4. Ein solcher auf kommunistischen Grundpositionen gestützter Reformismus, wie er hier nur kurz angedeutet werden konnte, unterscheidet sich in einem Punkt grundlegend von einem Sozialreformismus, der das Kapitalverhältnis akzeptiert und es sozial gestalten will (Memorandum, SOST). Er formuliert und erhebt seine Forderungen niemals im Namen der "ökonomischen Vernunft", also um Nachfrage zu Stärken, um für ökonomisches Wachstum und Vollbeschäftigung zu sorgen. Er formuliert seine Forderungen ausschließlich im Interesse der Lohnabhängigen mit der Perspektive, das Lohnsystem selbst aus der Welt zu schaffen. Er nutzt die sozialen Auseinandersetzungen um Reformen für eine radikale Kritik des Kapitalverhältnisses und nicht, um sich als bessere Ökonomieschule anzubieten, die im Namen größerer ökonomischer Vernunft nach politischer Macht strebt. In jeder einzelnen Forderung muss die sozialemanzipatorische Perspektive möglichst deutlich zum Ausdruck kommen (gesellschaftliche Einrichtungen, Selbstverwaltung, nicht-monetäre Grundversorgung). Der grundsätzliche Widerspruch zwischen ökonomischer und kommunistischer Begründung sozialer Reformen sollte jedoch einen gemeinsamen Kampf für bestimmte Forderungen nicht behindern.

"Die Kommunisten sind keine besondere Partei gegenüber den andern Arbeiterparteien. Sie haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen.

Sie stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen.

Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, daß sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten.

Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.

Der nächste Zweck der Kommunisten ist derselbe wie der aller übrigen proletarischen Parteien: Bildung des Proletariats zur Klasse, Sturz der Bourgeoisie, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltverbesserer erfunden oder entdeckt sind." (Marx/Engels, "Kommunistisches Manifest")

Die Geschichte der kommunistischen Weltbewegung des letzten Jahrhunderts erscheint mir heute als einen nahezu durchgängige Verletzung der hier formulierten Grundsätze des Selbstverständnisses. Die dabei begangenen Fehler des Dogmatismus und Sektierertums wogen um so schwerer, als sie begleitet wurden von der Preisgabe der Kritik der Politischen Ökonomie, ihrer Umwandlung in eine Politische Ökonomie, die spätestens seit Stalins denkwürdiger Schrift über die Ökonomischen Probleme des Sozialismus, das Wertgesetz in ein ewig wirkendes Naturgesetz umwandelte, mit dem mensch zu rechnen habe. Die Kritik des Kapitalverhältnisses wurde überlagert von der Theorie des monopolistischen und staatsmonopolistischen Kapitalismus, in der die Macht als Regulator an die Stelle des Wertes trat. Die sektiererische Politik fußte auch auf einer Klassenanalyse, die mehr und mehr schwindende, "arbeiterständige" Momente (orientieren sich an der konkreten Arbeit und nicht an "abstrakter Arbeit" und Lohnabhängigkeit) zum Bezugspunkt der Organisation machte.

Abschließende Bemerkungen zur Klassenanalyse

"Alle bisherigen Bewegungen waren Bewegungen von Minoritäten oder im Interesse von Minoritäten. Die proletarische Bewegung ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl." (Marx/Engels, "Kommunistisches Manifest")

Was ist nicht alles zur Klassenanalyse geschrieben worden, welche Kriterien wurden nicht bemüht, um die Hauptklassen der bürgerlichen Gesellschaft zu kennzeichnen. Der für mich auffallendste Fehler dabei ist verbunden mit dem Gebrauch des Wortes "Arbeiterklasse", wobei die Klasse mehr und mehr im "Arbeiter" verschwand. Wenn man den "Arbeiter" und damit die Arbeit zum Ausgangspunkt der Klassenanalyse macht, kommt man natürlich in arge Klemmen der Klassenanalyse. Schließlich ändert sich in der bürgerlichen Gesellschaft nichts so dramatisch und schnell wie die Arbeit (Gleichgültigkeit gegen die besonderen Formen der Arbeit). So besteht denn auch ein großer Teil klassenanalytischer Arbeit in ständigen Versuchen die Veränderungen der industriellen Arbeit nachzuzeichnen. Ein "Arbeiter" war natürlich immer jemand, der Handarbeit leistete und im "produzierenden Gewerbe" tätig war. Mehr oder weniger unterschwellig geisterten die Begriffe der bürgerlichen Soziologie durch die Klassenanalyse. Mit einer solchen Art von Klassenanalyse bekam mensch natürlich Schwierigkeiten noch irgendwo eine "ungeheure Mehrzahl" der Dazugehörigen ausfindig zu machen. In den hochentwickelten Ländern wurde diese "Arbeiterklasse" ja offensichtlich immer kleiner.

Soweit sich Klassenanalytiker überhaupt unmittelbar auf Kategorien der Kritik der Politischen

Ökonomie beriefen, wurde meist die Unterscheidung zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit zum entscheidenden Kriterium einer Zuordnung zur "Arbeiterklasse". Nun ist die Unterscheidung zwischen kapitalproduktiver und unproduktiver Lohnarbeit zwar von zentraler Bedeutung für das Verständnis des Gesamtproduktionsprozesses, in dem zwischen Produktions- und Zirkulationsprozess, zwischen Produktion und Realisierung des Mehrwerts zu unterscheiden ist, aber gerade deshalb eignen sich diese Kategorien nicht zur Kennzeichnung der Hauptklassen der bürgerlichen Gesellschaft.

Die Klasse, die ihren Gegensatz als Kapital erzeugt, muss beides leisten, sie muss den Mehrwert produzieren und sie muss all jene Zirkulationsarbeiten verrichten, die die Realisierung des Mehrwerts ermöglichen.

Im Kontext der Klassenanalyse wird auch immer wieder darauf verwiesen, dass Marx ja keine ausgearbeitete Klassenanalyse hinterlassen habe und es wird auf den letzten Abschnitt im 3. Band des Kapital verwiesen, der die Überschrift "Die Klassen" trägt und dann schon nach einer Seite abbricht. Ich sehe allerdings in der ganzen Kritik der Politischen Ökonomie eine ausgewiesene Klassenanalyse der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die Marx sehr prägnant in eben jenem Abschnitt gleich zu Beginn auf den Punkt bringt:

"Die Eigentümer von bloßer Arbeitskraft, die Eigentümer von Kapital und die Grundeigentümer, deren respektive Einkommensquellen Arbeitslohn, Profit und Grundrente sind, also Lohnarbeiter, Kapitalisten und Grundeigentümer, bilden die 3 großen Klassen der modernen, auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden Gesellschaft." (Marx, Kapital Bd. 3, Seite 892)

Was hier geschrieben steht, bringt klassenanalytisch auf den Punkt, was auf 891 Seiten davor entwickelt wurde. Und wer dieser Klassenanalyse folgt wird sehr rasch feststellen, dass die Mehrheit immer größer wird, die zur Klasse der LohnarbeiterInnen gehört, unabhängig davon ob die Arbeit selbst kapitalproduktiv oder -unproduktiv ist, unabhängig davon, ob Kopf- oder Handarbeit geleistet wird etc.

Durch besonders "pfiffige" Einwände gegen solche Klassenanalyse hat sich auch hier die "fundamentale Wertkritik" hervor getan. Auch die Manager seien schließlich lohnabhängig. Eine solche Argumentation weiß weder etwas davon, was der Lohn ist, noch was Abhängigkeit bedeutet. Der Lohn ist der Preis der Ware Arbeitskraft, der durch ihren Wert, sprich ihre Reproduktionskosten bestimmt wird. Aus der puren Notwendigkeit nichts zu besitzen als die eigene Arbeitskraft erwächst der Zwang, sich zu einem Lohn zu verkaufen, der die Reproduktionskosten für das eigene Leben abdeckt. (Nicht misszuverstehen, als physisches Minimum, was aber auch nicht ausgeschlossen ist!) Allein auf einem solchen Lohn basiert die Abhängigkeit. Wer "Leistungsprämien" in Millionenhöhe erhält, bekommt weder einen Lohn, noch ist er abhängig. Es macht den Managern nichts aus auch mal längere Zeit auszusetzen, oder nach wenigen Jahren "Lohnarbeit" ganz aufzuhören.

In der Marxschen Bestimmung der Hauptklassen der bürgerlichen Gesellschaft, die sich aus ihrer Stellung im kapitalistischen Produktionsprozess und der entsprechenden Revenueform ergeben, fehlt aber leider ein Aspekt, den ich hier gern ergänzen würde, weil er von großer Bedeutung ist. Aus der Abhängigkeit vom Lohn und dem Zwang zur Lohnarbeit erwächst auch der Zwang, sich dem Kommando des Kapitals über die eigene Arbeitskraft zu unterwerfen. Für das Verständnis der Klassenlage der Manager ist das sowie so von großer Bedeutung, aber es spielt auch eine Rolle für die Klassenlage von LohnarbeiterInnen. Es gibt verschiedene Kategorien von LohnarbeiterInnen, deren Lohn durchaus nur die Reproduktionskosten abdeckt, die aber Funktionäre des Kapitals sind und unmittelbare Kommandomacht über andere Lohnabhängige ausüben. Daraus ergeben sich zweifellos besondere Interessen, auch besonders widersprüchliche Interessen, die ich hier nicht weiter kommentieren will.

Warum diese abschließenden Bemerkungen zur Klassenanalyse?

Die "Bildung des Proletariats zur Klasse" setzt eine entsprechende Klassenanalyse und daran anknüpfende Politik in Gestalt konkreter Forderungen voraus. Die "Bildung des Proletariats zur Klasse" verlangt Konzentration auf die sozialen Klasseninteressen, die sich aus der Lohnabhängigkeit ergeben. Orientierung auf bestimmte Sonderinteressen von Kopf- oder Handarbeitern, auf Interessen, die sich aus Besonderheiten der konkreten Arbeit beziehen, die die Lohnabhängigen verausgaben müssen, dürfen für KommunistInnen keine Rolle spielen, wenn sie die Mehrheit im Auge haben und auf "Organisation des Proletariats zur Klasse" wirklich aus sind. Es geht um "Arbeit überhaupt" in der Form der Lohnarbeit, gleichgültig wie der Arbeitsprozess im einzelnen Aussehen mag. Das diktiert uns die bürgerliche Gesellschaft.

Ob diese objektiv existierende Klasse der LohnarbeiterInnen oder Lohnabhängigen eine sozialrevolutionäres Subjekt werden können, hängt von Verständigungsprozessen über gemeinsame Interessen ab. Es müsste vorrangiges Ziel der KommunistInnen sein, diesen Verständigungsprozess zu organisieren. Alle bedeutenden sozialen Auseinandersetzung im Kapitalismus resultieren aus dem Prozess der Verwertung von Wert und den darin eingebundenen gegensätzlichen Klassenlagen von "Eigentümern von nichts als Arbeitskraft" und "Eigentümern von Kapital und Grundeigentum". Alle Versuche, sozialrevolutionäre Bestrebungen außerhalb dieser Klassengegensätze anzustoßen sind für mich Ausdruck eines Sektierertums, das zur Lösung der "sozialen Frage" von vornherein und prinzipiell unfähig ist. Wenn die Masse der lohnabhängigen Menschen auch hier und heute kein unmittelbares Interesse an einer kommunistischen Produktionsweise entwickeln kann, so ist es doch möglich, sich in schroffem Widerspruch zum kapitalistischen Privateigentum zu verständigen und zu organisieren. Die objektive Entwicklung arbeitet für die Sozialrevolutionäre, es kommt also wesentlich darauf an, dass sie sich untereinander verständigen und so dazu fähig werden, den Verständigungs- und Organisationsprozess unter den Lohnabhängigen voran zu bringen.

Bochum, den 01.01.2006

Robert Schlosser

Stufen der gesellschaftlichen Praxis und der sozialen Emanzipation

(Von der „natürlichen“ Auseinandersetzung um die Menge unbezahlter Mehrarbeit zur Entwicklung radikaler Bedürfnisse und Praxis)

Die oft sehr anregenden und produktiven Diskussion auf dem Trend-Kongress, auch das kritische Hinterfragen meiner vorgetragenen Positionen haben mich nicht ruhen lassen und so möchte ich mit den folgenden Ausführungen einen Beitrag zur Weiterführung der Diskussion leisten.

Ausgangsüberlegungen sind:

1. Der Begriff der sozialen Emanzipation muss mit konkretem Inhalt gefüllt werden. Weg von den Schlagworten und Phrasen. Soziale Emanzipation meint immer die Befreiung von ganz konkreten Formen und Folgen der Verwertung von Wert und es handelt sich – wie der Begriff aussagt – um einen Prozess, nicht den Status der sozialen Freiheit. Es existiert keine chinesische Mauer zwischen sozialer Reform und sozialer Emanzipation!
2. Weg von jedem Dogmatismus! Kritische Theorie muss ausgearbeitet werden und zweierlei leisten:
 - sie muss sich in der Auseinandersetzung mit anderen Theorien Kraft ihrer Argumente / Plausibilität bewähren
 - sie muss uns zu gesellschaftsverändernder Praxis befähigenUm beidene Ansprüchen genügen zu können, muss die theoretische Kritik konkret werden!
Eine kritische Theorie, die sich nur im wissenschaftlichen Betrieb behaupten will, ist ebenso untauglich, wie eine Theorie, die nur eine bestimmte, vorher festgelegte Praxis legitimieren will und von daher „instrumentalisiert“ ist (Stalin lässt grüßen).

Ich wiederhole hier zunächst noch einmal mein grundlegendes Verständnis des Marxismus, wie ich es auf dem Trend-Kongress vorgetragen habe:

Für mich ist Marx der Darwin der Gesellschaftstheorie. Seine wissenschaftliche Leistung besteht darin, die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft als unbewussten naturgeschichtlichen Prozess verstanden und dargestellt zu haben. Wie es in der Entwicklung der Arten kein "höheres Wesen", kein "intelligent Design" gibt, dass die Artenvielfalt geschaffen hat, so gab und gibt es bisher keine gesellschaftliche Macht, die die gesellschaftliche Entwicklung bewusst steuert.

Mit dem Kapitalverhältnis kommt dieser naturgeschichtliche Prozess so oder so zum Abschluss. Will sagen: Entweder es gelingt der Menschheit die gigantischen, vom Kapital in spontaner gesellschaftlicher Arbeitsteilung entwickelten Produktivkräfte unter ihre Kontrolle zu bringen, die damit verbundene Destruktivität zu bändigen, oder aber die Grundlagen jeder menschlichen Existenz auf diesem Planeten werden durch das Kapitalverhältnis selbst zerstört. Entweder an die Stelle des Kapitals tritt ein moderner Kommunismus, mit einer von Willen und Bewusstheit gelenkten und kontrollierten Produktionsweise, oder aber die Menschheit versinkt in Barbarei und Elend.

Versteht man Marx so, dann gibt es keinen Widerspruch zwischen dem eher weltanschaulichen historischen Materialismus und der wissenschaftlichen Kritik der Politischen Ökonomie, wie ich sowie so davon ausgehe, dass jede Wissenschaft weltanschaulich begründet ist. Die Kritik der Politischen Ökonomie vollendet vielmehr die Philosophie, den historischen Materialismus.

Die Kritik der Politischen Ökonomie versteht und kritisiert das Kapitalverhältnis als Teil des naturgeschichtlichen Prozesses der menschlichen Gesellschaft. Bei aller nötigen Kritik an der "fundamentalen Wertkritik", kann man ihr nicht das Verdienst abstreiten, das marxische "automatische Subjekt" für die Debatte wieder entdeckt zu haben. Wenn man bedenkt, wie dominant die Theorien des monopolistischen und staatsmonopolistischen Kapitalismus waren, wie sehr also der Begriff der Macht, der bewussten Einflussnahme und Lenkung von Kapitalisten und Kapitalistengruppen, den Wertbegriff im Verständnis und der Erklärung gesellschaftlicher Prozesse verdrängt hatten, dann ist dieses Verdienst gar nicht so gering einzuschätzen.

Im Gegensatz dazu führen Negri und Hardt in der Schrift "Das Empire" - wie sie es nennen - die "politische Werttheorie" der traditionellen Monopol- und Imperialismustheorie fort: Ein Machtzentrum steuert die Welt.

Wie der Erfolg von Negri und Hardt beweist, bleibt die Geschichte mit der Macht, als ein einfaches und eingängiges Erklärungsmuster für alle Übel des Kapitalismus, attraktiv.

Aus meiner Sicht muss jede Kritik am Kapitalismus, die nicht Kapital und Wert als der Macht und Politik zugrunde liegendes Produktionsverhältnis entziffert, daraus das ökonomische Bewegungsgesetz der bürgerlichen Gesellschaft als dominanten Sachzwang ableitet und somit die Grenzen von Macht und Politik erkennbar macht, scheitern.

Was nun folgt, wurde geschrieben vor dem Hintergrund des hier skizzierten Verständnisses von Marxismus, meinem Verständnis des Verhältnisses von Kritik der Politischen Ökonomie zur Ontologie (vergl. meine im Trend veröffentlichten Ausführungen anlässlich der Auseinandersetzung mit Postone) und nicht zuletzt meinen Erfahrungen in verschiedenen Betrieben, Tätigkeiten und Berufen, wie ich sie im Referat auf dem Kongress vorgestellt habe.

1. Stufe gesellschaftlicher Praxis (Business as usual)

(Die Ausführungen zu diesem Punkt beziehen sich zunächst auf Erfahrungen mit kapitalproduktiver Arbeit. Warum das tägliche Gerangel um die Menge Arbeit, die mensch für seinen Lohn zu liefern hat, auch im weitesten Sinne in Bereichen der nicht kapitalproduktiven Lohnarbeit gilt, muss und kann an dieser Stelle nicht weiter diskutiert werden.)

Zweck der kapitalistischen Produktion ist der Mehrwert, die Aneignung unbezahlter Mehrarbeit. Die Menge der unbezahlten Mehrarbeit und damit die Größe des Mehrwerts hängt ab von

- der Anzahl der gleichzeitig beschäftigten LohnarbeiterInnen
- der Länge des Arbeitstages
- der Intensität und Produktivität der Arbeit.

Die einzelnen Kapitalisten streben zwar nicht bewusst nach Ausdehnung der unbezahlten Mehrarbeit, weil sie gar nicht wissen, was das ist, der Zusammenhang zwischen Arbeit und Profit wird ihnen aber über die Kosten, den Markt, die Zirkulation eingebläut. Sind die

Arbeitskosten zu hoch, gehen sie unter. Liefert „die bezahlte Arbeit“ zu wenig Ware, machen sie ebenfalls bankrott. Jedes Unternehmen muss einen Umsatz erzielen, der den „Break-Even-Point“ (Punkt der Kostendeckung) überschreitet. Die Arbeit muss so produktiv und intensiv sein, so lange dauern, dass eine Menge an Waren produziert wird, deren Verkauf - bei entsprechend kalkulierten Preisen - einen Umsatz liefert, der über dem „Break-Even-Point“ liegt. Insoweit haben die Kapitalisten durchaus „Mehrarbeit“ im Auge. Für sie fängt der Profit, oder die Aussicht auf Profit, da an, wo eine Menge an Waren produziert wird, deren Verkauf etwas einbringt, was über die Kostendeckung hinaus geht. Der Druck auf die Lohnabhängigen, zur Lieferung dieser Mehrarbeit, ist enorm. Ich habe es als Schlosser noch zu Zeiten der 35-Stundenwoche erlebt, dass die Leute getrieben wurden, täglich 10 Stunden zu arbeiten und am Samstag obendrauf noch 6. Diese Menge Arbeit und das entsprechende Produkt der Arbeit zu liefern, ist elementare Voraussetzung für den Profit. Der Markt kann diesen Profit nur realisieren, nicht schaffen. Erst die Menge Arbeit, die Menge Ware, dann, wenn alles gut geht, die Menge Geld! Aber ohne die Menge Arbeit und die Menge Ware, gibt es nicht einmal die Aussicht auf die Menge Geld. Die Kapitalisten wissen das sehr wohl, im Unterschied zu manchen marxistischen Theoretikern.

Für den hier interessierenden Zusammenhang werde ich mich exemplarisch konzentrieren auf den Aspekt „Intensität der Arbeit“.

In jedem kapitalistischen Unternehmen wird auf individueller Ebene ein täglicher „Klassenkampf“ um die Menge der unbezahlten Mehrarbeit geführt. Die Lohnabhängigen versuchen den Arbeitstag porös zu halten, und die Kapitalisten, bzw. ihre Offiziere und Unteroffiziere sind bemüht, jede erschlichene oder erstrittene Entlastungspause zu beseitigen. Die Auseinandersetzung findet teils offen, teils versteckt statt. Es ist nicht primär eine Frage des Bewusstseins, ob die Lohnabhängigen als Individuen und kleine Gruppen, diese Auseinandersetzung führen. Sie müssen sie als lebendige, mit Sinnen ausgestattete Lebewesen führen und führen sie. Wer den Arbeitsalltag kennt, kennt diese kleinen Auseinandersetzungen. Wir sind zwar im Ertragen widriger Umstände sehr flexibel, was aber nichts an unserer Natur ändert. Niemand steht ununterbrochen 8 Stunden und mehr ohne darunter zu leiden und ohne zu versuchen, sich zu setzen. Niemand sitzt ununterbrochen 8 Stunden und mehr, ohne darunter zu leiden und zu versuchen, ein paar Schritte zu gehen. Das Streben nach Ausdehnung der unbezahlten Mehrarbeit verlangt aber von den einen 8 Stunden und mehr zu sitzen und von den anderen 8 Stunden und mehr zu stehen. Die einen versuchen sich Entlastung durch gehen zu verschaffen, die anderen durch sitzen. (Befreiung eben von dem sozialen Zwang zum 8stündigen stehen oder sitzen.)

Es gibt viele Arbeiten die nur in sehr unbequemen Positionen ausgeführt werden können, und jeder, der dazu gezwungen ist, wird versuchen, sich durch „unproduktive Bewegung“ Entlastung zu verschaffen etc.

Niemand kann überhaupt 8 Stunden und mehr ununterbrochen arbeiten. Das Bestreben der Kapitalisten geht aber dahin, genau einen solchen Zustand zu erzeugen, die Lohnabhängigen in bloße Produktionsinstrumente (in der Sprache der Betriebswirtschaft: produktive Ressource,) zu verwandeln. Die Lohnabhängigen versuchen, einen solchen Zustand zu vermeiden.

Diese Auseinandersetzung sind Teil des Automatismus der Verwertung von Wert. Es gibt keine Mehrwertproduktion ohne beständige (individuelle) Auseinandersetzung um die Menge der unbezahlten Mehrarbeit. Die Mehrwertproduktion ist nicht einfach nur Arbeit sondern auch permanenter interaktiver, sozialer Prozess.

Die Formen, sich Unterbrechungen der Arbeit zu verschaffen sind vielfältig, Zigarette rauchen, aufs Klo gehen, eine Schwätzchen halten. (Bis kurz vor meiner Einstellung in einem Maschinenbaubetrieb der 80iger Jahre waren die Türen von den Klos entfernt, um Kontrolle

und Druck zu erhöhen.) All das ist auch beständige Quelle von Querelen mit den Vorgesetzten.

Ich habe das nie anders erlebt und behaupte, dass Leute, die diese individuelle Elementarform der Klassenauseinandersetzung leugnen oder übersehen, nicht wissen, was kapitalistische Produktion ist. Ich gehe aber noch einen Schritt weiter. Wer in den Versuchen, sich Arbeitspausen zu verschaffen nicht das Streben der Individuen nach Emanzipation von sehr konkreten sozialen Zwängen erkennen kann, der wird nicht verstehen, was soziale Emanzipation wirklich ist und wird diese Emanzipation auch nicht als allgemeines Ziel vermitteln können.

Rauch- und Alkoholverbot am Arbeitsplatz sind sicherlich der Gesundheit förderlich und insofern eine gute Sache. Aber reicht eine solche Betrachtung aus? Das Rauchverbot führt auch dazu, dass die Rauchpausen unterbleiben. Das Alkoholverbot führt dazu, dass die Folgen des Alkoholkonsums (nachlassende Konzentration, die Lust auf Gaudi und blödelnde Geselligkeit bis hin zur Arbeitsunfähigkeit) ausgeschaltet werden. In der Summe führt das alles zu mehr Arbeit und der Ausdehnung unbezahlter Mehrarbeit.

Ferner: In der Summe kosten Verschlafen, Bläuen, Krank feiern das Kapital eine Menge unbezahlter Mehrarbeit, die es nicht aneignen kann. Auch dies ist Ausdruck der Rebellion unseres Körpers gegen die Zumutungen der kapitalistischen Produktionsweise. Und so selbstverständlich die Versuche der Lohnabhängigen sind, auszuschlafen, einen oder ein paar Tage zu ruhen, so selbstverständlich sind die Versuche des Kapitals, das zu unterbinden, um für ihre Bezahlung der Lohnarbeit mehr Arbeit flüssig zu machen, was dazu führt, dass die Menge der unbezahlten Mehrarbeit sich vergrößert. Ich erlebte es ebenfalls in den 80iger Jahren, dass ein Kapitalist, der „seiner Zeit ein Stück voraus war“, eine Anwesenheitsprämie zahlte, um damit das Lohnfortzahlungsgesetz zu unterlaufen. Ohne starke soziale Bewegung wird das Lohnfortzahlungsgesetz in absehbarer Zeit fallen!

Alle Auseinandersetzungen um die Unerträglichkeit von permanenter Arbeit werden auf die unterschiedlichste Art geführt und führen zu den unterschiedlichsten Resultaten. Das Streben nach Befreiung von den sozialen Zwängen wird gebrochen durch die Verinnerlichung des ökonomischen Sachzwangs auf Seiten der Lohnabhängigen, die Selbstdisziplinierung („Jetzt müssen wir aber wieder ran!“ schließlich hängt die eigene Existenz am Profit des Unternehmens), durch Abmahnungen und Drohung von Seiten der Vorgesetzten und auch durch Erkaufen von Zugeständnissen in der Form von irgendwelchen Erschwerniszulagen. Sobald sich die Kräfteverhältnisse in jedem konkreten Betrieb wie allgemein ändern, strebt das Kapital danach die Erschwerniszulagen zu streichen und die belastenden Umstände für „normal“ zu erklären, mit denen man sich also einfach abfinden müsse. **Das Erkaufen der Leidensfähigkeit von Lohnabhängigen ist eine typisch reformistische Variante der „Lösung“ solcher Konflikte und des Unterlaufens des Strebens nach sozialer Emanzipation.**

Die angesprochenen Formen der Auseinandersetzung um die Menge der unbezahlten Mehrarbeit lassen sich nicht geradlinig radikalisieren, transformieren in große gesellschaftliche Auseinandersetzungen um die Beseitigung des Lohnsystems. Auf der Ebene des unmittelbaren Produktionsprozesses (Privatarbeit) kann sich keine systematische Kritik des Kapitals entfalten, weil das Kapital ein gesellschaftliches Produktionsverhältnis ist, in der die gesellschaftliche Arbeit in der Form der Privatarbeit verausgabt wird. Die Verinnerlichung des ökonomischen Sachzwangs, der sich ergibt aus der Tatsache, dass die gesellschaftliche Arbeit in der Form der Privatarbeit verausgabt wird, lässt das nicht zu. (Konkurrenz der Unternehmen) Es lassen sich aber kollektive Auseinandersetzung beispielsweise um Pausenregelungen und anderes auf betrieblicher Ebene führen, mit denen

es gelingen kann, die Zumutungen der Mehrwertproduktion für die Lohnabhängigen zu lindern und somit ein kleines Stück Befreiung auf Zeit zu erkämpfen.

Die Basis dieser betrieblichen Auseinandersetzung sind trotzdem auch die Basis für große gesellschaftliche Auseinandersetzungen etwa um die Beschränkung des Arbeitstages, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall etc., wie die relativ elastischen Grenzen unserer sinnlichen Leidensfähigkeit letztlich die Grundlage jedes Strebens nach sozialer Emanzipation sind. Der Kapitalismus entwickelt gleichermaßen unsere Genuss- wie unsere Leidensfähigkeit durch Ausdehnung des Konsums und durch die Tendenz immer mehr Lebenszeit in Arbeitszeit zu verwandeln und diese Arbeitszeit immer lückenloser zu nutzen. Er sorgt auch dafür, dass beides, die Genuss- wie die Leidensfähigkeit an die jeweiligen relativen Grenzen stößt. Wird der Genuss begrenzt durch niedrige Löhne oder gar Lohnarbeitslosigkeit, so wird unsere Leidensfähigkeit begrenzt durch unsere physische und psychische Konstitution, die wir als sinnlich begabte Lebewesen nicht abstreifen können. Die menschliche Arbeitskraft ist und bleibt Naturkraft, die nur innerhalb - wenn auch sehr elastischer Grenzen - missbraucht werden kann. Der kapitalistische Produktionsprozess ist organisierter Missbrauch der menschlichen Arbeitskraft zum Zweck der Erzielung eines privaten Profits! In seinem Heißhunger nach Aneignung unbezahlter Mehrarbeit strebt das Kapital beständig danach, die natürlichen Grenzen in denen souverän selbstbestimmte Menschen ihre Arbeitskraft vernünftiger Weise nutzen, zu überschreiten.

Die oben skizzierten alltäglichen Auseinandersetzungen sind Ausdruck einer bestimmten gesellschaftlichen Praxis, des im großen und ganzen funktionierenden Kapitals. Alle Bewegungen und Auseinandersetzung vollziehen sich im Rahmen des Kapitals und berühren nur die Frage der Menge der unbezahlten Mehrarbeit, die das Kapital sich aneignen kann und will. Alle diese Bewegung beruhen aber auf dem Streben nach sozialer Emanzipation von den Folgen der kapitalistischen Produktionsweise. Sie verlassen diesen Weg immer dann, wenn sie sich die angeblich unvermeidlichen Zumutungen bezahlen lassen. Das ist im großen und ganzen der Weg des Reformismus. Die bezahlte Erschwerniszulage ist ein Verzicht auf soziale Emanzipation!

Mir ist bewusst, dass diese erste Stufe des Strebens nach sozialer Befreiung für alle Sozialrevolutionäre auch eine Zumutung bedeutet, weil sich alles in den Grenzen der Verwertung von Wert abspielt, als Gerangel und Kampf um die Menge der unbezahlten Mehrarbeit. Die Gefahren des Abgleitens in Reformismus und Nationalismus sind groß. Auf dieser Grundlage ist das Streben nach sozialer Befreiung noch wesentlich Teil des naturgeschichtlichen Prozesses. Gelingt es den Sozialrevolutionären jedoch nicht, mit einem klaren Programm sozialer Reformen erfolgreich zu intervenieren, dann ist die Dominanz von Reformismus und Nationalismus unvermeidlich. Dann stehen auch die Chancen schlecht, die durch eine veränderte gesellschaftliche Praxis auf die Tagesordnung gesetzte nächste Stufe des Kampfes um soziale Befreiung erfolgreich in Angriff zu nehmen.

Grundsätzlich theoretisch muss aber schon auf dieser Ebene der Betrachtung angemerkt werden: Hinter der Verdinglichungen der Ökonomie liegt ein sehr handfester sozialer Prozess der Arbeit und der Auseinandersetzung. Auch bei der Produktion der einzelnen Ware wird deutlich, dass die Arbeit die Substanz des Wertes ist. Wäre die Arbeit nicht die Substanz des Wertes, also die unbezahlte Arbeit auch nicht Quelle des Profits, würden die von mir angesprochenen Auseinandersetzungen keinen Sinn machen, weil ja die Größe des Profits nichts mit der Arbeit in den einzelnen Betrieben zu tun hätte. Die Arbeit, die eine einzelne Ware schafft, bildet nur nicht unvermittelt Substanz ihres Wertes, sondern vermittelt, nur als durch den erzielten Preis anerkanntes „Atom der gesellschaftlichen Gesamtarbeit“ (Marx) und somit als Teil des Gesamtwertes. (Ich werde

darauf demnächst in der Auseinandersetzung mit Michael Heinrichs „monetärer Werttheorie“ zurück kommen.)

2. Stufe der gesellschaftlichen Praxis (Versagen des kapitalistischen Privateigentums)

Auch unabhängig von den täglichen Auseinandersetzung um die Menge der unbezahlten Mehrarbeit entwickelt das Kapital eine widersprüchliche Tendenz, die die unbezahlte Mehrarbeit ausdehnt, in dem sie durch technischen Fortschritt die notwendige Arbeit verringert, aber gleichzeitig damit die Menge der Arbeit, die ein Kapital gegebener Größe anwendet, verringert. Dieser Widerspruch produziert den tendenziellen Fall der Profitrate, der dann zum Zusammenbruch der Kapitalakkumulation führt, wenn die relative Abnahme der Mehrwertmasse eine absolute Abnahme umschlägt. Ob es sich dabei um eine Gesetzmäßigkeit oder nur um eine wahrscheinliche Möglichkeit handelt, lasse ich vorerst nach wie vor offen, weil es mir hier nur um die grundsätzlichen Voraussetzung von sozialer Emanzipation geht.

Als wir 1970 in Bochum die ersten kommunistischen Betriebszeitungen vor den Werkstoren bei Opel und anderen Betrieben verteilten, war ein immer wieder auftauchender Leitgedanke das Resultat des von Marx formulierten allgemeinen Gesetzes der kapitalistischen Akkumulation, wonach der Anhäufung von Reichtum auf dem einen Pol, die Anhäufung von Armut auf dem anderen Pol entspricht und dass das Kapital systematisch Lohnarbeitslosigkeit erzeugt und die industrielle Reservearmee auf immer höherem Niveau konsolidiert wird. In den Zeitungen hieß es platt, dass der Kapitalismus Arbeitslosigkeit und existenzielle Unsicherheit erzeugt. Diese Propaganda musste in den Zeiten der „Vollbeschäftigung“ abstrakt und damit - weil nicht durch Erfahrung/Empirie nachvollziehbar, oder nur für Theoretiker nachvollziehbar - wirkungslos bleiben, die gesellschaftliche Praxis war noch nicht so weit.

Die sogenannte Vollbeschäftigung und die Gestaltungen des Sozialstaates nach dem Boom des Korea-Krieges bis zur sogenannten Ölkrise 1974/75 waren nicht primär auf einen bestimmten Typus der „politischen Regulation“ des Kapitalverhältnisses zurück zu führen! Entscheidend war die außerordentlich beschleunigte Kapitalakkumulation, basierend auf Niedrigstlöhnen bei einem Überangebot an Arbeitskräften, hoher Arbeitsproduktivität und damit extrem hoher Profitraten. Durch die extrem hohen Profite entstanden Verteilungsspielräume, die vor dem Hintergrund der Systemkonkurrenz vom Reformismus genutzt werden konnten. Sicher sind, bzw. waren, die „sozialen“ Einrichtungen im Kapitalismus Produkt politischer Intervention (von Regulation des Kapitalismus durch die Politik kann nur wirklich nicht ernsthaft die Rede sein!), aber der soziale Reformismus konnte seine Gestaltungskraft nur erreichen vor dem Hintergrund folgender Faktoren:

- noch vorhandenes Bewusstsein von Klassenkampf bei den „Alten“ (mensch befrage mal einen modernen, neoliberal gewendeten Sozialdemokraten mit ausschließlichen Erfahrungen in der Welt nach 1970)
- außerordentliche Bedingungen für Kapitalakkumulation durch die sozialen Auswirkungen des politisch-ökonomischen Zusammenbruchs des Weltmarktes (Krise 1929, Depression und Weltkrieg)
- Systemkonkurrenz mit dem „realen Sozialismus“

Die Bedingungen für diese beschleunigte Kapitalakkumulation waren nicht gesetzt durch die „politische Regulation“, sondern durch den faktischen Zusammenbruch des Weltmarktes nach der Krise 1929, der sich anschließenden Depression und dem daraus hervorgehenden

Weltkrieg. Ein Zusammenhang den Paul Mattik in seiner Schrift über Marx und Keynes klar herausgearbeitet hat.

Die Weltwirtschaftskrise von 1974/75 markiert das Ende dieser besonderen Nachkriegsperiode. Seit dieser Zeit produziert die Kapitalakkumulation progressiv all jene „normalen“ Resultate, wie sie Marx als Folge des allgemeinen Gesetzes der Kapitalakkumulation beschrieben hat. Auf der Basis der heutigen organischen Zusammensetzung des Kapitals lassen sich diese Folgen nicht durch „politische Regulation“ und Umverteilung vermeiden. Einem erfolgreichen Reformismus ist der Boden entzogen. (Es sind aber gerade die modernen Sozialreformisten, die eine historisch-neutrale soziale Interventionsmöglichkeit in das Räderwerk des Kapitalismus behaupten.) Der Zusammenbruch des Weltmarktes und der Kapitalakkumulation ließen sich nur durch eine soziale Revolution, die Aufhebung des Kapitalverhältnisses vermeiden. Tatsächlich aber kann eine mögliche soziale Revolution nur einsetzen in Folge eines erneuten Zusammenbruchs des Weltmarktes und der Kapitalakkumulation, der ebenso unvermeidlich, wie in seinen Formen und Folgen unvorhersehbar ist.

Heute sind die Organisationen und Zeitungen weg, aber der Zustand der hohen und steigenden Arbeitslosigkeit, der schroffen Polarisierung zwischen arm und reich ist da! Man kann rückblickend sagen, dass sich alles so entwickelt hat, wie angenommen. Die Theorie ist durch die gesellschaftlichen Praxis bestätigt. Die theoretisch formulierten Resultate der Kapitalakkumulation sind praktisch eingetreten. Wir können auf der Basis der Untersuchungen von Rainer Roth („Das Kartenhaus“) feststellen, dass die Kapitalrentabilität in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich gesunken ist und dass dies, und die energischen Versuche des Kapitals, die Rentabilität wieder zu verbessern (sogenannter „Klassenkampf von oben“), die Ursache für die dramatischen sozialen Veränderungen und die daraus resultierenden Auseinandersetzungen sind. Heute ist der Anteil der Lohnneinkommen am gesamtgesellschaftlichen Einkommen in Deutschland auf den niedrigsten Stand seit Gründung dieses Staates gesunken (relative Verelendung) Wir haben eine dauerhafte hohe Arbeitslosigkeit und sich ausweitende Armut (absolute Verelendung).

Zwar haben wir in den hochentwickeltesten kapitalistischen Ländern keine Situation, die sich als Zusammenbruch der Kapitalakkumulation kennzeichnen ließe, aber wir haben unverkennbar eine Tendenz in diese Richtung. (Ausdruck dieser Tendenz sind im weltumspannenden Kapitalverhältnis auch solche verheerenden, von der Börse ausgehenden Krisen, wie vor Jahren in Südostasien, oder der faktische Kollaps einzelner Nationalökonomien der Peripherie, z. B. Argentinien).

Die gesellschaftlichen Praxis wird auch in diesem Punkt die Kritik der Politischen Ökonomie bestätigen aber es wird noch vieler solcher und stärkerer Aktionen wie bei Opel, AEG, Continental etc. bedürfen, damit es sich herumsprechen lässt, dass das Privateigentum an den Produktionsmitteln, das zu beseitigende Grundübel ist. Aber diese Auseinandersetzungen und Kämpfe werden mit eben solcher Sicherheit geführt werden, wie die individuellen Auseinandersetzungen um Verschnaufpausen während der Arbeit! Mögen also Organisationen wie die Gewerkschaften oder auch die MLPD (deren „Sozialismus“ vermutlich damit enden würde, dass ihr Genosse Vorsitzender sagt: „Niemand beabsichtigt eine Mauer zu bauen.“) immerhin um jeden Lohnarbeitsplatz kämpfen und den Leuten Flausen in die Köpfe setzen, es lässt sich was draus machen, wenn die Lohnabhängigen einmal in Bewegung sind und das kapitalistische Räderwerk anhalten. Das bringt Luft in die Hirne! Die Sozialrevolutionäre brauchen einen langen Atem und dürfen ihre Arbeit nicht auf die Perspektiven einer Generation anlegen, dann wird es sich lohnen und sie werden Erfolg haben!

Der Zusammenbruch der Kapitalakkumulation ist gleichbedeutend mit dem Versagen des Privateigentums. Die Lohnabhängigen werden erst dann zur Abschaffung des kapitalistischen Privateigentums „Bereitschaft zeigen“, wenn das kapitalistische Privateigentum ihre Lohnabhängige Existenz in Frage stellt. Spätestens dann wird klar, dass alle Versprechung auf allgemeine Wohlfahrt auf der Basis des maßlosen Strebens nach individueller Bereicherung Schall und Rauch sind. **Das massenhafte „Freisetzen“ von Lohnabhängigen, das Brachliegen der produktiven Ressourcen sind eine neue Qualität der gesellschaftlichen Praxis, in der das Privateigentum sich selbst in Frage stellt und die lohnabhängigen Menschen nur weiter existieren können, wenn sie sich die gegenständlichen Bedingungen ihrer Reproduktion aneignen. Sie werden dazu gezwungen sein, wie sie heute dazu gezwungen sind, sich kleine Pausen zu erschleichen und zu erkämpfen.** Die wissenschaftliche Kritik des Privateigentums schlägt um in die praktische Notwendigkeit seiner Beseitigung.

Erst auf dieser Stufe der gesellschaftlichen Praxis wird die Frage einer sozialen Revolution konkret aufgeworfen. Nicht nur für theoretisch denkende Menschen, sondern für alle Menschen, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft gelebt haben. Nur auf dieser Ebene der gesellschaftlichen Praxis und Erfahrung kann das Verlangen nach Beseitigung des Privateigentums, nach gesellschaftlicher Aneignung der Produktionsmittel zu einer massenhaften Forderung werden (muss nicht aber kann!). Das Streben nach sozialer Emanzipation wird so auf eine neue Stufe gehoben. Ging es bisher darum, im funktionierenden kapitalistischen Alltag, sich von Folgen der Mehrwertproduktion zu schützen und von einzelnen Belastungen zu befreien, so geht es jetzt darum, sich von der Mehrwertproduktion selbst zu befreien, und dadurch die Möglichkeit zu erringen, im ersten Schritt nach Beseitigung des Privateigentums, all das dauerhaft zu installieren, wofür man vorher gekämpft hatte, was aber unter den Bedingungen des Kapitals nur teilweise oder gar nicht durchsetzbar war bzw. immer wieder zur Disposition stand, bei den ständigen Versuchen, die unbezahlte Mehrarbeit auszudehnen.

3. Stufe der gesellschaftlichen Praxis (Gemeineigentum und dauerhaft installierte Reformen)

Nachdem das Privateigentum beseitigt wurde und die wesentlichen sozialen Reformen dauerhaft installiert sind (Selbstverwaltungsorgane, Verkürzung der Arbeitszeit, Beseitigung der Nacharbeit, wo immer möglich, gleicher allgemeiner Zugang zu Bildung und Ausbildung, etc.) erreicht das Streben nach sozialer Emanzipation wieder eine neue Stufe, entsprechend der neuen gesellschaftlichen Praxis. Jetzt ist die soziale Phantasie nicht mehr gebändigt und gebrochen durch das System der Lohnarbeit, jetzt wird die Gleichgültigkeit gegenüber der konkreten Arbeit aufgehoben weil die Existenz nicht mehr gebunden ist an die maßlose, sich beschleunigende Entwicklung immer neuer Arbeitsprozesse und Produkte (Hauptsache Arbeit und daran gebundenes Lohneinkommen) jetzt wird die Möglichkeit anders zu leben und zu arbeiten handfest, mit der Ausdehnung der Gestaltungsspielräume, der assoziierten Individuen und dem Wegfallen des ökonomischen Sachzwangs.

Anders leben und arbeiten hört auf ein allgemeiner Spruch zu sein, oder ein illusorischer Versuch voller Merkwürdigkeiten von irgendwelchen Sektierern.

Die Menschen werden jetzt überlegen können, welche Produkte und Arbeiten überhaupt nötig und sinnvoll sind und was sie besser sein lassen, um stattdessen vielleicht zu musizieren oder einfach nur spazieren zu gehen, wie sie diese Arbeiten möglichst angenehm gestalten und unter sich verteilen. Sie haben Zeit und Möglichkeit ihre sozialen Beziehungen neu zu organisieren und in Freiheit von ökonomischen Sachzwängen zu gestalten.

Dies alles lässt sich auf Basis der heutigen gesellschaftlichen Praxis wie gesagt nicht zu Ende denken, wenn man sich nicht auf bloße Spekulation und Wolkenkuckucksheime, auf esoterische und andere Spielereien einlassen will.

Soziale Emanzipation heißt heute Kampf um einzelne soziale Reformen, Befreiung von einzelnen Zumutungen und Unerträglichkeiten der Mehrwertproduktion.

Sie wird morgen heißen: Beseitigung des Privateigentums und dauerhafte Installation dieser Reformen.

Und sie wird übermorgen heißen phantasievolle Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens, allseitige Entwicklung der Individuen auf der Basis des Gemeineigentums und der dauerhaften Installation der sozialen Reformen.

Die entsprechenden Stufen der Erkenntnis, die durch die gesellschaftliche Praxis bestimmt werden, sind nicht hermetisch gegeneinander verriegelt und folgen nicht schematisch aufeinander. Es existiert ein Nebeneinander und eine wechselseitige Beeinflussung. Die wissenschaftliche Kritik des Kapitals, die Kritik der Politischen Ökonomie liefert heute bereits das Material für weitreichende Forderungen und klare Artikulation des Bedürfnisses nach sozialer Freiheit. Diese wissenschaftliche Erkenntnis ist aber auf der Stufe der gegenwärtigen gesellschaftlichen Praxis des Systems der Lohnarbeit nicht verallgemeinerbar. Sie kann wohl die Entwicklung des allgemeinen gesellschaftlichen Bewusstseins beeinflussen und die gesellschaftliche Entwicklung beschleunigen.

Mit dem absehbaren Ende der naturgeschichtlichen Entwicklung menschlicher Gesellschaft hört auch die Gesetzmäßigkeit, der Automatismus gesellschaftlicher Entwicklung auf. Wir haben es dann nur noch mit Chancen und Möglichkeiten zu tun. Die Entwicklung des „subjektiven Faktors“, der bewussten Entscheidung, entscheidet fast alles. Fast, denn mit dem Ende der naturgeschichtlichen Entwicklung menschlicher Gesellschaft hört nicht die Naturgeschichte auf! Die Menschheit bleibt Teil der Natur! Mit der sozialen Befreiung vom Kapitalverhältnis, der radikalen Veränderung der Verhältnis des Mensch zum Menschen, muss auch das Verhältnis der Menschen zur äußeren Natur korrigiert werden, sonst gibt es keine Perspektive. Hierher gehören alle z. B. von Altvater in seinem neuesten Buch „Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen“ aufgeworfenen Fragen, die zu diskutieren und zu klären sind. Es handelt sich um alle Fragen der stofflichen Reproduktion, des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur, die so zu beantworten sind, dass die Grundlagen der menschlichen Existenz auf diesem Planeten jedenfalls nicht durch die Menschen selbst zerstört werden. Die Voraussetzung dafür ist und bleibt allerdings, dass das Wertverhältnis und die Reproduktion des Werts aufhört!

Zu einer Diskussion dieser Fragen fehlen mir momentan die Kenntnisse, weshalb ich hier abbreche.

Was ich zeigen wollte: Es steht nicht alles unserer Macht. Was wir leisten können, hängt zum einen von der Reife der gesellschaftlichen Entwicklung ab, aber auch von unserer eigenen „Reife“. Was in unserer Macht als Sozialrevolutionäre steht, das sollten wir aber unbedingt tun:

- uns ein angemessenes Verständnis der allgemeinen Kapitalkritik von Marx aneignen, um mit deren Ergebnissen arbeiten zu können

- diese Ergebnisse in der Aufarbeitung der Empirie konkret als Entwicklungstendenz nachweisen
- mit diesen Erkenntnissen agitieren

Um das machen zu können, wäre es von Vorteil, wenn alle bestehenden Organisationen sich auflösten, eine Reihe von großen Kongressen durchgeführt würden und mensch schließlich dazu überginge, Schulungszirkel, Untersuchungs- und Agitationsgruppen zu bilden! (Spaß und Utopie muss sein!)

Ich hoffe, dass dieser Diskussionsbeitrag weiteren Anlass gibt, um die auf dem Trend-Kongress andiskutierten Fragen weiter zu verfolgen.

Bochum, den 27.01.06

Robert Schlosser (robertschlosser@rs002.de)

Zanon, Nokia und die Perspektiven

I.

Der Film über das Treiben der Leute bei Zanon in Argentinien, den ich gerade gesehen habe, hat mich tief beeindruckt! Das betrifft sowohl ihre „Arbeiterkontrolle ohne Patron“ als auch – und dies vor allem – die ins Auge gefasste Perspektive. Das Zanon-Kollektiv verlangt nämlich Verstaatlichung der Firma und weigert sich zu alternativen Kollektivbesitzern zu werden! Das unterscheidet Zanon von vielen anderen Betrieben, die von den Belegschaften im Verlauf der großen Krise in Argentinien besetzt und in Selbstverwaltung weiter geführt wurden. Und offensichtlich besteht gerade in dieser Perspektive der Konflikt mit der Regierung, die aus Zanon gern einen „Alternativbetrieb“ machen würde.

Wie weit von solchen Formen der Praxis und solchen Zielen entfernt ist die Belegschaft bei Nokia in Bochum! Die Differenz in Praxis und Zielen ist ähnlich groß, wie die Differenz zwischen den Ausgangslagen für die Kämpfe. Der Anlass für die Betriebsbesetzungen und Selbstverwaltungsversuche in Argentinien war ein regelrechter Zusammenbruch der Ökonomie des Landes. Wo Kapitalisten ihren Geldbesitz schnappen und fluchtartig das Land verlassen erübrigen sich Verhandlungen über Rücknahme einer Stilllegungsplanung oder die Suche nach einem anderen „Patron“ (Investor). Nokia ist moderner, kapitalistischer Alltag! Argentinien war und Zanon ist Ausnahmezustand!

Bei Nokia kämpfen Lohnabhängige verzweifelt um den Erhalt ihrer beschissenen, fremdbestimmten Arbeitsplätze (z.B. Fließbandarbeit, Nacht- und Schichtarbeit, Überstunden, Wochenendarbeit). Sie wollen, dass alles bleibt, wie es ist. Auf Veränderung drängt das Kapital. Bei Zanon sind die Menschen in Gemeinschaft zu Subjekten geworden, die bereits verändert haben und weiter verändern wollen. Der Unterschied könnte nicht größer sein!

Kann, soll man als Kommunist für die „Nokianer“ Verständnis haben, für dieses Ringen um den Erhalt von Zuständen, die es abzuschaffen gilt? Ja, man kann, auch wenn es mir schwer fällt. Die Suche nach den Schuldigen, Verantwortlichen für das beschränkte Niveau der Formen wie der Ziele des Kampfes ist jedoch müßig. Auf Gewerkschaft und Betriebsrat sollte jedenfalls nur der zeigen, der auch bereit ist, auf die Lohnabhängigen selbst zu zeigen. Auch die Lohnabhängigen bei Nokia sind mit einem Gehirn ausgestattet, mit dem man sich seine Gedanken machen kann. Niemand wird gezwungen täglich Bildzeitung zu lesen und sich abends den größten Schwachsinn am Fernseher rein zu pfeifen. Es ist heute auch für Lohnabhängige möglich, Bedürfnisse nach anderen Dingen zu entwickeln. Lebewesen, die mit einem Gehirn ausgestattet sind, sind lernfähig! Zu manchem Lernen ist jedoch Wille die Voraussetzung. Den muss man schon aufbringen, aus welchem Motiv auch immer. Solange aus der Belegschaft keine spürbare Kritik an politischen Parteien und Gewerkschaft ertönt, ist jedenfalls eine Kritik „im Namen der Belegschaft“ an den politischen Aktivitäten ziemlich müßig.

Seit Jahren rollt eine Welle von Pleiten, Betriebsverlagerung und „Restrukturierungsmaßnahmen“ nicht nur über Deutschland. Streichung von Lohnarbeitsplätzen hier, Streichung von Lohnarbeitsplätzen da, das kann man fast täglich in den Nachrichten hören und in Zeitungen lesen. Es trägt systematische Züge. Die Züge der Freiheit des Kapitals (bürgerliche Freiheit heißt vor allem: freier Verkehr von Kapital und Waren), um deren Ausdehnung die Politik so bemüht ist, um nachher heuchlerisch deren Folgen zu bejammern, wie auch die Züge der Grenzen fortschreitender Kapitalverwertung. Weil es System hat, müsste auch systematischer Widerstand im Sinne eines Flächenbrandes her und die ökonomische Vernunft durchbrechen!

Während die „Nokianer“ in aller Munde sind und die Öffentlichkeit sich für sie interessiert, interessiert sich gerade mal wieder keine Sau – auch nicht die Leute bei Nokia – für das Schicksal der Beschäftigten von Dassow (Europas größtem Hersteller von CDs und DVDs!) in Mecklenburg-

Vorpommern. Die suchen wegen Insolvenz gerade einen neuen Investor, aber kein Schwein interessiert sich für sie, was beklagt wird. 'Ach, hätten wir nur die Öffentlichkeit von Nokia!'

Klassenbewusstsein? Was ist das denn? Solange sich die Lohnabhängigen nicht als Klasse verstehen, sondern als „Nokianer“, „Opelner“ und weiß der Kuckuck nicht was, gibt es keine Perspektive, die aus existenzieller Unsicherheit und beschissenen Arbeitsbedingungen herausführt. Als „Nokianer“ gibt es keinen Ausweg aus der Misere! Als „Nokianer“ wollen die Lohnabhängigen die Konflikte mit der Konzernleitung lösen, die auch „Nokianer“ ist. „Nokianer“ sind kaum ohne „Patron“ vorstellbar. Sie gehören zusammen, bis dass der „Patron“ sie scheidet und des Verhältnis beendet! Alle Belegschaften sterben auf diese Weise für sich allein! Die ebenso beschränkte, wie gefeierte Solidarität ist nur Begleitmusik und tut den Herrschenden nicht wirklich weh. Sie schwimmen sogar kräftig mit! Die Allgemeinheit der Misere wird standhaft ignoriert. Man könnte ja gezwungen sein umzudenken, zu lernen! Selbstverständlich ist es das Geschäft von Medien, politischen Parteien und teils auch von Gewerkschaftsfunktionären, dafür zu sorgen, dass jede Pleite, jede Betriebsverlagerung, jede Streichung von Lohnarbeitsplätzen als Einzelfall betrachtet („Missmanagement“, etc.) und behandelt wird. Sie tun beständig so, als könne es für jeden einzelnen Fall im Kapitalismus eine „sozial verträgliche“ Lösung geben. Sie verbreiten unausgesetzt Märchen, die beständig durch die Wirklichkeit Lügen gestraft werden. Für sie gibt es keine Alternative zum Kapitalismus, darum müssen sie ihn auch da verklären, wo er offensichtlich versagt und seine Versprechungen nicht halten kann, ob aus Gründen der unverzichtbaren Freiheit des Einzelkapitals seinen maximalen Profit zu erzielen, oder aus Gründen des Versagens der Kapitalverwertung! Ich betone „offensichtlich“. Weil das nämlich so offensichtlich ist, habe ich nur schwer Verständnis für Leute, die all ihre Hoffnung eben auf politische Parteien und Verantwortliche in den Gewerkschaften (Sozialreformer aller Art) setzen. Aber schließlich können all diese Märchenonkel aus Politik und Gewerkschaften immer wieder selbstzufrieden in ihre Sessel zurücksinken, wenn sie erfolgreich dazu beigetragen haben, dass keine größere soziale Bewegung mit bleibenden Schäden für das System entsteht.

Zanon ist sicher kein Modell, dass die Lohnabhängigen bei Nokia einfach nach machen könnten. Es gibt sicherlich viele konkrete Gründe, warum das nicht ohne weiteres machbar ist. (Eine Ziegelfabrik ist zum Beispiel weit weniger abhängig von international arbeitsteiliger Zulieferung, als ein High-Tech-Unternehmen wie Nokia in Bochum, usw.)

Zanon gibt aber eine Richtung vor, über die diskutiert werden müsste, weil sie eine Perspektive bietet, die über den Erhalt der Lohnarbeitsplätze in Bochum weit hinausgeht. Der Erhalt dieser Arbeitsplätze in Bochum ist nämlich so oder so keine Perspektive zu einer gesicherten Existenz! Die Perspektive einer solche Existenzsicherheit lässt sich nur erschließen durch die ganze Klasse der Lohnabhängigen und mit anderen Zielen. Es gibt jedenfalls überhaupt keine guten Gründe, Zanon nicht zu diskutieren, weil es konkret nichts brächte. Die soziale Partnerschaft ist lange am Ende (Hartz IV grüßt schnell!) und es gilt neue Wege sozialer Bewegung zu eröffnen.

II.

Und wie ist es um diejenigen bestellt, die den Kapitalismus überwinden wollen, von sozialer Emanzipation träumen?

Es klafft ebenfalls eine riesige Lücke zwischen den Widerstandsaktionen von Lohnabhängigen, ihren Zielen und dem, was die schwachen antikapitalistischen Kräfte in diesem Land sich so alles wünschen. Der Fall Nokia macht das erneut deutlich. Während die einen auf eine Lösung ihrer sozialen Probleme im Kapitalismus hoffen, verfolgen die anderen mehr oder weniger diffuse sozialistische/kommunistische Ziele, sehnen sich entweder nach einer Verbindung mit den sozialen Kämpfen von Lohnabhängigen oder Verharren in bloßer Kritik des Denkens und der Praxis der

Lohnabhängigen.

Sozialistische/kommunistische Zielvorstellungen bleiben solange diffus, solange sie keine konkrete, **vorstellbare** Perspektive der Vergesellschaftung der Produktionsmittel entwickeln und überzeugend darlegen können. (Menschen versuchen nur das Neue zu realisieren, von dem sie eine Vorstellung entwickelt haben!) Heute sind diese Zielvorstellungen meist in einem schlechten Sinne utopisch, bleiben meist abstrakt („anders leben und arbeiten“, etc.) und geben oft keine oder falsche (praktikable) Schritte auf dem Weg zum Ziel an. Das, was ist, und das, was sein soll steht unvermittelt neben einander.

Die undifferenzierte Abwendung vom „Traditionsmarxismus“, von ganz bestimmten theoretischen Positionen, treibt die üppigsten Blüten hervor. Dabei hat sich die radikale Linke in ihrer Verarbeitung des Realsozialismus selbst Denkverbote auferlegt, die jede **vorstellbare** Perspektive ausschließen.

Das Problem des Realsozialismus bestand nicht in dem öffentlichen, staatlichen Eigentum an Produktionsmitteln, nicht in der Planung, sondern darin, dass eine Partei sich anmaßte, den Staat, wie die ihm gehörenden Betriebe, diktatorisch zu beherrschen und zu verwalten, den Menschen einen Plan auf zu herrschen. Die öffentliche Gewalt verlor nicht ihren politischen Charakter (Marx) und daher konnte das „öffentliche Eigentum“ auch nicht wirklich gesellschaftliches Eigentum werden. **Die Verstaatlichung der Produktionsmittel bleibt meiner Meinung nach jedoch ein notwendiges, unverzichtbares Mittel auf dem Wege zur realen Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Greift man diesen Gedanken auf, dann hört die Vergesellschaftung auf, eine abstrakte, unvorstellbare Geschichte zu sein. Verstaatlichung bleibt nur dann ohne sozialemanzipatorische Perspektive, wenn sie nicht einhergeht mit der Entwicklung von Selbstverwaltung. Aber ohne Verstaatlichung bleibt auch die Selbstverwaltung perspektivlos und macht die genossenschaftlich organisierte Produktion zu einer bloßen Variante der „Privatproduktion“, der „Marktwirtschaft“. Verstaatlichung mit sozialemanzipatorischer Perspektive bedeutet öffentliches, gesellschaftliches Eigentum, dessen Nutzung frei assoziierten Kollektiven übertragen wird. Verstaatlichung heißt perspektivisch auch, dass sich die Genossenschaften vernetzen, um die gesellschaftliche Produktion zu planen, den Markt zurück zu drängen und zu überwinden. (Überwindung der Warenproduktion)**

Heute beherrscht der Neoliberalismus das Feld. Danach gilt jede staatliche Einrichtung perse als fragwürdig (ähnlich wie beim Anarchismus) und möglichst alle gesellschaftliche Aktivitäten sollen privatisiert werden. Das Loblied auf das Private ist zugleich die Kritik an jeder gesellschaftlichen Einrichtung. (Thatcher: Es gibt keine Gesellschaft, nur die Individuen und ihre Familien).

Manche sich radikal gebärdenden antikapitalistischen Kräfte haben gerade deshalb dem nichts entgegen zu setzen, weil auch bei ihnen jede Staatlichkeit in Frage gestellt ist und ihre Nutzung zur Entwicklung wirklicher Vergesellschaftung ausgeschlossen wird. Wer aber heute Abschaffung des Privateigentums durch Vergesellschaftung auch nur in Ansätzen **konkret und vorstellbar** denken will, der kann dies nur in staatlichen Formen! Andere als staatliche Formen großräumiger Vergesellschaftung existieren defacto nicht und können nur in der gesellschaftlichen Praxis von **Aneignung und Veränderung** gefunden werden. Hierbei handelt es sich um einen langwierigen Prozess, der nicht ohne Fehlversuche abgehen kann. (Der bürgerliche Staat ist zwar seinem Wesen nach „ideeller Gesamtkapitalist“, er besteht aber nicht nur aus Militär, Polizei und Gefängnissen, worauf ihn manch Neoliberale all zu gerne reduzieren würden. Noch sind auch Schulen, Kliniken etc. staatliche Einrichtungen, die in ihrer konkreten Ausgestaltung soziale Kompromisse zwischen Lohnarbeit und Kapital verkörpern. Diese Einrichtungen befriedigen Bedürfnisse, die letztlich nur in der Form eben solcher gesellschaftlichen Einrichtungen in angemessener Weise für die Allgemeinheit befriedigt werden können. Das Kapital strebt dahin, die Befriedigung jedes Bedürfnisses zur Privatsache zu erklären, was für die Masse der Lohnabhängigen nichts anderes

bedeutet als Verzicht bis hin zu sozialem Elend.

Aktuell kann man nur in der konkreten Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus praktikable sozialistische und kommunistische Zielvorstellungen, als Vergesellschaftungsvorstellungen entwickeln. Das beginnt mit dem Kampf gegen den Privatisierungswahn bestehender staatlicher, gesellschaftlicher Versorgungseinrichtungen und muss enden bei der Forderung nach Verstaatlichung der Produktionsmittel bei selbstverwalteter Nutzung. Wer nicht gewillt ist, die bestehenden staatlichen Einrichtungen als gesellschaftliche Einrichtungen zur Befriedigung bestimmter Bedürfnisse zu verteidigen, der wird auch keine darüber hinausgehende Vergesellschaftungsperspektive entwickeln können. Man kann diese Einrichtungen nur verteidigen, indem man zugleich für ihre Umwandlung im Sinne der Selbstverwaltung eintritt.

Wirkliche Vergesellschaftung entsteht nicht neben Kapital und Staat, sondern durch Enteignung und Aneignung! Aneignung der Produktions- und Reproduktionsmittel (Fabriken, Schulen, Krankenhäuser etc.) verlangt politische Macht. Solange die Masse der Lohnabhängigen sich nicht für ihre soziale Emanzipation organisiert hat, kann sie die politische Macht nicht erobern, um auf gesellschaftlicher Stufenleiter den Ent- und Aneignungsprozess durchzusetzen. Und solange das so ist, müssen die kämpfenden Lohnabhängigen Forderungen an den bürgerlichen Staat stellen, damit elementaren Interessen wenigstens partiell Rechnung getragen wird. Sie kommen gar nicht darum herum, diese Forderungen an den Staat zu stellen, wenn sie denn für bestimmte Interessen kämpfen. Wenn sie nämlich kämpfen, verletzen sie auf die eine oder andere Weise die bestehende Rechtsordnung und ihr Kampf wird durch Repression bedroht. Sie sind gezwungen, wenigstens die Anerkennung und Legitimierung ihres Kampfes durch den Staat zu verlangen (etwa eines „wilden“ Streiks, einer Betriebsbesetzung, der Blockade einer Autobahn oder was auch immer)! Jede Forderung an den bestehenden bürgerlichen Staat abzulehnen, das halte ich für eine wirklichkeitsfremde Position, die nur solange durchgehalten werden kann, wie eben kaum oder gar nicht gekämpft wird.

Forderungen an den bürgerlichen Staat müssen aber nicht nur gestellt werden, um den faktischen Rechtsbruch von kämpfenden Lohnabhängigen gesellschaftlich zu legitimieren, Repression abzuwenden, sie müssen auch gestellt werden, wenn man bereits auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft für Ziele kämpfen will, die mit dem Bewegungsgesetz der Verwertung von Wert grundsätzlich nicht kompatibel sind und als **gesicherter** Bestand sozialen Lebens nur jenseits kapitalistischer Produktionsverhältnisse zu realisieren sind. Dazu gehört etwa die materielle Grundsicherung aller Menschen (mit bedingungslosem Grundeinkommen hat das nichts zu tun!). Für eine Änderung der Produktionsverhältnisse werden Menschen nur in dem Maße kämpfen, wie die bestehende Ordnung bestimmten Grundbedürfnissen nicht gerecht wird und werden kann.

Anders, als es in manch linksradikaler Publikation erscheint, ist die Veränderung der Produktionsverhältnisse nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Sie dient einzig dazu menschliche Bedürfnisse (teils elementare Grundbedürfnisse, teils durch die gesellschaftliche Entwicklung geschaffene Bedürfnisse) besser befriedigen zu können, etwa dem Bedürfnis nach existenzieller Sicherheit, dem Bedürfnis nach vielseitigem Genuss, dem Bedürfnis nach Muße etc. Wo diese Bedürfnisse nicht oder nur sehr eingeschränkt befriedigt werden, entsteht das Verlangen nach Änderung, was zu der Erkenntnis führen kann, dass die bestehenden Produktionsverhältnisse die entscheidende Schranke für die Befriedigung dieser Bedürfnisse sind und daher verändert werden müssen. **Das Verlangen nach Befriedigung dieser Bedürfnisse entsteht aber auf dem Boden der bestehenden Gesellschaft, unabhängig davon, ob jemand die Produktionsverhältnisse als Barriere erkennt oder nicht.**

III.

Das Bedürfnis nach existenzieller Sicherheit war und ist beispielsweise bei den Beschäftigten von Nokia vorhanden. Sie begehren auf und verlangen den Erhalt ihrer sehr bescheidenen – um nicht zu sagen beschissenen - Existenz, weil der Konzern ihnen aus ökonomischem Interesse (Profit) diese Existenz nehmen will. Von einer Infragestellung kapitalistischer Produktionsverhältnisse ist bei ihnen (noch?) nichts zu spüren. Sie haben ihr Berufsleben lang erfahren, dass das ökonomische Interesse ihnen die Befriedigung ihrer eingeschränkten Bedürfnisse auf eingeschränkte Weise erlaubt. Jetzt stellt das ökonomische Interesse des Kapitals diese bescheidene Existenz in Frage. Was sie tun, ist nahe liegend und ergibt sich sowohl aus der Beschränktheit ihrer Bedürfnisse, ihrer Erfahrung, wie dem Zustand überwiegend erfolgreicher Kapitalverwertung in Deutschland. Sie verlangen den Erhalt des Status quo, indem sie auf die ökonomische Effizienz ihrer bisherigen Arbeit, wie ihres ganzen Verhaltens pochen. (Das wird Nokia wenig interessieren, hat man sich doch errechnet, dass anderen Orts ökonomisch effizienter produziert werden kann!) Dass die Ökonomie bestimmten Gesetzmäßigkeiten unterliegt, dass das Streben nach Maximalprofit nur durch Klassenkampf unter ganz bestimmten Bedingungen überhaupt in Schranken gehalten werden kann, davon wissen sie nichts. Zumindest hat es sie nicht weiter interessiert, solange sie von ihrer beschissenen Lohnarbeit einigermaßen Leben, d.h. ihre beschränkten Bedürfnisse befriedigen konnten.

Das grundlegende Verlangen nach existenzieller Sicherheit ist ebenso berechtigt, wie unterstützenswert. Es findet aber seinen Ausdruck in konkreten Forderungen, die eben die Beschränktheit der Bedürfnisse ausdrücken und die Selbstverständlichkeit der Existenz des Kapitalverhältnisses. Die Menschen werden so oder so erleben, dass beides zusammen nicht zu haben ist, existenzielle Sicherheit und kapitalistische Produktionsverhältnisse.

Der Kampf um den Erhalt jedes Lohnarbeitsplatzes ist eine Farce und bietet keinerlei Perspektive, um das Grundbedürfnis nach existenzieller Sicherheit befriedigen zu können. Wer immer ihn propagiert und organisiert, verarscht die Lohnabhängigen. Hätte er Aussicht auf Erfolg, dann würde das bedeuten, dass das Kapital nicht gesetzmäßig Lohnarbeitslosigkeit produziert, man sich schon im Kapitalismus über die Gesetzmäßigkeiten der Verwertung von Wert hinwegsetzen könnte. Selbst Bismarck war klüger, und gestand der sozialistischen Arbeiterbewegung die Arbeitslosenversicherung zu. Die Arbeitslosenversicherung wurde durch den „ideellen Gesamtkapitalisten“ zugestanden, ist also eine durch den bürgerlichen Staat geschaffene Einrichtung. Sie beruht auf der durch sozialistische Bedrohung erzeugten staatlichen Anerkennung, dass Lohnarbeitslosigkeit keine „Privatsache“ ist, sondern gesellschaftlich erzeugt wird. Die Arbeitslosenversicherung im Kapitalismus kann nur die größte Not lindern. Sie bietet ein gewisses Maß an Schutz vor rascher und rigoroser Verelendung, kommt also dem Bedürfnis nach existenzieller Sicherheit der Lohnabhängigen entgegen. Sie ist kein Produkt ökonomischer Notwendigkeit, sondern des Klassenkampfes! Sie wurde zugestanden, um dem in der Arbeiterbewegung erstarkenden Sozialismus das Wasser abzugraben. Die ökonomische Notwendigkeit des Kapitals stellt Einrichtungen wie die bestehende Arbeitslosenversicherung viel mehr tendenziell in Frage, nämlich in dem Maße, wie die Kapitalverwertung sich krisenhaft entwickelt. In dem Maße, in dem das geschieht, werden die Leistungen der Arbeitslosenversicherung zusammengestrichen, wo nicht erneuter Klassenkampf und Bedrohung durch sozialistische/kommunistische Kräfte das verhindert.

Arbeitslosenversicherung, gesetzliche Unfallversicherung, Krankenversicherung und Rentenversicherung sind Leistungen des ideellen Gesamtkapitalisten (bestritten teils aus Beiträgen des Kapitals allein, teils aus Beiträgen von Kapitalisten und LohnarbeiterInnen), die die für Lohnabhängige bedrohlichen Folgen der kapitalistischen Privatproduktion in Grenzen halten. Sie abzulehnen oder auch nur preiszugeben, etwa weil sie tatsächlich erfolgreich dazu beitragen dem

Sozialismus/Kommunismus unter den Lohnabhängigen das Wasser abzugraben, das wäre nicht nur töricht, sondern käme einem Verzicht gleich, sich auf den Weg zur sozialen Emanzipation zu machen. Alle diese Einrichtungen weisen darauf hin, dass die sozialen Probleme der Lohnabhängigkeit nur durch gesellschaftliche Maßnahmen zu lösen sind, jenseits der Privatproduktion, jenseits des durch Angebot und Nachfrage bewegten Warenaustausches. Sie lehren durch Erfahrung, dass die kapitalistische Privatproduktion nicht soziales Elend abschafft sondern produziert und dass dieses Elend nur durch gesellschaftliche Maßnahmen und Organisation gelindert und letztlich abgeschafft werden kann und muss.

Manchem jetzt noch bei Nokia beschäftigtem droht jetzt Hartz IV, also der Absturz, ja Ausschluss aus der bürgerlichen Gesellschaft! Wenn daraus gelernt würde, dass mensch zukünftig nicht widerstandlos zuschaut, wenn die neoliberalen Schmutzfinken sich an der Arbeitslosenversicherung zu schaffen machen, dann wäre schon viel gewonnen!

IV.

Was hier über die Linderung der Probleme gesagt ist, nämlich, dass dem systematischen sozialen „Versagen“ des Kapitals nur mit bewussten gesellschaftlichen Maßnahmen jenseits der Privatproduktion zu begegnen ist, das gilt auch und mehr noch für deren Lösung. Die Lösung kann nur in der Überwindung kapitalistischer Privatproduktion liegen, durch gesellschaftliche Maßnahmen und Einrichtungen.

Herr Rüttgers und andere Politiker haben – wie üblich - versprochen, dass sie alles tun werden, was in ihrer Macht liegt, um die Lohnarbeitslosigkeit der „Nokianer“ zu verhindern. Das werden sie – wie üblich – nicht tun. Ihr Wollen wird sie davon abhalten! Sie werden nämlich nichts tun, was die kapitalistischen Produktionsverhältnisse in Frage stellen könnte. Sie werden sogar alles aktiv verhindern wollen, was über die Privatproduktion hinausginge!

Was läge z. B. in ihrer Macht, um das Problem „Nokia“ zu lösen? Dazu folgendes Szenario in Anlehnung an Zanon:

Nokia will den Laden im Juni dicht machen. Gut so! In Absprache mit der Belegschaft entwickelt die Landesregierung folgenden Plan:

1. Nach Rückzug von Nokia wird die Firma mit allem Inventar Eigentum des Landes NRW. Entschädigungslos!
2. In der Zeit bis dahin erhält die Belegschaft die Möglichkeit eine Selbstverwaltung zu entwickeln und zu erproben. (Erfahrungsaustausch mit Zanon) Das Geld dafür stellt Nokia bereit. (Förderung durch Fort- und Weiterbildung nennt man sowas.)
3. In der Zeit bis dahin erhält die Belegschaft mit Unterstützung durch Land und andere Einrichtungen die Möglichkeit eine alternative Produktion zu entwickeln. Weg von den Handys, falls eine solche Produktion nicht weiter geführt werden kann.
4. Nach dem Rückzug von Nokia bleibt das Unternehmen zwar Landeseigentum, aber die Produktion wird in Selbstverwaltung der Belegschaft organisiert.
5. Das Land übernimmt eine Bestandsgarantie für die nächsten Jahre, auch bei roten Zahlen! Zu diesem Zweck wird ein „Solidaritätsbeitrag-Aufbau West“ von allen privaten Unternehmen im Lande NRW erhoben!
6. Die Landesregierung erklärt, dass sie künftig mit allen Unternehmen so verfahren wird, die „ihren sozialen Verpflichtungen nicht nachkommen“. Sie erklärt ferner das künftig Schluss ist mit allen Privatisierungsmaßnahmen, und dass die bereits vollzogenen rückgängig gemacht werden.

Ich denke dies alles läge in der Macht von Politik und Gewerkschaften. Man müsste das alles nur

wollen und als erstrebenswert ansehen. Das gilt natürlich vor allem für die Belegschaft.

Das wären die Umriss einer konkreten Utopie zur Lösung des konkreten Problems „Nokia“ mit weitreichender gesellschaftlicher Bedeutung. Wer sich allerdings vor vornherein sträubt – und hier meine ich zunächst einmal nur die Belegschaft – sich auf das Wagnis eines solchen Abenteuers einzulassen, die damit verbundene Unsicherheit scheut, lieber auf die „Sicherheit“ von Lohnarbeit hofft und darauf pocht, dem ist schlicht gesagt nicht zu helfen.

Selbstverständlich ist das mit Herrn Rüttgers und KollegInnen nicht ernst gemeint. Es geht in der Tat nur darum, ob die Belegschaft sich für eine solche Vorstellung erwärmen könnte, ob sie bereit und Willens ist, sich auf ein Wagnis einzulassen, das den Weg zu sozialer Emanzipation eröffnet, oder ob sie sich weiter auf Gedeih und Verderb der Lohnarbeit ausliefern will. Die existenzielle Verunsicherung durch das Kapital birgt wie jede Krise eben auch die Chance der Veränderung in sich! Existenzielle Sicherheit können sich die Lohnabhängigen nur selbst erkämpfen und schaffen. In der Agenda des Kapitals ist sie nicht vorgesehen!

Robert Schlosser
08.02.2008